

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 10. Januar 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Landarbeiter und ihre „guten Freunde“.

II.

Aus der im ersten Teil dieses Artikels aufgestellten Rechnung erhebt sich, daß der Jahreslohn sich mit Einschluß der Naturalien in den ostpreussischen Gegenden für den Deputanten nur auf 500 bis 600 Mark stellt, und daß selbst unter den günstigsten Umständen, wenn man den Gewinn für verkauften Vieh, Gemüse usw. hinzurechnet, das Jahreseinkommen des Landarbeiters nur 800 bis 900 Mark erreicht, und zwar bei einer 14- bis 16stündigen Arbeitszeit. Diese miserable Bezahlung, verbunden mit schlechter Behandlung, ist der Hauptgrund der sogenannten „Leutenot“.

Über noch mehr. Mit Frey und Recht läßt sich behaupten: Die Herren Großgrundbesitzer vertreiben bewußt und mit Absicht die einheimischen Landarbeiter aus den ländlichen Distrikten, einmal um sich die weitgehendste Staatshilfe zu erpressen, und dann um sich ihre ins Bankrot geratene mittelalterliche Feudalherrschaft über Ostpreußen zu sichern. Daß nämlich die Agrarier bedeutend bessere Löhne zahlen können, ist längst einwandfrei nachgewiesen. Es steht fest, daß infolge der volksfeindlichen Liebesgaben- und Brotwucherpolitik unserer deutschen Reichsregierung der ländliche Grundbesitz und besonders der Preis für die Güter und Rittergüter während der letzten Jahre durchschnittlich um die Hälfte, teilweise sogar um mehr als das Doppelte des früheren Wertes gestiegen ist. Damit haben sich naturgemäß die Einnahmen der großen Landwirte ganz bedeutend erhöht. Trotz alledem sträuben sie sich nach wie vor gegen eine zeitgemäße Aufbesserung der Landarbeiterlöhne. Die Herren wissen eben, daß der Staat ihnen hilft, wenn sie schreien, schreien und nochmals schreien über die „Not der Landwirtschaft“. Und so verlangen sie nichts mehr und nichts weniger, als daß der Staat ihnen alljährlich eine ausreichende Zahl von Soldaten gegen wenige Groschen Entschädigung als Erntearbeiter zur Verfügung stellt, und zwar nicht nur zur Zeit der Kornernnte, sondern auch zur Heuernte im Vorfrühling und zur Kartoffel- und Rübenernnte während des Herbstes, ja womöglich auch noch zur Landbestellung während des Frühjahrs; haben die Großagrarien erst dieses Ziel erreicht, dann sind sie oben auf.

Die Agrarier bemühen sich geradezu, die einheimischen Landarbeiter von dannen zu treiben, indem sie alljährlich Hunderttausende von billigen und bedürfnislosen Russen, Galiziern, Ruthenen und Italienern nach Deutschland hereinholen. Diese Leute, deren „Genügsamkeit“ in den agrarischen Zeitungen in überschwänglichen Worten gepriesen wird, machen den einheimischen Arbeitern durch ihre Billigkeit und Bedürfnislosigkeit natürlich eine unerträgliche Konkurrenz. Ja, die Agrarier gehen noch weiter. Schon haben sie eingeführte Neger als landwirtschaftliche Arbeiter auf verschiedenen Gütern beschäftigt, und in letzter Zeit tragen sie sich sogar mit dem sauberen Plan, chinesische Kulis in Massen nach Deutschland heranzuschleppen und diese auf der niedersten Kulturstufe stehenden „Söhne des himmlischen Reichs“ als Arbeiter in der Landwirtschaft zu verwenden. Was das für die einheimischen Landarbeiter bedeutet, geht zur Genüge aus der Tatsache hervor, daß die Chinesen überall, wo sie bisher auch eingeführt wurden, wie in Amerika, Australien, Südafrika usw. den dortigen weißen Arbeitern gegenüber als die schlimmsten Lohndrücker aufgetreten sind. Sie sind eben mit einem geradezu lächerlichen Tagelohn und einigen Pfänden voll Reis zufrieden, nehmen mit den allerelendesten Wohnstätten vorlieb und stellen weiter keinerlei Ansprüche ans Leben.

Unsere Agrarier haben aber noch mehr Krämpfe in der Hand. Sie müssen natürlich befürchten, daß sowohl die Stellung von Soldaten als Zwangsarbeiter wie auch die Einfuhr von Chinesen einen Sturm der Entrüstung im ganzen Lande hervorrufen. In Sympathie hat das Agrarierum ja ohnehin schon bei der übrigen Bevölkerung Deutschlands so gut wie nichts mehr zu verlieren. Deswegen tun die Herren auch so, als würden sie aus „patriotischen Gründen“ sowohl auf die Chinesen als auch „vielleicht“ auf Soldaten verzichten, wenn — nun wenn die Regierung die einheimischen Landarbeiter wieder in das mittelalterliche Hörigkeitsverhältnis zurückführen und sie gesezlich den Agrariern zur willkürlichsten und schrankenlosesten Ausbeutung überantworten wolle. Sie fordern deshalb die Aufhebung oder wenigstens die Beschränkung der Freizügigkeit und die polizeiliche Bestrafung des Kontraktbruchs mit gleichzeitiger Schadenersatzpflicht der Landarbeiter unter Einbehaltung des Lohnes. Das heißt: Sie wollen, daß den Landarbeitern das Recht genommen werde, sich anderweitig Arbeit zu suchen und den Wohnort zu wechseln; vielmehr sollen diese gesezlich gezwungen werden, in ihren „angestammten“ ländlichen Wohnorten womöglich zeitlebens zu bleiben, damit sie den Grundbesitzern stets zur beliebigen Verfügung stehen und zu den Löhnen arbeiten müssen, die ihre „Herren“ für angemessen erachten. Entzieht sich dennoch jemand der agrarischen Ausbeutung durch die Flucht, so soll er durch

Polizei und Staatsanwaltschaft verfolgt und bestraft werden, und an dem Lohn des Kontraktbrüchigen will sich der Gutsherr „schadloß“ halten, was soviel bedeutet, als daß der Mann dann überhaupt keinen Lohn bekäme.

Würden diese Forderungen der Agrarier wirklich einmal Geheh, so wäre damit die alte Leibeigenschaft zum größten Teile wieder eingeführt, denn was daran noch fehlte, das könnten die Herren aus eigener Machtvollkommenheit ganz bequem selbst ergänzen.

So also präsentieren sich die konservativen Großgrundbesitzer nebst den sonstigen Mitgliedern des Bundes der Landwirte — bei Licht besehen — als „Freunde“ der Landarbeiter!

In letzter Zeit versuchen sie auch noch besonders den Inspektoren, Rätsherrn und Deputatarbeitern in der unverfrorensten Weise vorzuschwindeln, daß diese einen „erheblichen Vorteil“ von den jetzigen hohen Vieh- und Fleischpreisen hätten. Sie stellen es so dar, als müßten gerade diese Arbeitergruppen den Agrariern besonders dankbar sein, weil ja letztere durch ihre Brot- und Fleischwucherpolitik vornehmlich zu der jetzigen Fleischteuerung beigetragen haben. Es ist dies ebenfalls eine hahnebüchene Spekulation auf die Dummheit. Wohl trifft es zu, daß hin und wieder solch ein Arbeiter ein oder zwei Schweine aufziehen und zum Verkauf bringen kann. Meistenteils wird den Gutsherrn aber nur die Haltung eines Schweines für den eigenen Fleischbedarf gestattet, weil das knapp bemessene Deputat für die Aufzucht mehrerer Schweine gar nicht ausreicht. Die Haltung von Zuchttauen ist den Arbeitern ebenfalls vielfach kontraktlich direkt untersagt. Den Verkauf von Ferkeln zu möglichst hohen Preisen will der Gutsherr eben selbst betreiben und ihn nicht etwa „seinen“ Arbeitern überlassen. Im Gegenteil, er „wünscht“ sehr dringend, daß seine Leute das eine zur Aufzucht gestattete Ferkel zum Marktpreise von ihm kaufen. Wenn nun die Leute schließlich von dem einen mühsam großgezogenen Schlachtschwein, um noch ein paar Groschen Bargeld mehr in die Hände zu bekommen, auch die Schinken und Nackenstücke verkaufen, so darben sie sich den Erlös dafür doch am eigenen Munde ab. Wo bleibt da der „erhebliche Vorteil“ selbst bei den gegenwärtigen teuren Fleischpreisen? Sie müssen ja schon das junge Ferkel dem Gutsherrn um so viel teurer bezahlen, als die Mehreinnahme beim Verkauf der Schinken ausmacht, ganz abgesehen davon, daß sie sich aus Not gerade der besten Stücke ihres Schlachtschweines entäußern. Am liebsten würden sie die Schinken und den Nackenbraten jedenfalls selber essen und nicht verkaufen. Doch daß sie zum Verkauf gezwungen sind, dafür sorgt eben wieder der Gutsherr durch den niedrigen Lohn. Aber auch der Vorteil für diejenigen Arbeiter, die wirklich ein oder zwei Schweine ganz verkaufen können, ist ein mehr wie fragwürdiger. In der Zeit der Mast benötigen sie eben auch das Korn, denn lediglich mit Brannt- und Kartoffelschalen läßt sich kein Schwein fett machen. Das Korn aber müssen sie kaufen, während es der Gutsherr selber hat. Durch die Getreidezölle ist jedoch das Korn ebenfalls derartig verteuert, daß der Vorteil beim Verkauf der Tiere auch für diese Arbeiter durch die erhöhten Kornpreise so gut wie wett gemacht wird. Mithin ergibt sich daraus, daß nicht die Arbeiter, sondern lediglich der Gutsherr, der sowohl die Ferkel als auch das Mastkorn zur freien Verfügung hat, den Vorteil aus den hohen Fleischpreisen einheimt. Das liebe Rindvieh aber kommt für die Arbeiter als Verkaufsobjekt so gut wie gar nicht in Betracht, es sei denn, daß es sich in Ausnahmefällen bei Inspektoren um eine alte Kuh handelt, die verkauft wird, um einem jüngeren Tier Platz zu machen. Doch den Agrariern ist jetzt jedes Mittel recht, um sich den Landarbeitern als wohlwollende „Freunde“ zu zeigen. Je plumper der Schwindel, desto besser für sie. So meinen sie wenigstens.

Jeder Tagelöhner, jeder Inspektor, jeder Deputatarbeiter, Hofgänger oder Dienstherr, sofern er seinen Verstand gebraucht, müßte sich infolge dessen schon aus reinem Selbsterhaltungstrieb ganz von selbst sagen, daß er von einem Kandidaten des Bundes der Landwirte niemals etwas anderes erwarten kann, als vermehrte Ausbeutung und Unterdrückung und damit zunehmende Not und graues Elend für sich und seine Familie. Nur eine Partei tritt rücksichtslos und ernsthaft für die Interessen der Landarbeiter ein, und das ist die Sozialdemokratie, die stets offen und ungeschwinkt die volksfeindlichen Pläne des Junkertums an den Pranger stellt und dem Volke zeigt, was es von der agrarischen Sippe zu erwarten hat. Mögen die Landarbeiter deshalb die richtigen Lehren daraus ziehen und am Wahltag ihre Stimmen einmütig für die Kandidaten der Sozialdemokratie abgeben.

Wahlkampf.

Eine Erinnerung an die preussische Wahlrechtschwach!

Der Görtiger Wahlrechtsflugblatt-Prozess stand am Dienstag vorm Reichsgericht an. Görtig teilt bekanntlich mit Magdeburg und dem pommerischen Städtchen Stargard den Ruhm, die Städte Preußens zu sein, wo eine Verurteilung wegen des sozialdemokratischen Wahlrechtsflug-

blattes, das von zahlreichen preussischen Staatsanwälten und Gerichten als durchaus gesezlich anerkannt worden ist, auf Grund des Aufreizungsparagrafen erfolgte.

Das Landgericht Görtig verurteilte am 2. Juni den Genossen Expedient Litzke zu einem Monat Gefängnis, weil er zu Gewalttätigkeiten aufgereizt habe. Das Reichsgericht verwarf am Dienstag die Revision des Angeklagten und bemerkte gegen den Verteidiger, er scheine von der Voraussetzung auszugehen, daß für den strafbaren Tatbestand eine Störung des öffentlichen Friedens erforderlich sei. Das sei falsch. Es bedürfe keiner Ausführung, daß eine Gefährdung des öffentlichen Friedens durch die Verbreitung des Flugblattes herbeigeführt werden konnte. Das sei ausreichend festgestellt.

Das heißt, es ist nicht nötig, daß sich jemand durch das Flugblatt zu Gewalttätigkeiten gegen die herrschende Klasse hinreißt, um eine Verurteilung zu begründen, sondern es genügt, wenn die Richter des Glaubens sind, daß sich jemand durch das Flugblatt zu Gewalttätigkeiten früher oder später einmal hinreißt lassen könnte. Und das „stellen“ sie „fest“ auf Grund ihres subjektiven Ermessens!

Das Urteil kommt noch gerade recht zum Wahlkampf. Zwei Aufgaben ruft es uns ins Gedächtnis: Es gilt in diesem Wahlkampf die Waage frei zu machen für

eine Reform der deutschen Justiz an Haupt und Gliedern und Gericht zu halten über die

Wahlrechtsverweigerer!

Das Görtiger Urteil, das das Reichsgericht am Dienstag bestätigt hat, ruft die

brutale Zurückweisung der Forderung des Proletariats auf gleiches Landtagswahlrecht der Arbeiterschaft ins Gedächtnis zurück, erinnert sie aufs neue an die

Schwach des Dreiklassenwahlrechts und an die militärischen Rüstungen gegen friedliche Wahlrechtsdemonstrationen!

Am 25. Januar darf kein offener und kein geheimer Wahlrechtsverweigerer gewählt werden!

Vom Verkommen des Freisinn

hat der gestrige Tag ein besonders beweiskräftiges Zeugnis gegeben. Zahlreiche empörte Zuschriften wiesen uns gestern auf die Tatsache hin, daß der „Berliner Volks-Zeitung“ ein Flugblatt aus der Fabrik des „Vertriebs patriotischer Zeitschriften“, Berlin SW., bellag — eine Tatsache, die uns freilich auch ohnedem nicht entgangen wäre. Denn das Wesen und der Inhalt dieses Flugblattes ist terat, daß seine Verbreitung einfach eine Verleumdung jedes denkenden Wählers ist und daß ein Einverständnis mit dem Gebrauch eines solchen Kampfmittels geradezu ein Dohn auf alles bedeutet, was die „Berliner Volks-Zeitung“ bislang zu vertreten behauptete. Selbst unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die „Volks-Zeitung“ gegen den Abmarsch der Freisinnigen ins koloniale Lager nicht zu protestieren gewagt hat, erschien es doch fast ungläublich, daß sie sich zur Verbreitung eines solchen Flugblattes hergeben sollte.

Nützlich brachte denn auch die „Volks-Zeitung“ am gestrigen Abend die Meldung, daß ihrer Redaktion das Flugblatt nicht vorgelegen habe, daß die Expedition allein die Schuld an der Verleumdung trage und daß, wenn die Redaktion Kenntnis davon gehabt hätte, die Verleumdung unterblieben wäre.

Die „Berliner Volks-Zeitung“ erscheint bekanntlich im Verlage des Herrn Roske. Und Herr Roske muß sein Verlagsrecht auf seine Weise. Ob die Redaktion der „Volks-Zeitung“ ihn daran hätte hindern können?

Daß sie aber, die trotz allem, was heute einem wirklichen Demokraten an ihr nicht gefallen würde, doch noch ein Stück demokratische Tradition zu wahren hat, sich mit diesem Flugblatt nicht identifizieren mag, versteht man, wenn man einen Blick darauf geworfen hat. Die erste Seite zeigt im Wilde die Auflösung des Reichstages am 13. Dezember — eine begeisterte Menge „nationaler“ Abgeordneter jubelt dem Fürsten Bülow zu, der das kaiserliche Dekret in der Hand hält — in dessen nicht sehr bedeutend aussieht trotz des historischen Moments. Darüber steht zu lesen

„Das erlösende Wort“.

Auf den beiden Innenseiten folgt dann die Rede, die Fürst Bülow als letzte vor der Auflösung an den Reichstag gehalten hat, die Rede, worin der Prästenkanzler versichert, es handle sich bei der Abstimmung um die „Waffenehre“, um unsere Stellung in der Welt, um „unser Ansehen“.

Der Text fährt dann fort:

Trotz dieser eindringlichen Mahnung und Bitte hat das Zentrum im Verein mit den Sozialdemokraten unseren tapferen Soldaten in den wasserlosen Gebieten Afrikas das Notdürftigste verlagst. Was durch ungeheure Opfer an Blut und Gut in dem jahrelangen heißen Ringen mit den Hottentotten gewonnen ist, soll preisgegeben werden. Umsonst soll die Mühe und Arbeit, umsonst all die Opfer sein! Der Farmer soll wieder schulpf den mordgierigen Banden preisgegeben, sein Hab und Gut aufs neue den Räubern überantwortet werden! Das Zentrum und die Sozialdemokratie wollen es so.

Am 25. Januar soll es sich zeigen, ob das auch der Wille der deutschen Nation ist. Wenn sie will, bleibt die Auflösung des Reichstages für alle Zeit eine Erlösung.

Nicht mehr der Fraktionsmenschen hat jetzt die Entscheidung über das Wohl und Wehe des deutschen Volkes in der Hand, sondern der Wähler selbst, an ihm ist es, das erlösende Wort in

„Die rettende Tat“ umzuwandeln.

Die Interfusions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonienliste oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gesellschaftliche Beiträge und Beclammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schlußlisten-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Mit seinem Wahlzettel kann der deutsche Wähler unser geliebtes Vaterland für alle Zeit von dem Druck befreien, den zwei Parteien, Zentrum und Sozialdemokratie, auf alle Gebiete unseres öffentlichen und auch privaten Lebens ausüben.

Jeder Wähler ist mit seiner Ehre verpflichtet, seine Stimme abzugeben, und sie nur für solche Männer abzugeben, die weder zur Sozialdemokratie noch zum Zentrum gehören.

Die „rettende Tat“ wird auf der vierten Seite im Wilde gezeigt, einträchtig geben Bourgeois und Proletar zur Wahlurne, um „nationale“ Stimmzettel abzugeben.

Es ist das Niveau der Reichsverbandsflugblätter, auf dem das „Wahlergebnis“ steht. Gelogen wird in frecher Weise, daß die Opposition „unseren tapferen Soldaten in den wasserlosen Gebieten Afrikas das Notdürftigste versagt! Das solle die Sozialdemokratie getan haben, der jeder Tropfen deutschen Wudles für die südwestafrikanische Wüste zubillt ist, die am liebsten sofort alle deutschen Krieger aus der südwestafrikanischen Hölle zurück in die Heimat gebracht sehen würde!

Was nicht freche, schamlose Lüge an diesem Flugblatt ist, das ist die höchste „nationale Phrase“, dieselbe „nationale Phrase“, über deren Anwendung im Wahlkampf die Freisinnigen gejammert haben, solange sie noch in der Opposition standen.

Aber die Leser werden vielleicht fragen, weshalb wir uns noch so eingehend mit dem Flugblatt beschäftigen, nachdem es die Berliner „Vollzeitung“ bereits preisgegeben hat? Nun, wir haben dazu guten Grund! Dasselbe Flugblatt hat nämlich einem anderen Freisinnigen Wähler in der Redaktion beigegeben und dessen Redaktion hat nicht gegen seine Expedition protestiert. Dieses freisinnige Blatt ist das

„Berliner Tageblatt“!

Hätten wir nicht recht, von einem außergewöhnlichen Zeugnis der Verkommenheit des Freisinn zu schreiben? Kann eine Partei ihre eigene Vergangenheit schmählicher bejudeln, ihre einstigen Grundsätze schamloser verraten. Es ist, als wäre es dem Freisinn noch nicht genug an den Rüssen und gelegentlichen Führern, die er von seinen „Verbündeten“ im rechtsreaktionären Lager empfängt, als müßte er das Ranke ausgleichen, indem er sich selbst übersteigt.

Auf die rettende Tat der Wähler aber bauen wir!

Freisinnige Wohlstandigkeit.

In den Verleumdungen der freisinnigen Presse gegen den Genossen Albert wegen der Vorgänge in freisinnigen Versammlungen des Wahlkreises Hirschberg-Schönau stellt die Dresdener „Vollzeitung“ noch gegen den „Wort“ aus dem Riesengebirge, aus dem die falschen Berichte stammen, u. a. folgendes fest:

Der „Wort“ behauptet, in allen drei Versammlungen habe Albert beispiellos wilde Szenen hervorgerufen.

Dabei waren es die Freisinnigen selber, die beim allerersten Auftreten Alberts einen derartigen Skandal machten, daß Abblaf selbst den tobenden Rhythmus gebieten mußte! Ferner war es der Vorsitzende der freisinnigen Versammlung in Verbisdorf, der mit einem Osezenier wie besessen den Tisch bearbeitete und seinen Bruder und Konjosten zu wüstem Lärm aufstachelte, um Albert am Sprechen zu hindern.

Der „Wort“ behauptet wider besseres Wissen, Albert hätte die „palastartige Villa Abblaf“ den Wählern als Schreckgespenst vorgeführt.

Zufänglich hatte Albert auf die Behauptung „Abblaf“, die Sozialdemokraten verschleierten ihr Programm (siehe letzte Nummer), wörtlich gesagt: „Ach, was Sie sagen! Wenn Herr Abblaf für jedes Programm, das wir über 100 Millionen Exemplare in die Wählermassen schon geworfen, auch nur einen Pfennig hätte, so würde er sich statt seiner Villa in der Wilhelmstraße im schönsten Teile des Gebirges einen Palast bauen, sein Paragrafengeschäft an den Nagel hängen und herrlich und in Frieden leben.“

Der „Wort“ behauptet, die Sozialdemokraten hätten „mit Füßen und Biergläsern getrommelt“.

In Wirklichkeit taten das die Abblaf-Fanatiker, die rechts vom Redner am Dsen saßen und die sogar begannen, gegen Albert handgreiflich zu werden, so daß ein Dugend drohender Zimmermannsfauste die Rotodys in die Schranken zurückweisen mußten.

Der „Wort“ behauptet, Albert hätte gesagt: „Das Hausrecht nehmen wir uns!“

In Wahrheit hat sowohl Albert wie die erregte Menge unaufhörlich gerufen: „So lange Abblaf nicht reboziert, hören wir ihn nicht an. Entweder muß er die Unwahrheit über Bebel zurücknehmen oder abtreten!“

Nach dem berühmten Grundsatz: Divide et impera — teile und herrsche — versucht zum Schluß der „Wort“, den früheren Kandidaten Feldmann gegen Albert auszuspielen, indem er schreibt: „Lautenden, die einem Feldmann noch gefolgt, sind jetzt die Augen geöffnet.“

Ein plummes Manöver, das Abblaf schon vorher versucht hatte, als er sagte: „Feldmann war anständiger“. Dabei hatte derselbe Freisinnslügel Feldmann niemals Zutritt und Redefreiheit gewährt!

Die Sozialdemokratie als Vertreterin von Industrieinteressen.

Bemerkenswert ist eine Wahlepisode aus dem Wahlkreise Neuh. J. L., den seit langer Zeit unser Genosse Barm vertritt. Die „Geraer Zeitung“ hatte von Barm gesagt, daß ihm die Verhältnisse seines Wahlkreises vielleicht nicht ganz unbekannt geblieben seien, er habe aber „niemals Miene gemacht, eine solche Kenntnis nutzbringend für die Allgemeinheit zu verwenden“. Obgleich es die Sozialdemokratie stets abgelehnt hat, Nerdurmspolitik zu treiben, so hat doch Genosse Barm z. B. durch sein Auftreten gegen den Zolltarif nicht nur die Interessen der Allgemeinheit, sondern auch die Interessen des Wahlkreises Neuh. J. L. im besonderen wahrgenommen. Und das ist ihm, woran unser Geraer Parteiblatt jetzt wieder erinnert, sogar von Industriellen des Wahlkreises seinerzeit dankend bestätigt worden. Der Verband der thüringischen und sächsischen Lederfabrikanten richtete am 13. Dezember 1902 ein Schreiben an den Abg. Barm, das wörtlich also lautet:

Der heute in Gera versammelt gewesene Vorstand und Ausschuß des Verbandes thüringischer und sächsischer Lederfabrikanten nahm am 8. 147—148 der „Deutschen Arbeiterzeitung“ Kenntnis von Ihrer, am 3. Dezember 02 im Reichstage gehaltenen Rede, gegen die im neuen Zolltarif geplanten unerhörten Verhöfzölle, Nr. 91, 92, 93 und 381 des Tarifes.

Wir sprechen Ihnen unsere ganz besondere Hochachtung und unseren Dank dafür aus, daß Sie sich in die ganze Verhöfzöllangelegenheit sehr gut eingearbeitet und daß Sie die Interessen der deutschen Lederindustrie so warm vertreten haben und dabei äußerst sachlich vorgegangen sind.

Da die agrarische Majorität im Reichstage weder Ihre sehr sachlichen Einwendungen geprüft, noch die seitens der deutschen Lederindustriellen eingereichten vielen Petitionen und Proteste auch nur der geringsten Beachtung gewürdigt und bei der zweiten Lesung des Zolltarifs die sinnlos hohen Verhöfzölle beschlossen hat, ohne auch nur die geringste sachliche Begründung dafür vorzubringen und diese sinnlosen Zollsätze, wenn sie Gesetz würden, den größten Teil der deutschen Lederindustrie vernichten würden, so ist es erklärlich, daß die gesamte deutsche Lederindustrie die jetzige Majorität des Reichstags als im höchsten Grade staatsgefährlich bezeichnen muß.

Sie uns handelt es sich nicht um eine hohe Zollbelastung, sondern um die Existenz fast der ganzen Branche.

Wir bitten Sie, die Interessen der deutschen Lederindustrie auch in dritter Lesung ebenso annehmend weiter vertreten zu wollen wie bisher, damit die unerhörten Verhöfzölle keinesfalls Gesetzskraft erlangen.

Für Ihr bisheriges Eintreten für die deutsche und insbesondere thüringische Lederindustrie Ihnen nochmals verbindlichen Dank sagend, verbleibt

mit besonderer Hochachtung

der Verband thüringischer und sächsischer Lederfabrikanten.

Im Auftrage: 1. Vors. Hermann Krahnert sen., Reustadt a. D.

W. Plarre.

Bei der dritten Lesung des Zolltarifs konnte Genosse Barm nicht gegen diese staatsgefährlichen Zölle eintreten, weil die Zollwucherer mit Unterstützung des Freisinn eine Debatte bei der dritten Lesung unmöglich machten!

Wie die Lederindustriellen, so klagen die Industriellen überhaupt über die Erschwerungen, die der Entwicklung nicht nur durch die Industriezölle, sondern auch die Lebensmittelzölle bereitet worden sind. Sachsen war seinerzeit durch ein sozialdemokratisches Abgeordnetem im Reichstage vertreten, die allein die Interessen der sächsischen Industrie wahrgenommen haben, indem sie gegen den Zolltarif obstruierten und stimmten. Die Sozialdemokraten waren also die Wächter der wichtigen Interessen der Industrie.

Der „rote Postmeister“ tritt von der Reichstagskandidatur zurück.

Leipzig, 9. Januar. (Privatelegramm des „Vorwärts“.)

Unser Reichstagskandidat für den 12. Wahlkreis, Genosse Motzler, hat die Kandidatur niedergelegt. Er hat an den Vorstand des Kreisvereins folgendes Schreiben gesandt:

Zu meinem aufrichtigen Bedauern muß ich Sie bitten, mich von der Kandidatur für den 12. Sächsischen Reichstagswahlkreis in den gegenwärtigen Reichstagswahlen zu entbinden. Ich bin dem Rufe der Wähler gefolgt, weil ich hoffte, trotz meines Alters und des in seinen Folgen noch nicht behobenen Körperlichen Unfalls, der mich im vorigen Frühjahr betroffen hat, den Aufregungen des Wahlkampfes gewachsen zu sein und auch im Falle eines für uns günstigen Wahlausfalles die parlamentarischen Pflichten erfüllen zu können. Doch habe ich neuesten Grund zu der Befürchtung, mein körperliches Befinden überschätzt zu haben und ich will den Sieg unserer Sache nicht gefährden durch das etwaige Versagen meiner Kräfte.

Ich bitte deshalb die sozialdemokratischen Wähler des zwölfsten sächsischen Reichstagswahlkreises, unter dem Ausdruck herzlichsten Dankes für das mir geschenkte Vertrauen, auf einen jungen und kräftigen Genossen ihre Wahl zu lenken und mich als einen einfachen Soldaten in Reich und Glied zu betrachten, der im Wahlkampf nach bestem Vermögen seine Pflicht gegen unsere gerechte Sache erfüllen wird.

Mit parteigenösslichem Gruß

Julius Motzler.

Als Nachfolger für den Genossen Motzler wird wahrscheinlich der Genosse Heinrich Lange als Kandidat aufgestellt werden. Lange ist schon sehr lange im Dienste der Partei tätig. Er gehört dem Leipziger Stadtverordnetenkollegium 12 Jahre an. Bekannt geworden ist er in der Partei besonders durch sein Wirken auf kommunalem Gebiete. Aber auch als Agitator hat er tüchtige Arbeit geleistet, und öfter haben die Leipziger Genossen ihn mit Delegationen zu den Parteitagen betraut.

In der ganzen deutschen Sozialdemokratie wird man mit schmerzlichem Bedauern hören, daß der „rote Postmeister“ bedürftig, nicht mehr rüstig genug zu sein für den Posten des Reichstagskandidaten und Reichstagsabgeordneten. Wenn hätten wir alle den hochverdienten Veteran, der für die Partei gelebt und gearbeitet hat wie wenige nur, der für sie lange Jahre des Exils getragen hat, der ein Stück Parteigeschichte verkörpert, als den Vertreter des Leipziger Proletariats wieder im Reichstages gesehen. Unter der Voraussetzung natürlich, daß seine Kräfte es ihm gestatteten. Denn die Partei, die Volkfräfte in all ihren Positionen braucht, über alles! Und es ehrt den Genossen Motzler, der am 18. Juni das 69. Lebensjahr vollenden wird, daß er nach diesem Grundsatze gehandelt hat und lieber schon jetzt zurücktritt, da es sich bei seinen Befürchtungen hoffentlich nur um Befürchtungen und nicht um Ernstes handelt. Der „rote Postmeister“ braucht freilich kein Reichstagsmandat, um eine Position in der deutschen Sozialdemokratie einzunehmen, sie ist ihm längst sicher bereit in den Herzen der deutschen Klassenbewußten Arbeiter!

Armut entrechtet.

In Mannheim sind 430 Wähler wegen Armutunterstützung aus der Wählerliste gestrichen worden!

Die Situation in Ostpreußen.

Ostpreußen hat im Jahre 1903 aus seinen 17 Wahlkreisen 16 Lebensmittelwucherer in den Reichstag gewählt. Würde es dem Freisinn wirklich ernst mit der Bekämpfung des Brot- und Fleischwunders sein, so könnten den Wählern mindestens fünf von den 16 Wahlkreisen entzissen werden. Aber der Freisinn denkt nicht daran, eine solche den Interessen des ganzen Volkes dienende Politik zu treiben. So geht er in Königsberg-Stadt mit den Konservativen und Antisemiten Arm in Arm, um der Sozialdemokratie das seit 16 Jahren behauptete Mandat zu entreißen. Alle „staatsverhaltenden“ Parteien treten hier für einen zu Unrecht sich freisinnig nennenden Mann ein. Das Zentrum allein hat sich noch nicht gedehert. Es kommt in Königsberg-Stadt mit etwa 600 Stimmen in Betracht. Die Sozialdemokratie wird natürlich alles daran setzen, um den Sitz zu besetzen.

Der Wahlkreis Königsberg-Land-Fischhausen wäre mit Leichtigkeit den Konservativen zu nehmen, wenn die Freisinnigen nur halbwegs wahre Volkfreunde sein würden. Hier hat unser Genosse Braun-Königsberg die besten Aussichten, gewählt zu werden. Die Vororte Königsbergs sind bedeutend gewachsen; sie gehören zum Landkreise. Von den Konservativen kandidiert fürst zu Dobna-Schlöbitten. Es hat lange gedauert, bis sich die Freisinnigen den Entschluß, eine Kandidatur aufzustellen, abgerungen haben. Sie sind aber von der Erregung ausgegangen, möglichst viele Wähler an die Wahlurne zu schleppen, damit in der Stichwahl der konservative Kandidat desto besser unterstützt werden kann!

Der Wahlkreis Labiau-Wehlau gehört auch zu den Kreisen, der den Brotwucherern abgenommen werden könnte, wenn die Freisinnigen nicht den schändlichen Vorkriegsstand treiben würden. Hier gelangte schon im Jahre 1898 der Sozialdemokrat gegen den Konservativen in die Stichwahl, und im Jahre 1903 siegte der Agrarier in der Hauptwahl nur mit einer Majorität von 12 Stimmen. Sein stark angebotenes Mandat wäre auch für ungültig erklärt worden, wenn der Reichstag nicht nach Hause geschickt worden. Der Freisinnige brachte es im Jahre 1903 auf über 2000 Stimmen, die er wahrscheinlich auch jetzt ausbringen wird. Dagegen sind die Chancen der Sozialdemokratie in diesem Wahlkreise gewachsen. Kommt es jetzt zur Stichwahl, so wird der Freisinn jedoch mit Pauken und Trompeten für den Reaktionär stimmen.

Im Kreise Rastenburg-Gerdauen-Friedland hofft der Freisinn gegen den Konservativen in die Stichwahl zu kommen und dann mit sozialdemokratischer Hilfe zu siegen. Im Jahre 1903 erhielt er über 1000 Stimmen mehr als der Sozialdemokrat. Dieser Kreis könnte also auch den Konservativen entzissen werden, denn sowohl die Freisinnigen wie auch die Sozialdemokraten haben hier durch Schaffung von Organisationen ihre Positionen verbessert. Eine von den beiden Parteien wird wohl in die Stichwahl kommen. Nun würde ja auch, falls der Freisinn mit dem Konservativen in die Stichwahl gelangte, die Sozialdemokratie dem ersten zum Siege verhelfen, wenn der Freisinn in den anderen Kreisen in der Stichwahl für die Sozialdemokratie eintreten würde. Aber eine solche Wahlparole gibt ja der Freisinn nicht aus. In einer Wählerversammlung hat er im Gegenteil schon durchblicken lassen, daß er für den Konservativen eintreten würde.

Im Wahlkreise Memel-Heydekrug wird es ohne Stichwahl nicht abgehen; hier bewerben sich vier Kandidaten — ein

Sozialdemokrat, ein Litauer, ein Konservativer und ein Nationalliberaler — um das Mandat. Auch dieser Kreis könnte den Brotwucherern mit Hilfe des Freisinn abgenommen werden. Aber die Freisinnigen haben schon beschlossen, gleich im ersten Wahlgange für den Nationalliberalen zu stimmen; für diesen Kandidaten werden auch zahlreiche Freikonservative eintreten, so daß er Aussicht hat, mit dem Sozialdemokraten in die Stichwahl zu kommen, falls nicht der Litauer einige Stimmen mehr erhält. Für den Konservativen werden die Agrarier stimmen.

Während in all diesen Wahlkreisen der Freisinn der Reaktion Liebedienste erweist und erweisen wird — erhält er im Wahlkreise Tilsit-Wiederung von den Nationalliberalen — also von seinen Verbündeten derbe Fußtritte. Wie man weiß besteht in Ostpreußen ein Kartell zwischen Freisinnigen und Nationalliberalen, auf das besonders die Freisinnsmänner sehr stolz sind. Nun haben aber die Nationalliberalen beschlossen, trotz des Bündnisses in Tilsit-Wiederung gleich im ersten Wahlgange für den Konservativen zu stimmen, so daß die Wahlausichten des Freisinn durch diesen Beschluß geradezu trostlos geworden sind. Die Aussichten der Sozialdemokratie in diesem Kreise sind günstig. Unser Kandidat, Mittergutsbesitzer Hoyer, kommt zweifellos in die Stichwahl; der Kreis ist gut organisiert.

Auch im Kreise Insterburg-Gumbinnen sind von uns gute Organisationen geschaffen worden. In den übrigen Kreisen hat die Sozialdemokratie nichts zu hoffen; zwei davon gehören zum eifernden Bestande des Zentrums; die übrigen werden den Konservativen zufallen. Wohl siegte die Nationalliberalen im Jahre 1903 im Wahlkreise Okerode-Reidenburg. Allein sie holten sich dieses Mandat nur durch Ueberumpelung der Konservativen.

Die Polen stellen in den Wahlkreisen Allenstein-Rößel und Okerode-Reidenburg Kandidaten auf; sie werden mehr Stimmen als bei der letzten Reichstagswahl erhalten, da sich der polnische Grundbesitz in Ostpreußen vermehrt hat.

Die Sozialdemokratie wird natürlich auch in den entlegenen Kreisen nach Möglichkeit arbeiten, obwohl eine umfassende Landagitation jetzt die größten Schwierigkeiten bietet. Jedenfalls ist unsere Partei sich bewußt, daß Erfolge nur mittels guter Organisationen zu erzielen sind. Da sie seit der letzten Wahl in einigen Kreisen mit Eifer Organisationsarbeiten geleistet hat, so wird man aus dem Ausfall der Wahlen ersehen können, wie sich die bestehenden Organisationen bewähren werden.

Daß die Konservativen besonders in den gefährdeten Kreisen vor keinem Mittel zurückzucken werden, um die Mandate zu behaupten, erwähnen wir nur so nebenbei, da die Kampfesart der Konservativen auf dem Lande nur zu bekannt ist. Aber trotzdem wird die Sozialdemokratie auf dem Posten sein; sie wird auch aus diesem Wahlkampf mit Ehren hervorgehen.

Humoristisches aus dem Wahlkampfe.

Im Wahlkreise Duisburg-Wülheim-Oberhausen leisten sich die braven Freisinnsmänner, die im Jahre 1903 im Wahlkreise ganze 292 Stimmen auf ihren großen Eugen vereinigt hatten, diesmal den Luxus zweier Kandidaten! Für die Hirsch-Dunderschen Gewerkschafter wird der bürgerlichen Presse zufolge Herr Bruno Bösch aus Düsseldorf, der „Ex-Sozialist“, kandidieren, weil nach Ansicht einer am 6. Januar abgehaltenen Generalversammlung der „Hirsch“ sämtliche Kandidaten des Wahlkreises „Gegner der Gewerkschafter“ seien. Und als offiziellen Kandidat der „Vollzeitung“ hat der „H.-B.-Zg.“ zufolge eine Versammlung in D.-Mühlroth beschlossen, dem vollparteilichen Statthalter den Geschäftsführer der — Hirsch-Dunderschen Gewerkschafter in Berlin, Gustav Hartmann, zu empfehlen.

Recher Hand, linker Hand, beides vertauscht. Die „Vollzeitung“ sucht sich den Geschäftsführer der Hirsch-Dunderschen Gewerkschafter als Kandidaten, und die Generalversammlung der Hirsch-Dunderschen Gewerkschafter erhebt Herrn Bruno Bösch auf den Schild, der erklärt hat, sich im Falle seiner Wahl als Hospitant der Freisinnigen Vereinigung anschließen zu wollen.

Noch mehr Konfusion kann wohl kaum in einem politischen Statthalter Platz finden.

Da inzwischen auch die Polen in der Person des Schriftstellers Josef Czogezowski einen eigenen Kandidaten im Duisburger Wahlkreise aufgestellt haben, so wäre damit das erste halbe Duzend Kandidaten voll.

Fusangel will nicht weichen.

In einem Aufrufe an die Zentrumswähler in Arnberg-Olpe-Reschede legt Johannes Fusangel Bervahrung ein gegen den Beschluß der westfälischen Zentrumsparteileitung, die ihn aus dem Provinzialwahlkomitee ausgeschlossen und bewirkt hat, daß an seiner Stelle der Arbeitsekretär Weder als Reichstagskandidat aufgestellt worden ist. Fusangel erklärt, daß das gefasste Kreiswahlkomitee die Wähler verunglücklich habe; er und seine Anhänger hielten das Komitee für sakrileg, sie appellierten deshalb gegen den Beschluß an das katholische Volk. Inzwischen hat Fusangel seine Agitation im Wahlkreise bereits aufgenommen und in stark besetzten Versammlungen mit großem Beifall gesprochen, so daß noch gar nicht abzusehen ist, wer von den beiden Kandidaten die Oberhand behält — ob Fusangel oder Weder.

Flugblattschwindel.

Reichsverband und Sechapostel ähnlichen Kalibers verbreiten in Millionen Flugchriften und Broschüren zur Verunglimpfung der Sozialdemokratie wegen ihrer Ablehnung der kolonialen Abenteuerpolitik. Eins dieser Machwerke führt den meterlangen Titel „Deutsches Volk, wie sorgte die Reichstagsmehrheit für Deine heldenmütigen Söhne in Südwestafrika?“

Auf die Phrasen von der „nationalen Ehre“, mit denen diese Broschüre um sich wirft, brauchen wir nach alledem, was wir hierüber täglich ausgeführt, nicht des näheren einzugehen. Nur die Art, wie dies Machwerk Stimmung zu machen sucht, sei an einem Beispiel charakterisiert. Die Broschüre beginnt:

„Am 6. August 1904“, so berichten die von unserem Generalsstab in so dankenswerter Weise veröffentlichten Schilderungen über die Kämpfe unserer Truppen in Südwestafrika, „eine auf einem Erkundungszug gegen den Wasserberg befindliche deutsche Patrouille von zehn Reitern stieß auf dem Hüdenmarsch Befand, wurde sie plötzlich aus dem Hinterhalt von mehreren hundert Hereros überfallen und nach heldenmütiger Gegenwehr niedergemacht. Die Hereros betäubten die Toten der Kleider und Waffen und verführten die entlebten Leichname in der grauenvollsten Weise.“ Als man die Leichen fand, waren einzelne die Augen ausgehöhelt, der Schädel zertrümmert, der Hals bis auf den Wirbel durchgeschnitten, die Hände abgehakt, der Leib aufgeschlitzt, einem Manne war, nachdem er verwundet, wie nachträglich durch einen Stabsarzt festgestellt wurde, von den rohen Dalunen bei lebendigem Leibe das Genick umgedreht worden. An demselben Tage schrieb ein Zeuge dieses grauenvollen Anblickes in sein Kriegstagebuch die wenigen tief beschämenden Worte: „Auf der einen Seite diese entsetzliche, uns Raub und Pein erschütternde Szene, auf der anderen Seite August Bebel im deutschen Reichstage die Hereros verteidigend und uns, die deutschen Soldaten, die wir vor einem solchen Feinde stehen, beschimpfend.“

Man sieht jedem Patrioten die Erinnerung an jene unerhörten Angriffe eines deutschen Reichstagsabgeordneten im deutschen Reichstage gegen deutsche Soldaten voll Empörung das Blut ins Gesicht treiben? Soll das deutsche Volk sich eine derartige Beschimpfung seiner eigenen Söhne gefallen lassen?“

Ran könnte einfach entgegen, daß ja Trotha für jeden verstümmelten Soldaten mindestens 1000 Eingeborene dem

Tode des Verführers überliefert habe! Aber wir wollen doch auch einige andere

Christliche Kriegsdokumente

wiedergeben:

In einem Briefe, den der „Trierische Volksfreund“ veröffentlichte, schrieb der Sohn des Schneidemeisters Peter Scherr aus Trier wörtlich:

„Wir dürfen keinen Gefangenen machen. Alles, was lebend ist und schwarze Farbe hat, wird niedergeschossen.“

In einem Briefe des Tierarztes Dr. Baumgart, den die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ veröffentlichten, heißt es:

„Die Erbitterung ist hier sehr groß, keiner gibt Pardon, alles wird niedergeschossen. . . . Einem habe ich den Weg abgeschnitten. . . er rief aus und verstaute sich im Gebüsch. Schon hatte er zwei Schüsse aus meiner Brauningpistole erhalten, da sprang ich vom Gaul herunter und schlug ihn mit einem erdentenen Gewehr so lange auf den Schädel, bis Gewehr und Schädel kaputt waren. Einem anderen ritt ich nach. . . verwundete ihn durch einen Gewehrschuss und 2 Pistolenschüsse. . . noch einen dritten, der sich im Gebüsch vertrocken hatte, entdeckte ich und gab ihm zwei Pistolenschüsse. Da kam noch ein anderer hinzu und zerschmetterte ihm mit einer Kintenfuge den Schädel.“

In einem Briefe des gefallenen Leutnants Thiesmeyer hieß es:

„Was hier gefangen worden ist, ist aufgehängt oder erschossen worden. . . . Der schlimmste Fehler der deutschen Kolonisation ist die Humanitätslosigkeit.“

In dem „Sprottauer Wochenblatt“ vom 10. November wurde ein Brief des Sanitätsunteroffiziers Josef Thiel veröffentlicht. In diesem hieß es:

„Gestern wurde eine Gefangene gebracht, die nur aus Haut und Knochen bestand. Die Herketos sind nämlich alle schon halb verhungert. Die Gefangene sagte aber trotzdem nichts aus und wurde deswegen gleich erschossen.“

In einem im „Zabrzez Anzeiger“ veröffentlichten Soldatenbriefe heißt es:

„Er (v. Trotha) hat 5000 Mark Prämie ausgesetzt, wer den Oberleutnant Samuel Maharero ergreife, für jeden Unterleutnant sind 1000 Mark ausgesetzt. Jeder Koffer, der getroffen, soll erschossen und jede Frau und jedes Kind vertrieben werden.“

Hinzu kommt, daß es sich ja gar nicht mehr um den längst beendeten Hererokrieg handelte, sondern um die Niederwerfung des Restes der Hottentotten, die sich übrigens ja auch schon vor der Reichstagsauflösung unterworfen hatten!

Diese Hottentotten aber waren keineswegs „rohe Hallunken“, sondern im Gegenteil höchst ritterliche Gegner! So schreibt Oberst Lentwein in seinem Werke „Elf Jahre Gouverneur in Deutsch-Südwest-Afrika“ über die hervorragenden Hottentottenführer Morris und Moriga auf Seite 320:

Ihre höhere Kulturstufe haben sowohl Moriga wie die Gebrüder Morris auch durch die Art ihrer Kriegsführung bewiesen. (Folgt die Erzählung eines Falles, wo Morris bei einem Farmer ganz nach europäischer Weise Waffen und Lebensmittel requiriert und eine Vereinbarung dafür ausgestellt hatte.) . . . In der gleichen anständigen Weise hat auch Moriga den Krieg geführt. Er hat bei seinen „Requisitionen“ nicht nur das Leben der Weissen geschont, sondern auch den Ausgeplünderten den notwendigen Lebensunterhalt belassen. In seine Hände gefallenen verwundeten deutschen Soldaten hat Moriga die Freiheit wiedergegeben. Während im Juni 1905 zwei deutsche Abgesandte sich befaßt Friedensverhandlungen im Lager Morigas befanden, griff eine deutsche Abteilung verächtlich an. Moriga hätte es nun in der Hand gehabt, die Abgesandten zu töten. Er zog es jedoch vor, lediglich die Verhandlungen abbrechen und sein Lager zurückzuziehen.“

Man sieht, mit welcher schamlosen Uebertreibungen und frechen Lügen das Flugblatt arbeitet. Mit niedrigeren Mitteln ist von den Klopffechtern des Ausbeutertums niemals ein Wahlkampf geführt worden!

Eine kolonialpolitische „Aktion“.

Am Dienstag wurde der Herr Kolonialdirektor Dernburg von einer Anzahl kolonialenthufaschener Manager aus akademischen Kreisen einem großen Männerauditorium (nur Herren waren zugelassen!) in Freiheit dreifach vorgeführt. Die Veranstaltung stand unter dem Zeichen des „Mischmaschs“. Vertreter aller Parteien und Parteien, mit Ausnahme von Sozialdemokraten und Zentrumsmitgliedern, hatten die Versammlung in die königliche Hochschule für Kunst zusammenberufen. Und Dernburg glaubte sich dieses Mischmaschs auf keine andere Weise würdig zeigen zu können als dadurch, daß er selber eine Mischmaschrede verzapfte, der man wahrhaftig kein Unrecht tut, wenn man sie als ein Sammelsurium geschwollener Phrasen bezeichnet, als die Emanation eines „gebildeten“ Vortragsmannes, dem die Fremdwörter, die „philosophischen“ Definitionen und kulturhistorischen (natürlich christlich-kulturellen) Ideen-Assoziationen nur so aus dem Munde fließen.

Es versteht sich von selbst, daß Dernburg — er kann schon gar nicht mehr anders — seine „berühmten“ Bluffzahlen wieder aufmarschieren ließ. Er jonglierte mit Millionen und balancierte mit Prozenten, daß es seine Art hatte. Alles natürlich, um zu „beweisen“, daß dem Deutschen Reich aus Südwest dermaleinst das Heil erblühen soll! Und was für ein Heil! Es charakterisiert den Mann, der da sprach, es charakterisiert die Rede, die er hielt, und es charakterisiert die Versammlung, vor der Dernburg referierte, daß er es sich leisten zu dürfen meinte, zur Illustrierung der ungeheuren Fruchtbarkeit Südwestafrikas seinen Betler Münchhausen durch eine kleine Erzählung in den Schatten zu stellen, die besagt:

„Daß eine vor mehreren Jahren verloren gegangene Riste getrockneter Datteln, die auf dem Weg gefallen war, dem erkrankten Wanderer jetzt drei Meter hohe Dattelbäume zeige, die schon anfangen, Früchte zu tragen.“

Solche Leistung kann allerdings nicht übergipfelt werden, und so darf es denn nicht wundernehmen, daß die Herren, die nach Dernburg zu Worte kamen — die Professoren Delbrück, Schäfer, Sering, Brunner, Jastrow, Wend, Stahl und der Afrikaforscher Schilling — aus dem Kolonialstudium keine großen Rosinen mehr herausklopfen konnten.

Selbstverständlich mußte auch eine Resolution angenommen werden, und zwar folgende:

„In Erwägung, daß ein großes Kulturbild wie das deutsche sich nicht dauernd auf Binnenpolitik beschränken kann, sondern neben den anderen großen Nationen an der kolonial- und Welt-politik teilnehmen muß;

in Erwägung, daß die späte Bildung des Deutschen Reiches als Nationalstaat unser Volk erst in allerjüngster Zeit an diese Aufgabe herantreten lassen und infolgedessen weiten Kreisen die uns auferlegte weltgeschichtliche Pflicht noch nicht zum Bewußtsein gekommen ist;

in Erwägung, daß die Mehrheit des Reichstages, welche die Forderungen für Südwestafrika ablehnte, nicht bloß unsere welt-politische Stellung, sondern auch das Gebot der nationalen Ehre verkannt hat;

in Erwägung, daß bei den bevorstehenden Neuwahlen diese Frage von der höchsten Bedeutung sein wird und Deutschland eines Reichstages bedarf, der nicht heimtückisch und zögerlich, nicht nach Bedürfnissen der Fraktionspolitik, sondern mit der Entschlossenheit, die das Bewußtsein eines hohen Zieles gibt und verlangt, an diese Fragen herantritt.

beschließt die Versammlung, ein Komitee einzusetzen mit dem Auftrage, ohne unmittelbares Eingreifen in das Parteigetriebe das Verhältnis für die kolonial- und Weltpolitik in den Kreisen der Wählerschaft zu erweitern und zu vertiefen.“

Das in der Resolution erwähnte Komitee — Aktionskomitee genannt — konstituierte sich sofort aus den Herren Delbrück, Sering, Brunner, Schäfer, Professor Lampe, Dr. Jöppel, Staatsminister Gentig, Schmoller, Jastrow und Stahl.

Damit war die „Aktion“ beendet. Da man verabsäumt hatte, die Versammlung mit dem obligaten Kaiserhoch zu eröffnen, so holte man das Veräumte wenigstens am Schlusse — in vorgerückter Stunde — nach.

Die bürgerliche Presse schlägt im Anschluß an diese Versammlung das Tamtam so laut und so aufdringlich, daß man zu der Vermutung gedrängt wird: Dernburg habe — nach dem von ihm selber angeführten südwestafrikanischen Musterbeispiel — ein paar Andeutungen fallen lassen, die sich über Nacht dermaßen „auswuchsen“, daß man sie am anderen Morgen in der bürgerlichen Presse zu Neblameartikeln von fünf, sechs und mehr Spalten erblickt und emporgeschossen sah! —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Januar 1907.

Das Zentrum und das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht.

Es ist geradezu erstaunlich, welcher hohen Wertschätzung sich das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht unter den bürgerlichen Parteien in Preußen erfreut. Nachdem erst vor zwei Tagen die beiden freisinnigen Parteien im preussischen Abgeordnetenhaus den Antrag eingebracht haben, für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe einzuführen und eine andere Einteilung der Wahlbezirke vorzunehmen, hat nun auch das Zentrum, um in der Steeple Chase um die Gunst des Arbeiters nicht zurückzubleiben, sich dazu entschlossen, einen ähnlichen Antrag vorzubereiten — wenn irgend möglich mit einigen schönen Nebenforderungen, die den freisinnigen Antrag in den Schatten stellen und das Zentrum als die größere Fürsorgerin für das politische Recht der Arbeitererschaft erscheinen lassen. Und fast noch merkwürdiger als diese große Vorliebe für das Reichstagswahlrecht ist die Schnelligkeit, mit der sie sich die Herzen der freisinnigen und liberalen Arbeiterfreunde erobert hat. Als im Januar des vorigen Jahres die Sozialdemokratie in Preußen den Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht und für die Erringung des jetzt vom Freisinn wie vom Zentrum gleich heiß begehrten allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts begann, da hielten sich die freisinnige und die liberale Partei in kühler Reserve. Ihre Blätter spöttelten mit höhnischen Worten über die Massenversammlungen des „roten Sonntags“. Auch als am 7. Februar 1906 im Reichstag der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, das Reichstagswahlrecht auf die einzelnen Bundesstaaten auszudehnen, zur Beratung kam, hatten Freisinn und Zentrum noch nicht ihr Herz entdeckt. Die Verantwortung des sozialdemokratischen Antrages durch die Herren Träger und Schrader war höchst lau und das Zentrum, das damals noch nicht ahnte, daß schon nach zehn Monaten der Reichstag aufgelöst werden würde, ließ sich auf eine Erörterung gar nicht ein, sondern verschante sich hinter der verlogenen Ausrede, dem Reichstage fehle die Kompetenz, auf das Wahlrecht in den Bundesstaaten einzuwirken. Wie wenig das Zentrum damals noch vom allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht wissen wollte, zeigt die Tatsache, daß es kurz vorher in Baden die Einführung eines händischen Wahlrechts beantragt hatte. Dieses mittelalterliche System einer ständischen Gliederung der Volksvertretung sollte der Arbeiterklasse den politischen Einfluß rauben, der ihr als der zahlreichsten Klasse durch die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zufällt.

Ebenjowenig war in den letzten Monaten vor der Reichstagsauflösung etwas von einer besonderen Eigenommenheit des Zentrums für das Reichstagswahlrecht zu verspüren; im Gegenteil sprach einer seiner junkerlichen Größen, Graf Strachwitz, sich energisch gegen das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht aus. Erst seit der Reichstagsauflösung, oder genauer erst seit die Nationalliberalen und Freisinnigen mit Anträgen auf Abänderung des preussischen Dreiklassenwahlrechts hervorgetreten sind, hat das Zentrum die Entdeckung gemacht, daß es eigentlich im Grunde seines Herzens ebenfalls für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen ist. Eine schnellentflammte Liebe, die leider, wie das so oft bei Augenblicks-Erregungen der Fall ist, befürchten läßt, daß sich die Glut bald abkühlen und wieder die alte fähle Reserve einstellen wird. —

Keine Verwechslung.

Wir lesen in der „National-Zeitung“: „Aus der Reichstagsrede des freisinnigen Abgeordneten Dr. Abblach gab kürzlich der Vorwärts“ eine Erzählung wieder, die den General v. Liebert, den Vorsitzenden des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, betrifft. Nach dieser Erzählung ist Herr v. Liebert als Oberst eines in Jenaufurt a. D. stehenden Infanterieregiments vom Kaiser ohne Vorwissen des Reichskanzlers zum Gesandten in Peking ernannt worden; das Auswärtige Amt sei in dessen der Meinung gewesen, daß Herr v. Liebert die Vorbildung für einen so verantwortlichen Posten fehle, und daß er den Befähigungsnachweis zur Bekleidung eines derartigen Amtes nicht erbracht habe. Da habe man einen Ausweg gefunden: Herr v. Liebert wäre nunmehr zum Gouverneur von Deutsch-Ostafrika ernannt worden.“

Der vorstehenden Darstellung, die als „ein kleines Bild von dem persönlichen Regiment“ gelten sollte, liegt nach der „Dortm. Ztg.“ eine Verwechslung zu Grunde. Ohne Vorwissen des Reichskanzlers v. Caprivi — die obige Erzählung wird in die Zeit der Antsführung des Fürsten hohenlohe verlegt — wurde vom Kaiser ein Herr v. Rahmer zum Gouverneur von Kamerun ernannt. Der damalige Reichskanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen, Freiherr v. Marschall, reichten infolgedessen ihr Entlassungsgesuch ein. Daraufhin wurde die Ernennung des Herrn v. Rahmer vom Kaiser rückgängig gemacht — ein Vorgang, der nicht als ein „kleines Bild von dem persönlichen Regiment“, sondern als sein Gegenteil zu bezeichnen ist. General v. Liebert ist für den Posten eines Gesandten in Peking zu keiner

Zeit in Frage gekommen. Doch haben Verhandlungen geschwebt, die seinen Eintritt in chinesische Dienste (als militärischer Instrukteur) betrafen; zu einem Ergebnis führten diese Verhandlungen nicht.“

Diese Darstellung ist unrichtig und selbst eine Verwechslung der Vorgänge — sofern nicht ein absichtlicher Täuschungsversuch vorliegt.

Die Sache mit Herr v. Liebert hat sich genau so abgespielt, wie sie von dem Abg. Abblach im Reichstag vorgetragen wurde. Dieser Darstellung des Abg. Abblach ist ja übrigens auch weder von der Regierung noch von Herrn v. Liebert selbst widersprochen worden.

Der Fall Rahmer ist nur ein Pendant zu dem Fall Liebert. Seine ohne Vorwissen Caprivi und Marschalls erfolgte Ernennung zum Gouverneur von Kamerun im Jahre 1894 — der Fall Liebert spielte 1897 — wurde allerdings auf das Entlassungsgesuch des Reichskanzlers und des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes hin zurückgezogen.

Dabei verdient übrigens bemerkt zu werden, daß die Ernennung Rahmers zwar ein Akt des persönlichen Regiments, aber bei weitem nicht ein solcher Mißgriff gewesen wäre, wie die spätere Ernennung des Ministerpräsidenten Jesu v. Puttkamer. Herr Rahmer, damals Hauptmann in einem Berliner Garderegiment, besaß zwar auch keinerlei Qualifikation zur Bekleidung des ihm übertragenen Gouverneurpostens, allein er war doch wenigstens eine unbefehltere Persönlichkeit, während sich Puttkamer wegen seiner Lieberlichkeit und Banalität bereits den denkbar schlechtesten Ruf erworben hatte. Daß sich die Caprivi und Marschall diesen Puttkamer aufdrängen ließen, bringt sie um alle Anerkennung, auf die sie wegen ihres Verhaltens im Falle Rahmer sonst begründeten Anspruch besäßen. —

Deutsches Reich.

Nicht mehr gouvernemental!

Das kuriose Bülowische Silberwahlmanifest bewährt sich in steigendem Maße als ein vorzügliches Mittel, nicht nur die verschiedenen Parteien des nationalen Blokes auseinander zu einigen, sondern auch jede dieser Parteien zu Angriffen auf die Regierung zu reizen. Neuerdings sagen sogar die Konservativen dem Bülowischen Regiment die Heeresfolge auf. Zwischen der „Nordd. Allgem. Ztg.“ und der „Kreuz-Ztg.“ hat sich eine heftige Polemik über die Richtigkeit der vom Reichskanzler erteilten Wahlvorschlüge entsponnen, in die jetzt auch das Hauptblatt des Bundes der Landwirte, die „Deutsche Tagesztg.“, sehr energisch eingreift und sich mit rücksichtsloser Schärfe gegen die Parteivereinigungspläne Bülows wendet:

„Wer von der Wichtigkeit und Wichtigkeit seiner politischen Weltanschauung überzeugt ist, der muß unter allen Umständen darauf halten, daß diese Weltanschauung nicht um ihr Recht betrogen werde. Gewiß kann man, wenn es sich um besondere und große Dinge handelt, den Parteipunkt zurücktreten lassen und sich über ein gemeinsames Vorgehen verständigen, man würde aber furchtsichtig handeln und den Wert der eigenen Ueberzeugung herabsetzen, wenn man nur Opfer bringen wollte, ohne daß die andere Seite sich zu gleichen oder ähnlichen Opfern verstünde. Das ist der Gedankengang, der in diesen Tagen nicht nur von der „Kreuz-Zeitung“, sondern auch von fast allen rechtsstehenden Blättern entwidelt wurde. Und dagegen läßt sich ernstlich nicht das mindeste sagen. Die Konservativen wären Toren, wenn sie sich an die Wand drücken ließen, um dem in nationalen Fragen immer unzuverlässigen Freisinn den Steigbügel zu halten. Sie wären Toren, wenn sie das Feuer für den Herd liefern wollten, auf dem andere Leute ihre Parteitöpfe kochen wollen. . . . Das möge der Reichskanzler freundlichst berücksichtigen. Die rechtsstehenden Parteien sind nicht mehr gouvernemental und können es auch nicht sein, ohne sich selbst politisch tot zu machen.“

Eine politische Partei nach der anderen beginnt auf das Bülowische Regiment zu pfeifen; nur der Nationalliberalismus hält vorläufig noch an dem alten Teufelmeißel fest. Wie lange noch und Bülow zählt zu den Gewesenen. —

Das sexuelle Problem und die Kolonialpolitik.

Es ist erstaunlich, wie mannigfache Vorteile nach der Verfertigung der Kolonialinteressen und ihrer Intentionen unser schöner Kolonialbesitz allen Schichten der deutschen Bevölkerung bringt. Er bietet den Weibern Gelegenheit, hohe Transportprofite einzustechen, dem Kaufmann seine Läger zu räumen, dem Fabrikanten, seine Produktion einzuschränken, dem Arbeiter, Lohnerschöngungen durchzusetzen, dem Landwirt, seinen Absatz nach den Fabrikstädten zu erhöhen, der Witwe ihren Kaffee billiger einzukaufen, der fürsorglichen Mutter, ihre Kinder mit billigem Frühlingsdelikatäo zu versorgen usw. Den Vogel aber hat auf diesem Gebiet, Gründe für die Mäßigkeit der Kolonialpolitik zu entdecken, Herr A. Herfurth in seiner „Kolonialen Zeitschrift“ abgeschlossen. Er empfiehlt allen Ernstes die Kolonialpolitik als Mittel gegen das sexuelle Problem und die geschlechtliche Gemüthsnot. Wörtlich schreibt er:

„Wir haben in Deutschland keine Ideale mehr und wissen deshalb mit uns selbst so recht eigentlich nichts anzufangen. Nur krankende Völker gehen unter in jener wahnwitzigen Verhimmelung des Sexuellen, für die wir Deutsche bei anderen Völkern heute als Typ angesehen werden. Ursache ist bei uns Trunksucht geworden. Kein Völkchen hat mehr Jugkraft, wenn das sexuelle Problem nicht in möglicher Breite behandelt wird. Gossensucht! Gossensucht, der unserer Jugend in jeder denkbaren Form vorgeführt wird, soll das heranwachsende Geschlecht auflären. Die Türkei wird sich an uns noch den Ruf eines Lächerlichens erwerbend. Diesen Sumpf auszutrodnen, seine trübenden Wässer abzuleiten, aufzuklären, deshalb müssen wir Kolonialpolitik treiben, die in uns das Gefühl der Achtung vor uns selbst endlich wieder erstarren lassen soll. Für uns selbst, für unsere leibliche und geistige Gelandung, für unsere Kolonialbesetzung soll kein Mittel zu teuer sein, auch nicht das Blut, das der südafrikanische Boden reichlich getrunken hat.“

Es fehlte nur noch, daß Herr Herfurth versichert, die Beschäftigung mit der Kolonialpolitik befördere die Verdauung und verheße zum regemäßigen Stuhlgang. —

„Der Vater wird wohl alles verfallen haben!“

Als seinerzeit die ergreifende Schilderung von den Hungerzuständen in Kölnen Arbeiterkreisen bei dem Junker v. Arnim-Pleskau im Reichstage den feudalen Ausruf: „Der Vater wird wohl alles verfallen haben!“ auslöste, da mußte der zynische Junker sich auch aus bürgerlichen Kreisen manches „Pui“ gefallen lassen. Und wenn sich dieser Ekelstief während der Zeit seiner „Volksvertretung“ auch sonst nicht bemerkbar gemacht hat, dieser den ostelbischen Junker charakterisierende Ausruf sichert seiner sonst herzlich unbedeutenden Persönlichkeit ein dauerndes Gedenken in Arbeiterkreisen.

Für fast unmöglich sollte man es jedoch halten, daß jenes Junkerwort zur Rachahnung reizen könnte. Und doch finden sich bürgerliche Literaten, die im Kampfe gegen die Sozialdemokratie nicht nur denselben ostelbischen Stallon anschlagen, sondern sogar solche Gemeinheiten mit fähler Ueberlegung zu Papier bringen und ihren Lesern servieren. Dieses „Heldenstück“ blieb den Wahlmännern

des so plötzlich und ohne sein Zutun bekannt gewordenen Formers Christoph Jung aus Duisburg vorbehalten. Welche Ironie des Schicksals, daß die Verfechter der Kandidatur des „schlichten Mannes aus der Werkstatt“ ihren Christoph Jung gegen die Sozialdemokratie auch mit dem Argumente des Grafen von Krenim-Nusku verteidigen! Die nationalliberale „Rhein- und Ruhrzeitung“, das freiwillige Organ für Schleisfeinpolitik im Duisburger Wahlkreis, schreibt in ihrer Montagnummer:

„Die Sozialdemokraten heulen über Nahrungsmangel. Der Hunger kann wohl Stimmgast in den Familien sein, wo der Vater alles vertrinkt oder wo er es der ewig hungrigen sozialdemokratischen Parteikasse zuwendet! Der nächste sparsame Arbeiter, dem eine ordentliche Frau die Wirtschaft führt, hat kein anständiges Auskommen.“

Es gehört die ganze Erbärmlichkeit eines Schmoß dazu, um der Arbeiterschaft angeichts des Hungertarifs mit solchem Jynismus zu begegnen. Und das geschieht in einem Wahlkreis, wo die sogenannten „Ordnungsparteien“ einen Parodearbeiter als Küber aufstellen, um durch diese „Arbeiter-Kandidatur“ den verlorenen Wahlkreis nochmals zu retten! —

Nationalliberale Sozialpolitik.

Wie die Nationalliberalen über die Sozialpolitik denken, und was die Arbeiter zu erwarten haben, wenn die Scharfmacher aus der Großindustrie noch größeren politischen Einfluß gewinnen, zeigt eine Auslassung der Vordrumer Handelskammer. In einer Festschrift aus Anlaß des fünfzigjährigen Bestehens der Kammer läßt sie ihren Unmut über die Sozialpolitik folgendermaßen aus:

„Während von den 70er Jahren an bis hinein in den Anfang der 90er Jahre die Kammer sich meist in Uebereinstimmung mit der Politik der Reichs- und Staatsregierung befunden hat, hat sie in den letzten 10—15 Jahren oft eine Oppositionsstellung zu ihr und zu der von ihr und den parlamentarischen Körperschaften bewirkten Gesetzgebung eingenommen. Die Streitpunkte lagen vorzüglich auf dem Gebiete der Sozialpolitik, die nach dem Ausscheiden Bismarcks eine Richtung eingeschlagen hatte, welche die Kammer nicht mehr billigen konnte. Sie hatte gern ihre Stimme zugunsten einer umfassenden staatlichen Wohlfahrtsreform erhoben, welche vom Gedanken der Humanität getragen, von den führenden Klassen der Nation ausging und unterstützt wurde, und welche, dem Grundsatz eines gemäßigten Individualismus huldigend, sich die Wiederherstellung der Arbeitermassen mit dem Staate und der Gesellschaft zum Ziele setzte. Von der neueren Sozialpolitik aber, die von den Arbeitermassen ausgeht und sich in dauerndem, stetem Zurückweichen der Regierung und der bürgerlichen Parteien vor den immer mehr zunehmenden sozialen Forderungen vollzieht, sieht die Kammer nicht nur für die Industrie, sondern auch für den gesamten Staat große Gefahren, um so mehr, als der Einfluß von Industrie und Handel in den gesetzgebenden Körperschaften in dauerndem Niedergang begriffen ist.“

Diese Aeußerung sagt deutlich genug, warum die Nationalliberalen so begierig sind, ihren politischen Einfluß zu erweitern. Sie wollen die Sozialpolitik rückwärts reformieren, und um die Arbeiter in Schach zu halten, soll das Koalitions-, Streik- und Wahlrecht beschritten werden. —

Die lieben Arbeitswilligen!

Ueber ein unerhörtes Urteil, das obendrein noch von der Strafkammer bestätigt wurde, weiß der Hirschberger „Vot“ zu berichten: Zwei Bergarbeiterfrauen aus Rothenbach waren vom Schöffengericht Landeshut wegen sogenannter Beschimpfung von Arbeitswilligen zu je einer Woche Gefängnis verurteilt worden. Sie legten gegen das Urteil Berufung ein. Bei dem letzten Bergarbeiterstreik im niederschlesischen Kohlenrevier sollen die Bergarbeiterinnen Josefine R. und Emilie Sch. in Rothenbach zwei arbeitswillige Vergleute, die von der Schicht kamen, verhöhnt und beschimpft haben, um sie auf diese Weise zum Anschluß an den Streik zu bewegen. Die beiden Angeklagten bestritten entschieden die Aeußerungen, die sie nach den Aussagen der beiden Arbeitswilligen getan haben sollen. Das Zeugnis dieser beiden Arbeitswilligen erscheint nicht unbedenklich. In einem wichtigen Punkte ist es zum mindesten wohl nicht der Wahrheit entsprechend. Durch einen einwandfreien Zeugen, der absolut nicht am Streik beteiligt war, wird nämlich nachgewiesen, daß auch einer von den beiden Arbeitswilligen die Frauen in ganz roher Weise beschimpft hat. Dies stellen nun die Arbeitswilligen in Abrede oder suchen es wenigstens als ganz harmlos hinzustellen. Der unparteiische Zeuge meint sehr richtig, es sei eine gegenseitige Schimpferei gewesen und er (der Zeuge) hätte darin durchaus keine Beeinflussung auf die Streitenden gesehen, sich dem Streik anzuschließen. Aber die Strafkammer ist ebenso wie das Schöffengericht der Ansicht, daß die beiden Frauen sich eines Vergehens gegen den jetzt so viel genannten § 153 der Gewerbeordnung schuldig gemacht haben. Auch die erkannte Strafe hielt der Gerichtshof für angemessen und so lautete denn das Urteil auf Verurteilung der Berufung.

Nach diesem Urteil sind Streikende überhaupt als vogelfrei zu betrachten. Es ist weit gekommen in der preussisch-deutschen Rechtspflege. —

Der Zirkus auf Wahlagitiation.

Die bürgerliche Wahlagitiation hängt nachgerade an, die einzig angemessene Tonart anzuschlagen, sie wird zur Parodie, zur Selbstverpötlung. Von der Höhe einer klaren, bewussten, durch Prinzipien festgelegten Politik aus betrachtet, erscheint sie in dem milderen Lichte vergnüglichen Humors.

Oder ist es nicht in höchstem Maße belustigend, wenn man liest:

„Ein Wahlverein alter Afrikaner hat sich in Berlin gebildet, der kolonialfreundlichen Reichstagskandidaten in gefährlichen oder ausschließlichen Kreisen auf Wunsch kostenlos Herren aus der Kolonie, die zurzeit in Deutschland weilen, als Begleiter auf der Agitationsjournee stellt. Der Verein ist auch bereit, Flugblätter zur Verfügung zu stellen. Briefliche Anfragen sind zu richten an Herrn Adolf Stein, Berlin, Wilhelmstr. 6; für Telegramme genügt die Adresse „Telewelt Berlin“. Vorsitzender des Vereins ist der zurzeit in Berlin weilende Farmer Karl Schlettwein in Putz, der seinerzeit als Sachverständiger in der Budgetkommission des Reichstages höchst interessante Mitteilungen über seine Wirtschaftsverfolge in Südwestafrika machte, und dessen Ausführungen auf den Zentrumsführer Dr. Baumbach einen solchen Eindruck machten, daß dieser erklärte, man müsse nach diesen ausflüßenden Darlegungen die wirtschaftliche Bedeutung des Schutzgebietes allerdings von anderen Gesichtspunkten betrachten.“

Ders Schlettwein wird, um die Leistungsfähigkeit unserer Kolonien zu beweisen, zweifellos eine größere Menagerie dort geschickter Tiere mit sich führen. Einige Straffen werden die Nationalabnahme tangen, Kapagaten registrieren Wälms und andere Reden. Die Kinder reichstreuere Wähler dürfen auf den Februs, die bereits schwarz-weiß-rot gefleckt sind, reiten und — nur für die Stamme haben die Zuschauer selber zu sorgen. Zum Schluß der jedesmaligen Vorstellung werden Dr. Peters und der Putzkamer im Original-Pererostium Feuer fressen und den „wilden Mann“ mimieren, viel besser und edler, als es die aus den Panoptikums und von herrschaftlichen Aufschüßenden besorgten echten Regier vermögen, sie jetzt eine Maskur durchzuführen. Um die weitzehende „wirtsch.“

schaffliche Bedeutung“ unserer Kolonien vollends jedermann unüberwindlich vorzubemonstrieren, werden außerdem Tappelschick und Bob ihre gerundeten Existenzen in den Versammlungen herumführen. So solche Handgreiflichkeiten reden, bebaf es keiner erläuternden Worte mehr. Der nationale Kolonialzirkus kann sogar ein wohlbedachenes Eintrittsgeld fordern und dadurch die schwindelhaften Kassen der bürgerlichen Parteien füllen helfen. Busch und Schumann aber mögen auf neue Sensationen sinnen....

Ein christlicher Seelsorger.

In dem Orte Borchersdorf wohnt in einem Hause des Pfarrers Schwarz ein ehrlicher Arbeiter, der sich und seine Familie redlich von seiner Hände Arbeit ernährt. Anfangs Januar kündigte ihm der Herr Pfarrer plötzlich die Wohnung. Der Arbeiter war darüber ganz erstaunt, er wies auf seinen Kontrakt hin, der eine halbjährige Kündigungsfrist vorsehe, und meinte, der Herr Pfarrer hätte ihm im Oktober kündigen müssen; jetzt habe er es nicht nötig, die Kündigung anzunehmen. Aber der Pfarrer bestand auf der Kündigung. Nun fragte der Arbeiter nach den Gründen zur plötzlichen Kündigung, worauf ihm der Pfarrer rundweg erklärte, daß er ihm kündige, weil er sozialdemokratisch gewählt habe. Der Arbeiter war einfach verblüfft über diese Antwort, doch der Pfarrer ließ sich nicht beirren, sondern sagte, der Arbeiter habe eine sozialdemokratische Gesinnung und deshalb müsse er aus seinem gottesfürchtigen Hause. Nun war der Arbeiter nebst seinem erwachsenen Sohne im Walde des Grafen Dönhofs beschäftigt. Eines Tages, als die Beiden gerade bei ihrer Arbeit waren, trat der Förster auf sie zu und sagte ihnen, daß er sie sofort entlassen müsse. Auf die Frage des Arbeiters, was er und sein Sohn dem verbrochen hätten, erklärte ihm der Förster, daß der Herr Pfarrer Schwarz ihn als einen Arbeiter mit sozialdemokratischer Gesinnung geschilbert habe, und er, nebst seinem Sohne deswegen entlassen werden müsse.

Das geschah auch, der Arbeiter wurde mitten im Winter mit seiner Familie dem Elend überliefert. Der Herr Pfarrer aber wird nach wie vor jeden Sonntag auf die Kanzel steigen und die Gläubigen eindringlich ermahnen, die Gebote des Christentums auch durch die Tat zu befolgen, denn nur solche Christen seien wahrhaft gläubig. —

Ein vielseitiger „Vollvertreter“.

Im Verlag von Hermann Hilger (Berlin) ist ein „Wegweiser für die Reichstagswahl“ erschienen, worin es bei der Aufzählung der Mitglieder der Zentrumsfraktion nach ihren Berufen heißt: „Ein Abgeordneter — das ist charakteristisch für den nicht nur im Zentrum als Partei, sondern beim einzelnen möglichen Interessenausgleich — ist gleichzeitig Mitglied der Handelskammer, Ehrenmitglied des katholischen Arbeitervereins, Vorstand eines katholischen Gesellenvereins, Mitglied des Rheinischen Bauernvereins, Vorsitzender eines Kleingewerblichen und gemeinnützigen Vereins und vertritt im Reichstage besonders Privatbeamten-Interessen.“

Der ultramontane „Vollvertreter“ in Wachen bemerkt hierzu, daß dieser Abgeordnete Herr Kaufmann Joseph Raden, bisheriger Vertreter für Wachen-Land-Guppen-Burtscheid ist, der außerdem noch beigeordneter Bürgermeister in Schweller, Mitglied des Kreisrates und des Kreisaußschusses, weiter noch Oberleutnant der Reserve mit der Vornennung als Kompagnieführer für eine etwaige Mobilisierung, endlich noch Ehrenvorsitzender eines Kriegervereins und Ehrenmitglied zweier anderer Kriegervereine ist. Abgesehen von der Menge und Vielseitigkeit der Berufe, Wemter und Würden des Herrn Raden interessiert besonders die Fähigkeit dieses seltenen Mannes, zu gleicher Zeit die Interessen so verschiedener Berufsgruppen zu vertreten: Industrie und Kleinergewerbe, Handel und Landwirtschaft, Privatbeamte, Handwerksgehilfen und Fabrikarbeiter — allem und allen weilt sich Herr Raden mit gleicher Hingebung. Dabei er noch Zeit findet, einen Bürgermeisterposten, ein Reichstagsmandat, mehrere öffentliche Ämter auszuführen und durch Pflege der Kriegervereinsfrage für die Ausbreitung patriotischer Gesinnung zu sorgen.

Und einer Partei, die so verwendbare Männer herborzubringen vermag, hat Bülow den Krieg angefangt! —

Ein tragikomisches Schauspiel liefert die Zentrumsparthei im Wahlkreis Regensburg. Der bisherige Vertreter dieses Wahlkreises war der Freiherr v. Pletten, ein Agrarier schlimmster Sorte. Vor kurzem hat er in der Bayerischen Zentrumsrevue eine Abhandlung veröffentlicht, in der er seiner Partei Anweisung gibt, wie sie sich im Wahlkampfe zu verhalten habe, um möglichst gestärkt aus diesem hervorzugehen. Inzwischen aber wurde er von seiner Partei als Kandidat abgelehnt und an seiner Stelle der Chefredakteur Held von der Regensburger Zentrumsrevue aufgestellt. Gegen diese Abwahlsetzung legten er und sein bauerlicher Anhang entschiedenen Protest ein. Jetzt kommt die Nachricht, daß der edle Herr eine ihm vom Bund der Landwirte und vom bayerischen Bauernbund angebotene Kandidatur angenommen hat. Der bisherige Zentrumsvertreter wird also gegen den offiziellen Zentrumskandidaten kandidieren. Der Wahlkampf verspricht sehr interessant zu werden.

Feuerbestattung. Von allen deutschen Bundesstaaten sind es nur noch Preußen, Mecklenburg und Bayern, die sich gegen die Zulassung der Feuerbestattung sträuben. In Nürnberg wird schon seit Jahrzehnten eine Agitation zur Einführung der Feuerbestattung betrieben, dort entstand auch der erste Feuerbestattungsverein, der von unserem verstorbenen Genossen Heinrich Dehne mitbegründet und jahrelang geleitet wurde. Auch der dortige Stadtmagistrat interessierte sich schon lange für die Sache, die Mittel zum Bau eines Krematoriums sind längst gesichert, die Ausführung wurde nur durch die hindernde Stellungnahme der bayerischen Staatsregierung unmöglich gemacht. Jetzt macht sich in Bayern wieder eine umfassendere Bewegung für die Zulassung der Feuerbestattung bemerkbar. Vor einigen Tagen hat der Stadtmagistrat München eine entsprechende Petition an die Regierung gerichtet und der Stadtmagistrat Nürnberg ist diesem Beispiel gefolgt.

Den ganzen Unteroffizierstand sollte der Genosse Johannes Sanow beiseitigen haben, der gestern vor der Strafkammer in Halle stand. Er hatte in einem im „Haller Volksblatt“ veröffentlichten Heuilstein seine Erlebnisse als Soldat des ersten preussischen Garde-Regiments zu Fuß in Potsdam geschildert und dadurch das Witzfallen des Kriegsministers erregt, der Strafantrag gestellt hatte. Anfanglich war auch ein Verfahren gegen die Redakteure Genossen Wollenbuh und Thiele eröffnet worden, das aber schließlich eingestellt worden ist.

Genosse Sanow trat den Wahrheitsbeweis für seine aufgestellten Behauptungen an — da aber nur Anlage auf § 165 erhoben war, wie jetzt üblich ist, lehnte man den Wahrheitsbeweis ab; man nahm also wahr an, daß der Angeklagte die Erfahrungen, die er gemacht hatte, richtig geschildert hat. Der Angeklagte habe aber verallgemeinert, generalisiert usw. Der Staatsanwalt beantragte wegen der Übertreibung von Schmähungen gegen einen Exzelleprie des „Staates“ sechs Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf „nur“ drei Monate Gefängnis, weil der Angeklagte bisher noch unbestraft ist. —

Ausland.

Frankreich.

Die „Internationale“ in der Kaserne.

Paris, 7. Januar. (Eig. Ber.)

Die Regierung hat dieser Tage die Erfahrung gemacht, daß die Uebung, streikende Arbeiter von Polizei und Militär überfallen zu lassen, unangenehme Folgen haben kann; denn auch bei

dieser unfreundlichen Methode können die Sendlinge der Staatsgewalt in den Mann der „aufrechteren“ Gedanken geraten. Dies ist der „republikanischen Garde“ passiert, einer Elitegarde, die sich aus Unteroffizieren der Armee rekrutiert und zu „barrackieren“ Polizeidiensten verwendet wird. Wer hätte geglaubt, daß die statisch berittenen, mächtig helmumhüllten repräsentativen Männer der bürgerlichen Ordnung dem Vozimus der Rebellion nicht genug Widerstand zu leisten vermöchten?

Am Neujahrstage erhielten die Soldaten der ersten und zweiten Kompagnie der Garde den Befehl, den Schnee im Kasernenhofe wegzuräumen. Diese unermutete Feiertagsbeschäftigung erregte den Unmut der ohnehin überbürdeten und auch schlecht bezahlten Leute. Es entstand zuerst ein unwilliges Gemurrel, und plötzlich stimmten einige Gardisten die „Internationale“ an, das Lied, das sie bei ihren Aufmärschen auf Ausmärsche so manchmal gehört hatten. Bald stimmten ihre Kameraden mit ein, so daß auf einmal zwei Kompagnien Soldaten im Kasernenhofe das Kampflied der proletarischen Revolution sangen. Alle Bemühungen der Offiziere waren vergeblich. Der Chor ertönte volle vier Stunden.

Die Begebenheit wurde von der Behörde geheimgehalten, doch brachte die „Humanité“ sie an den Tag. Entgegen dem nachfolgenden schwächlichen offiziellen „Dementi“ bestätigte sie auch der „Intransigant“. Einem Redakteur der „Humanité“ aber hat ein sozialistischer Polizist erklärt, daß viele seiner Kameraden es mit Bitternis empfinden, daß man sie so oft dazu verwendet, gegen die Arbeiter loszugehen, in denen sie nicht ihre Feinde, sondern ihre Brüder im Elend sehen!

Was wird aus der Gesellschaft noch werden, wenn solche Dinge geschehen? —

Persien.

Muzaffer-ed-Din, Schah von Persien, ist am Abend des 8. Januar gestorben, nachdem er schon Monate lang einen schweren Lebenskampf gekämpft hat. Der „König der Könige“ ist zu Teheran am 25. März 1853 geboren, hat also ein Alter von knapp 64 Jahren erreicht. Er regierte seit dem 1. Mai 1896 als Nachfolger seines Vaters Nasir-ed-Din. Von seinen sechs offiziellen Söhnen wird der Älteste, Muhammed Ali Mirza, geboren am 21. Juni 1872, als mutmaßlicher Thronfolger betrachtet. Doch da man in Persien gewöhnt ist, daß auch die Erben des Schahs — und der Verstorbene hatte deren sechs, von denen einer sogar drei Jahre älter ist als Muzaffer ed-Din — Thronansprüche für sich, ihre Söhne oder prinziplichen Lieblinge erben, so muß man darauf gefaßt sein, daß vielleicht auch diesmal wieder eine ganze Horde von Präbendenten um den Thron raufen wird. —

Amerika.

Im Senat ist der Staat Colorado vertreten durch Simon Guggenheim, der an der Spitze einer millionenreichen Gesellschaft für Schmelzwerke steht. Sensation erregte kürzlich das Gerücht, daß er die Wahllosen von 64 Mitgliedern der Legislatur von Colorado begabte habe und daß er auf diese 64 Stimmen rechnete, um als Bundes senator nach Washington geschickt zu werden! Seine Ausgaben beliefen sich auf 500 000 Dollar; er erklärte, daß er gegen die Vorschriften, welche die Gesetze den Wahlkandidaten machen, nicht verstoßen habe.

So ist noch mancher Sitz im Senat, diesem „Klub der Millionäre“, gekauft, aber nur selten wird der Kauf so offen zugestanden. —

Verfassungen.

Die Sektion der Puher (Maurerverband) nahm in ihrer Mitgliederversammlung am Sonntag des Jahresbericht des Vorstandes entgegen. Aus demselben ist folgendes zu entnehmen: Die Konjunktur im abgelaufenen Jahre war eine ziemlich gute. Sie setzte im März ein und stieg bald darauf, daß anfangs April alle Kollegen in Arbeit standen. Anfang Juni ließ der Geschäftsgang wieder nach und sank von da an bis in den August. Dann besserte sich der Geschäftsgang wieder und im Oktober war fast keine Arbeitslosigkeit mehr zu verzeichnen. Selbst in den Zeiten des ungünstigsten Geschäftsganges war die Zahl der Arbeitslosen nicht größer als 100 bis 140. Bei einer im Mai angeführten Baukontrolle wurden 3748 Kollegen ermittelt. Das Resultat ist nicht ganz vollständig, denn es arbeiten in Groß-Berlin etwa 4000 Puher. Von den bei der Kontrolle ermittelten Kollegen gehören 3119 dem Zentralverbande der Maurer an, 76 waren freiwillig, 550 gar nicht organisiert. Es sind also fünf Sechstel aller Puher organisiert, während ein Sechstel indifferent ist. Wenn auch die Arbeitslosigkeit im verflochtenen Jahre noch eine günstige war, so zeigte sich doch unter dem Einfluß der ungünstigen Lage des Geldmarktes insofern ein Rückgang, als viele Unternehmer nach Fertigstellung der Puherarbeiten den vereinbarten Lohn nicht zahlen konnten und auch nach durchgesetzter Klage oft kein Geld zu bekommen war. Dieser Rückgang in geschäftlichen Verhältnissen kommt auch zum Ausdruck in der Zahl der Klagen, welche von Puhern am Gewerbegericht anhängig gemacht wurden. Derartige Klagen gab es im Jahre 1905 1800, im Jahre 1906 aber 2100. — Der zweite Teil des Vorstandsberichts gab Auskunft über die abgehaltenen Versammlungen und andere innere Vereinsangelegenheiten. — Ferner beschloß die Versammlung mit dem bevorstehenden Verbandstage und stellte eine Anzahl von Kandidaten für die Delegiertenwahl auf. — Bezüglich der Reichstagswahl wurde der Wunsch ausgeprochen, daß die Kollegen den Wahltag zu einem Feiertage machen und sich an den Wahlarbeiten der Partei beteiligen möchten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Reich ist das Eigentum!

Frankfurt a. M., 6. Januar. Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Orizaba in Mexiko meldet, haben dort ausländische Textilarbeiter Eigentum im Werte von 1½ Millionen Dollar zerstört, das einem Franzosen Garcia gehörte. Truppen schritten ein und töteten 30 und verwundeten 80 Leute. Die Mehrzahl der Ausländer ist in die Berge entflohen.

Vom Schuhmachersstreik in Frankreich.

Pongères (Dep. Me-et-Vilaine), 9. Januar. (W. T. V.) Trotzdem der hier herrschende Zustand in der Schuhfabrikation andauert, haben heute früh 22 Schuhfabriken den Betrieb wieder aufgenommen. Die ausländischen Arbeiter haben, um den Streik leichter auszuhalten zu können, ihre Kinder zu Arbeitern in der Umgegend geschickt, die mit ihnen gewerkschaftlich verbunden sind. Es haben nur höchstens zehn Prozent der Arbeiter ihre Tätigkeit unter den früheren Bedingungen wieder aufgenommen, ungeachtet des Lärmens und der höhnenden Zurufe von etwa siebentausend Ausländern, die von den Gendarmen in Schach gehalten wurden. Es kam zu leichten Zwischenfällen, bei denen eine Verhaftung vorgenommen wurde.

General Rückwärts und seine Spießgesellen!

Petersburg, 9. Januar. (W. T. V.) Die Generale Weidenberg, Kausbars und Sobolow haben den General Kuropatkin zum Tode gefordert, weil er in seinem Werk über den russisch-japanischen Krieg die Tätigkeit dieser Generale einer überaus scharfen Kritik unterzogen hat.

Streik der Verkehrsbeamten.

Sofia, 9. Januar. (W. T. V.) Der Zustand der Eisenbahnanstellung dauert fort. Blättermeldungen zufolge sind heute nachmittags auch die Angestellten der Barmar Dampfischiffahrts-Gesellschaft in den Ausstand getreten.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Die russische Revolution.

Rußland am Vorkriegsabend.

Dem Petersburger Korrespondenten der „R. Ko.“ ist das Protokoll einer geheimen Konferenz in die Hände gefallen, die am 12. Oktober 1906 stattfand und an der Finanzminister Kofoffeff, Marineminister Wirless, Reichskontrolleur Schwanebach sowie viele Admirale und Chefs von Kontroversen teilnahmen.

Am wichtigsten indessen ist jener Teil der Kofoffeffschen Ausführungen, in denen der Finanzminister das Anstehen zurückweist, Hunderte von Millionen für den Flottenbau auszugeben.

Wissen Sie nicht, daß wir, indem wir 115 Millionen zusätzlicher Einkünfte erhalten, uns in der Lage eines Bettlers befinden, dem man anstatt 2 Kop. 20 Kop. Almosen gegeben hat?

Der Wahlrechtsraub.

Die „Kotwaja Gazeta“ bringt eine Statistik der aus den Wahllisten gestrichenen Wähler. Besonders stark wurde von den Senats-Deutungen das Eisenbahndienstpersonal berührt, von dem 157 000 Mann aus den Wahllisten gestrichen wurden.

Attentat.

Gestern (Mittwoch) vormittag um 9 Uhr wurde in Petersburg der Obermillitärprokurator Generalleutnant Pawlow getötet. Der Anschlag wurde auf dem Hof des Obermillitärtribunalgebäudes verübt, in dem sich die Dienstwohnung Pawlows befindet.

Pawlow war jener Mann, der im Juni 1906 von der Duma mit dem Rufe: „Rödder!“ aus dem Hause gejagt wurde, nachdem er die Erklärung abgegeben hatte, auf keinen Fall werde die Todesstrafe im Heere abgeschafft!

Petersburg, 9. Januar. (W. Z. W.) Ueber das Attentat auf den General Pawlow werden weitere Einzelheiten gemeldet. Der Täter drang dank einer Verkleidung bis in den Garten des Millitärtribunals, wo der General gerade spazieren ging, und feuerte sechs Schüsse ab, von denen vier in die Brust gingen, zwei in den Rücken.

Die Opfer der Revolution.

Der „Russ. Korresp.“ wird aus Petersburg geschrieben: In den zwei Wochen vom 8. bis zum 21. Dezember sind zum Tode verurteilt 134 Mann; davon

Table with 2 columns: Category and Number of men. Rows include: durch Kriegsgerichte (88), Standgerichte (66), Aus der Zahl der von Kriegsgerichten zum Tode Verurteilten (21), durch lebenslängliche Zwangsarbeiten ersetzt worden (19), durch Standgerichte Verurteilten (3), durch lebenslängliche Zwangsarbeiten ersetzt worden (2), Gingerichtet auf Grund der Urteile der Standgerichte (51), zu Zwangsarbeiten sind verurteilt (lebenslänglich 48, und zwar durch Kriegsgerichte 37, Standgerichte 5, Appellhöfe 6), zu nicht lebenslänglichen Zwangsarbeiten (135), darunter durch die Kriegsgerichte (97) auf 229 Jahre, durch die Appellhöfe (23) auf 145, Appellhöfe (20) auf 201.

Zur lebenslänglichen Verbannung nach Sibirien sind verurteilt worden 44 Mann. Darunter durch Kriegsgerichte 21 Mann und durch die Appellhöfe 23 Mann, alle wegen Zugehörigkeit zu revolutionären Organisationen.

Table with 2 columns: Category and Number of men. Rows include: Es wurden verurteilt: zur Arbeitshausstrafe (109), zu den Disziplinarkolonien (56), zur Gefängnisstrafe (145), zum Polizeiarrest (52), zur Festungsstrafe (78).

Herrenhaus.

2. Sitzung, Mittwoch, den 9. Januar, 1 Uhr.

Am Ministertisch: Kommissare. Der Präsident Fürst Kniphausen verliest die Liste der in das Haus neu eingetretenen Mitglieder und fährt sodann fort: Zu meiner Freude ist heute zum ersten Male Seine Durchlaucht Fürst von Sillow im Hause erschienen.

Es folgt die Beratung des Antrages v. Schlapowski auf Einstellung des gegen das Mitglied v. Rosciolski wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes schwebenden Strafverfahrens für die Dauer der Session.

Frhr. v. Mantuffel beantragt die Ueberweisung des Antrages an die Geschäftsordnungskommission.

Oberbürgermeister Ehlers-Danzig: Ich bitte, diesen Antrag abzulehnen und den Antrag v. Schlapowski anzunehmen, da ich die Ueberweisung an die Kommission für eine Gefährdung des Antrages halte.

Der Antrag des Freiherrn v. Mantuffel wird angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Präsident Fürst Kniphausen erbittet und erhält die Ermächtigung, dem Könige zu seinem Geburtstag die Glückwünsche des Hauses zu übermitteln. Nächste Sitzung unbestimmt. Schluß 1 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Pause in den Plenarsitzungen des Abgeordnetenhauses wird wohl doch drei Wochen, also bis nach Erledigung der Stichwahlen dauern. Die Budgetkommission wird aber während der Vertagung fleißig arbeiten, weil immer noch mit der Möglichkeit gerechnet wird, den Etat rechtzeitig zu verabschieden.

Studis Bremserläß.

Die bereits angekündigte Interpellation der Nationalliberalen über den Studis Bremserläß hat folgenden Wortlaut:

Durch Verfügung vom 4. Mai 1906 hat der Herr Kultusminister die königl. Regierungen angewiesen, Beschlüsse der Schulverbände, insbesondere der Stadtgemeinden, auf Erhöhung des Gehaltes ihrer Lehrer vor der Bestätigung sorgfältig daraufhin zu prüfen, ob dadurch das von der Staatsregierung verfolgte Ziel, auf dem Gebiete des Lehrerbefindens eine größere Gleichmäßigkeit und Stetigkeit herzustellen und der Landflucht der Lehrer entgegenzuwirken, etwa gefährdet werden würde.

Die beiden freisinnigen Fraktionen des Abgeordnetenhauses haben folgenden Antrag eingebracht:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, die Aufhebung der von dem Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten unterm 4. Mai 1906 erlassenen Verfügung betr. die Regelung der Lehrergehälter, in der die gesamte Lehrerschaft eine bedauerliche Schädigung ihrer berechtigten Interessen und eine besorgniserregende Hemmung des Volksschulwesens überhaaupt erblickt, sobald wie möglich zu erlassen.

Aus der Partei.

Gustav Jaech's Begräbnis. Am Sonntag ist er auf dem Friedhof zu Leipzig bestattet worden, auf dem schon zwei Streiter ruhen, die einst am Leipziger Parteiblatt dem Proletariat gedient haben: Bruno Schoenlank und Manfred Wittich.

In großen Scharen hat ihm die Leipziger Sozialdemokratie das letzte Geleit gegeben.

Als der Sarg aus der Halle getragen ward, erklang es in gedämpften Akkorden: „Ich hatt' einen Kameraden...“

Am Grabe sang der Sängerkhor des Leipziger Arbeitervereins das: „Still ruht dein Herz!“ Dann trat Genosse Franz Mehring an das frische Grab und sprach:

Seit manchem Jahre hoffte ich, das ehrenvolle Amt, das mir die Leipziger Parteigenossen anvertraut haben, in die jüngeren und kräftigeren Hände des Freundes legen zu können, den wir heute bestatten, und es wird mir schwer, ihm den Nachruf zu halten, da es nach dem natürlichen Laufe der Dinge umgekehrt hätte sein sollen, doppelt schwer in diesem Augenblick, wo mir die Seele noch widerhallt von den Klängen des Liedes: „Ich hatt' einen Kameraden, einen besseren Freund bist du mir...“

O seid gerüstet, seid bereit! O schafft, daß die Erde, darin wir ruhen strad und starr, ganz eine freie werde!

Wenn die Schlacht geschlagen sein wird, in der gegenwärtig unsere Fahnen neuen Siegen entgegenwehen, wenn wir binnen weniger Wochen auf dies Grab einen redlich erworbenen Zweig eines neuen Siegeskranzes legen dürfen, dann wird sich für uns verführend lösen, was heute wie ein herber Mißklang unser Herz zerföhnet: die Trauer über das allzu frühe Erlöschen einer herrlichen Kraft, der Schmerz über die Vereitelung der großen Hoffnungen, die wir heute für immer ins Grab senken müssen.

Es sprachen noch die Genossen Seger im Namen der Partei, Genosse Kleeemann für den Aufsichtsrat der Leipziger Parteidruckerei, Genosse Meusch für den 12. Wahlkreis und noch mancher Vertreter von Parteiorganisationen und Gewerkschaften. Kranz reichte sich an Kranz (darunter auch einer der „Vorwärts“-Redaktion), ein grüner Lorbeerzweig türnte sich auf, während die Arbeiterjünger sangen: „Ein Sohn des Volkes will ich sein und bleiben“...

Die erste sozialistische Tageszeitung in englischer Sprache in Amerika.

Wir konnten vor einigen Wochen die erfreuliche Mitteilung machen, daß in Chicago unter dem Namen „Chicago Daily Socialist“ die erste Tageszeitung in englischer Sprache in den Vereinigten Staaten erschienen sei. In der letzten Nummer der „Chicago Socialist Review“ werden über die Gründung und die Entwicklung dieses Blattes recht interessante Mitteilungen gemacht.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Schuld der Staatsanwaltschaften. Die „Arbeiterzeitung“ zu Dortmund ist angeklagt worden, weil sie die frühe Festsetzung des Wahltermins in einem kleinen Sächchen sanft zu kritisieren gewagt hatte!

Kritik über die Auflösung des Reichstages. Seit dem 13. Dezember vorigen Jahres hat der Sozialdemokratische Verein Nürnberg-Altdorf 820 neue Mitglieder gewonnen.

Wie man uniformierte Verkünder sozialistischer Führer behandelt. Die Mannheimer „Vollstimme“ schreibt:

Nach einer Mitteilung des Mannheimer „Gen.-Anz.“ befindet sich Richtermeister a. D. v. Ruschewitz — der im November v. J. bei den Kontrollversammlungen unserer Parteigenossen und Reichstagskandidaten Dr. Franz in offener Ansprache an die Referenten als Lumpen bezeichnete, der nicht wert ist, daß man ihn anschaue — gegenwärtig in irrenärztlicher Behandlung, so daß es mehr als fraglich erscheint, ob der Fall zur strafgerichtlichen Beurteilung gelangt.

Die geistige Ungerechtfertigkeit des Herrn v. Ruschewitz ist also erst entdeckt worden, als es galt, ihn wegen einer schweren ehrenschmeiderischen Beleidigung eines sozialistischen Führers zur Rechenschaft zu ziehen. Hätte dieser Zwischenfall nicht stattgefunden, so stünde Herr v. Ruschewitz heute noch an der Spitze des hiesigen Bezirkskommandos, und jeder würde wegen Beleidigung schwer bestraft, der es wagte, ihm den gesunden Menschenverstand abzusprechen.

Die Arbeiterchaft des Mannheimer Reichstagswahlkreises, ihrem Reichstagskandidaten auf diese Weise die gerichtliche Verurteilung für eine geradezu skandalöse Verleumdung versagt bleibt, wird am 25. Januar in ihrem Votum auch zu zeigen haben, was sie von der „Gerechtigkeit“ des Staates denkt, der angeblich in der ganzen Welt die „besten Rechtsgarantien“ bietet.

Soziales.

Wegen Entwendung von 8 Pfund Mehl — ein Jahr Zuchthaus.

Das Landgericht Posen verurteilte am Dienstag eine wegen Diebstahls wiederholt vorbestrafte Händlerfrau zu einem Jahre Zuchthaus, weil sie einem Krämer 8 Pfund Mehl gestohlen hatte. Dann ist ein Arbeitgeber zu einer annähernd dem Maße oder der Art nach gleichen Strafe verurteilt, der Kassenbeiträge unterschlagen hatte oder Arbeiterbeschäftigungen übertrug und sich dadurch einen Vorteil zugewendet hatte, der den Wert von 8 Pfund Mehl um das Vielfache übersteigt?

Aus Industrie und Handel.

Neugründungen und Kapitalerhöhungen im Dezember 1906.

Das in Neugründungen und Kapitalerhöhungen angelegte Kapital, abzüglich der Kapitalherabsetzungen, belief sich im Dezember 1907, so weit es aus dem Handelsregister ersichtlich ist, bei 310 Gesellschaften auf 121,88 Millionen Mark gegen 21,04 Millionen bei 291 Gesellschaften im Dezember 1906. Die Zahlen für das Vorjahr waren 230 Gesellschaften mit 112,42 im November und 232 Gesellschaften mit 126,74 im Dezember. Spezialisiert man nun die Kapitalsumme nach ihrer Verwendung für neue und für schon bestehende Unternehmungen, so muß es geradezu auffallend erscheinen, wie ein überaus starker Anteil die Kapitalerhöhungen, also der Kapitalbedarf schon bestehender Gesellschaften, im Verhältniß an der Gesamtsumme haben.

Table with 2 columns: Category and Amount in Mark. Rows include: Neugründungen (88 246 000), Kapitalerhöhungen (45 848 100), Die Kapitalherabsetzungen betragen (7 255 000).

Einem starken Ausdehnungsdrang der bestehenden Gesellschaften steht also eine geringere Gründungsstärke gegenüber. Hauptächlich ist diese Tendenz in der Montanindustrie und im Bergbau zu beobachten. Die kräftige Zunahme, die die Kapitalerhöhungen im Dezember gegenüber dem Vorjahre aufwiesen, ist einzig und allein dem umfangreichen Bedarf des Bergbaus zuzuschreiben. Allein 46 Millionen Mark wurden von dem Bergbau beansprucht, das ist eine so gewaltige Summe für einen Monat, wie sie der Bergbau bisher kaum je aufgenommen hat und von anderen Gewerben nur noch das Bankgewerbe beansprucht.

Das Jahr des Segens.

Der „Internationale Volkswirt“ macht folgende Aufstellung: Von den 66 Banken des Berliner Kurszettels werden 75 die gleiche Dividende pro 1906 verteilen, wie für das letzte Jahr 1905, 2 1/2 Proz. mehr, 13 1/2 Proz. mehr, 1 (Reichsbank) 0,55 Proz. mehr, 1 1/2 Proz. mehr, 3 1 Proz. mehr, eine 5 Proz. mehr und eine Bank gibt 2 Proz. weniger. Von den 60 Bergwerks-gesellschaften verteilen 17 die gleiche Dividende wie im Vorjahre, eine gibt 1/2 Proz. mehr, 11 1 Proz., 2 1 1/2 Proz., 6 2 Proz., 5 3 Proz., 2 4 Proz., je 3 5 Proz., 7 Proz. und 8 Proz. und je

2 9 Proz. und 10 Proz. mehr. Ein Minus weisen dagegen auf eine Gesellschaft mit 1/2 Proz. und 2 mit 1 Proz. und je eine mit 2 Proz. und 3 Proz. — In der Textilindustrie (34 Gesellschaften) verteilen 11 Gesellschaften die gleiche Dividende, 1 1/2 Proz. mehr, 7 1 Proz. mehr, 5 2 Proz. mehr, 1 2 1/2 Proz. mehr, 2 4 Proz., 2 5 Proz. mehr und 2 1 Proz. weniger, 1 3 Proz. weniger, 2 6 Proz. weniger. Sechs Papierfabriken (insgesamt neun) verteilen die gleiche Dividende und je eine 2 Proz., 4 Proz. und 5 Proz. mehr. Von acht Gesellschaften der Gas- und Wasserindustrie verteilen sieben die gleiche Dividende und eine 2 Proz. weniger. In der Metallwaren- und Maschinenbranche verteilen von 59 Gesellschaften 31 die gleiche Dividende, 2 1/2 Proz. mehr, 4 1 Proz., 2 1 1/2 Proz., 6 2 Proz., 1 2 1/2 Proz., 5 3 Proz., 1 3 1/2 Proz., 3 4 Proz., je 1 5 Proz. und 6 Proz. mehr und je 1 8 Proz. und 4 Proz. weniger. Von 23 Bau- und Terraingesellschaften geben 14 die gleiche Dividende, je 1 1/2 Proz., 1 1 Proz., 4 3 Proz., 5 5 Proz. und 13 Proz. mehr und je 1 1 Proz., 2 Proz., 3 Proz. und 10 Proz. weniger. Von 40 Transportgesellschaften geben 21 die gleiche Dividende, eine 1/4 Proz. mehr, 7 1/2 Proz., 5 1 Proz., 3 1 1/2 Proz., 2 4 Proz. mehr und eine 8 Proz. weniger. In der Zementindustrie verteilen von 22 Gesellschaften 4 die gleiche Dividende, 3 1/2 Proz. mehr, 1 1 Proz., 3 2 Proz., je 1 3 Proz. und 4 Proz., 2 5 Proz., 1 6 Proz., 3 7 Proz., 1 8 Proz. und 2 9 Proz. mehr. Von 20 chemischen Fabriken geben 4 die gleiche Dividende, 2 1 Proz. mehr, 4 2 Proz., 1 6 Proz. mehr und 1 1 Proz. weniger. Von 18 Elektrizitätswerken geben 12 die gleiche Dividende, 3 1/2 Proz. mehr, 2 1 Proz. und 1 3 Proz. mehr. Von 7 Asbest- und Gummifabriken verteilen 6 die gleiche Dividende und 1 2 Proz. mehr. Von 71 diversen Gesellschaften verteilen 39 die gleiche Dividende wie im Vorjahre, 3 1/2 Proz. mehr, 7 1 Proz. mehr, 4 1 1/2 Proz., 5 2 Proz., 1 3 Proz., 3 4 Proz., 1 5 Proz., 2 6 Proz. mehr und je 1 2 Proz., 3 Proz. und 4 Proz. weniger, 2 Proz. weniger und 1 8 Proz. weniger.

Hierbei kann noch betont werden, daß die Gesellschaften, die für 1906 weniger Dividende herausgebracht haben, meist zu den kleineren Unternehmungen zählen. Für das Unternehmertum fließt das Geld in starken Strömen, den Arbeitern brachte das verfloßene Jahr neue Steuerlasten und Lebensmittelerhöhung. Und die Parteien, die schuld sind an dieser „Harmonie“, werden nun wieder um Arbeiterstimmen, damit sie nach dem alten System weiter regieren können.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Werkzeugmacher!

Im Streik der Werkzeugmacher der Spezialwerkstätten ist eine kennehmerte Anerkennung nicht eingetreten.

Dafür daß die Streikenden immer in Aufregung gehalten werden, sorgt unter anderem die Kitzdorfer Polizei. Die Herren Polizeibeamten dürstet es zweifellos nach dem Ruhm ihrer Kollegen an anderen Orten. Doch der Liebe Mühe ist vergeblich. Unsere Kollegen von Dudel lassen sich durch die Maßnahmen der Polizei weder abschrecken, Streikposten zu ziehen, noch auch lassen sie sich durch das Auftreten der Beamten zu Dummheiten hinreißen.

Wir eruchen alle Kollegen, die Spezialbetriebe für Werkzeuge streng zu meiden.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Die Textilindustrie in Pöhlitz (Thüringen) steht vor einer Krise. Am Montagvormittag traten in der Planenfabrik von Bernhard Siegel u. Schulte etwa 400 Arbeiter in den Ausstand, so daß die Fabrik geschlossen werden mußte. Die Ursache des Konfliktes ist der Umstand, daß die mit den Inhabern der Fabrik über die Regelung der Frühstücks- und Vesperpausen verhandelnden Beamten nicht angehört wurden. Zur Beilegung der Differenzen, die sich sehr leicht auf die übrigen Textilbetriebe ausdehnen können, ist Gauleiter Wreschneider aus Gera in Pöhlitz eingetroffen.

Ein Streik der Ziegler scheint für die kommende Kampagne im Rheinland bevorzustehen. Der Gewerkeverein der Ziegler, der in Lippe seinen Sitz hat, hat den Unternehmern die Forderung der Arbeitszeitverkürzung auf zwölf Stunden täglich gestellt. Heute beträgt die Arbeitsdauer meistens vierzehn bis sechzehn Stunden. Während diese Forderung von mehr als fünfzig Unternehmerorganisationen Deutschlands als berechtigt anerkannt wurde, verhält sich der Verband der Ziegeleibesitzer von Rheinland schroff ablehnend. Der Vorsitzende dieses Verbandes, der dreißigjährige Millionär Wahlen in Köln, äußerte in einem Rundschreiben an die Arbeitgeberverbandsmitglieder, die Ziegler hätten keine schwere Arbeit (!) und ständen sich wirtschaftlich sehr gut; sie lämen im Frühjahr „hager und mager“ auf die Ziegeleien und verließen sie im Herbst mit „viden Köpfen und gefüllten Taschen“. Dabei ist die Arbeit der Ziegler als überaus anstrengend bekannt und ihre Ausbeutung ist geradezu sprichwörtlich.

Weil nun die rheinische Zieglermeistervereinigung mit den Ziegeleibesitzern nur bei einem Aufschlag von zehn Prozent Verträge abschließen will, wird über alle dieser Organisation angehörenden Ziegeleimeister eine schwarze Liste geführt, und den Mitgliedern des Unternehmerverbandes ist verboten worden, einen dieser Meister zu engagieren.

Wie man sieht, wird es voraussichtlich zu einem heftigen Kampfe kommen. Ein friedlicher Ausgang ist den Arbeitern um so mehr zu wünschen, weil die Forderung der Arbeitszeitverkürzung auf zwölf Stunden ebenso sehr ein Gebot der Menschenwürde ist, wie sie bescheiden genannt werden muß.

Der Streik der Feilenhauer von Köln und Umgegend (Mülheim a. Rh., Kall, Ehrenfeld usw.) dauert unverändert fort. Die Unternehmer behelfen sich vorläufig bei äußerst eingeschränktem Betrieb mit Arbeitslosen hant zusammengezwängelter Art, während sie draußen eifrig auf der Arbeitswilligensuche sind. Zugug ist streng fernzuhalten.

Ausland.

Die Eingabe des Bundeskomitees des schweizerischen Gewerkschaftsbundes an die Kantonsregierungen um Ablehnung der vom schweizerischen Sammelmeisterverbanden verlangten Streiklausel hat einen negativen Erfolg gehabt. Die Regierung des Kantons Argau hat dem Wunsch der Baumeister bereits entsprochen, indem sie verfügt, daß über Lieferung oder Ausführung von Bauarbeiten für den Staat in die betreffenden Verträge folgende Klausel aufzunehmen sei: Die festgesetzte Lieferungs- oder Baufrist kann vom Arbeitgeber in Fällen von Arbeitsbeeinträchtigungen, Streiks oder Ausperrungen der Arbeiter angemessen, im Maximum um die Zeitdauer der Arbeitsunterbrechung verlängert werden, wenn den Unternehmern keine Schuld an der Störung der Arbeit trifft und die Fristverlängerung ohne wesentliche Schädigung der Arbeiter möglich ist. Als Verantwortlich sind insbesondere anzugeben: schlechte Behandlung der Arbeiter, Nichteinhalten von vereinbarten Lohnabmachungen, Rückstände in der Lohnzahlung, Bezahlung der Arbeiter unter den ortsüblichen Ansätzen und Weigerung des Unternehmers, die Differenzen durch eine unparteiische Behörde entscheiden zu lassen. Die Frage, ob ein solches Verschulden vorliegt, wird nach Anhörung der Parteien, durch diejenige Behörde entschieden, welche die Arbeiten zu vergeben hat, unter Vorbehalt des Rekurses an den Regierungsrat. Auf Erhöhung der Vertragspreise wegen Lohnaufbesserungen infolge von Streiks hat der Unternehmer keinen Anspruch. Die bürgerlichen Behörden werden ihren Entscheid schon so treffen, daß der Unternehmer bei einem Konflikt mit seinen Arbeitern nie der Schuldige ist, zu was haben sie die Gewalt in den Händen? Wie im Kanton Argau, so wird es auch in anderen Kantonen „geregelt“ werden.

Die schweizerischen Eisenbahner sind gegenwärtig in einen Kampf um eine Teuerungszulage eingetreten und haben zu dem Zwecke am letzten Sonntag einen außerordentlichen Delegiertentag

in Karau abgehalten, der eine sehr nützliche Sprache führte. Das Zentralkomitee der Eisenbahner hat den Auftrag erhalten, wenn bis zum 15. April die Teuerungszulage nicht bewilligt sein sollte, auf diesen Tag einen außerordentlichen Eisenbahnerkongress einzuberufen, in welcher Beschlus über eine allfällige Arbeitseinstellung gefaßt werden soll. Es hat sehr böses Blut gemacht, daß die Bundesversammlung in ihrer Dezembersession die Teuerungszulage nicht in Beratung gezogen hat, wo man doch zu bedeutend weniger wichtigen Sachen, wie die Beratung der Militärorganisation, Zeit genug gehabt hätte.

Gleichzeitig verlangte der Eisenbahnerkongress eine beschleunigte Revision des Besoldungsgesetzes und beauftragte das Zentralkomitee mit einer bezüglichen Eingabe an die Bundesbahnverwaltung. Für die nicht ständig beschäftigten Arbeiter soll ein Mindesttagelohn von 5,00 Fr. verlangt werden. Auch für die Revision des Besoldungsgesetzes soll ein beschleunigteres Tempo verlangt werden, als dies in der schweizerischen Bundesverwaltung sonst üblich ist.

Das Wachstum der Gewerkschaften in Ungarn im Jahre 1905. Laut dem vom Sekretariat des Gewerkschaftsrates von Ungarn veröffentlichten Jahresbericht für das Jahr 1905 betrug die Zahl der in Gewerkschaften organisierten Arbeiter zu Beginn des vorigen Jahres 53 000, am 1. Januar 1906 schon 71 000. Die Zunahme betrug daher 38 Proz. Die Gewerkschaft der Bauarbeiter zeigte eine Mitgliederzunahme von 15 000 auf 19 500, die der Holzarbeiter von 5200 auf 9600, die der Buchdrucker von 5400 auf 6500, die der Metallarbeiter von 9800 auf 14 000, die der Zimmerleute von 775 auf 1040. Die obige Statistik umfaßt nicht die organisierten Eisenbahnarbeiter, Bergleute und Kellerer, deren Statuten anfangs dieses Jahres noch nicht genehmigt waren, ferner nicht die Feldarbeiter, deren Organisation erst vor wenigen Monaten von der Regierung genehmigt wurde, die jedoch bereits etwa 25 000 Mitglieder zählen. Die Gesamtzahl der organisierten Arbeiter samt somit auf 100 000 veranschlagt werden. Die Zahl der Gewerkschaften ist von 462 auf 761 gestiegen. Die Gesamteinnahmen betrugen im Jahre 1904 846 000 Kronen, im Jahre 1905 1 132 000 Kronen. Das Gesamtvermögen der Gewerkschaften beträgt mehr als eine Million Kronen.

Der Streik der Seemannschaften.

Rom, 6. Januar. (Fig. Ver.)

Seit 32 Tagen währt nunmehr der Konflikt zwischen den italienischen Seemannschaften und den Reedern. Bis jetzt haben sich die Unternehmern noch nicht dazu herbeigelassen, mit den Streikenden überhaupt zu verhandeln. Aber ihr Verhalten stößt auf die gleiche harte Entschlossenheit bei den Ausständigen. Diese führen den Streik im Gegenzug zu den Meldungen bürgerlicher Depeschenbüros mit bewundernswürdiger Solidarität. Wo immer ein italienisches Schiff in einen Hafen einläuft, verlassen es die Mannschaften und werden von den Behörden in ihre Heimatsorte abgeschoben. Der ganze Konflikt geht in so ruhiger Form vor sich, daß man sich seiner Bedeutung kaum bewußt wird, da die Streikenden — und dies entspricht der Taktik des Streikkomitees — sich nicht in den Hafenstädten anhäufen. Sicher ist, daß es sich um einen der bedeutendsten Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit handelt, den Italien in den letzten Jahren gesehen hat.

Die Streikenden haben den Reedern ein Memorial vorgelegt, in dem sie außer höheren Löhnen und besserer Kost, das Recht für die Gewerkschaft fordern, die Stellenvermittlung allein zu besorgen und für jeden im Konflikt stehenden Seemann die Verächtigung beanspruchen, sich in jedem Hafen auszuschießen, wenn er einen geeigneten Vertreter stellt.

Die Solidarität der übrigen Arbeiterklassen ist bewundernswert. Alle organisierten Arbeiter Genuas führen 3. B. allwöchentlich den Lohn eines halben Arbeitstages an die Streikkasse ab. Die Genossenschaft der Schauerleute im Genueser Kohlenhafen gibt 1000 Lire wöchentlich, die Eisenbahner haben 200 Lire geschildt, der Verband der Schiffszurbeiter 100 usw.

Mit großer Mühe und noch größeren Kosten treiben die Reeder von Zeit zu Zeit ein paar Streikbrecher auf, meistens Dalmatiner, hier und da auch Sardinier. Die kostbaren Leute werden unter starker Polizeibedeckung an Bord geleitet. Vorgestern hat man es sogar vorgezogen, die für den im Hafen von Genua liegenden Dampfer „Venezuela“ bestimmten als — städtische Schulleute zu verkleiden. Die Regierung verhält sich bis zur Stunde ziemlich neutral.

Zwei Schiffahrtsgesellschaften haben heute die Forderungen des Personals bewilligt. Die Societa Anonima Genovese hat folgende Gehälter zugestanden, die sogar die von den Streikenden geforderten übertreffen: Heizer I. Klasse 150 Lire monatlich, Heizer II. Klasse 112, Kohlentrimmer 90, Matrosen 100, alles bei freier Verpflegung. Auch die Schiffahrtsgesellschaft Puglia hat ihrem Personal weitgehende Zugeständnisse gemacht, so daß die Arbeit auf all ihren Dampfern wieder aufgenommen werden wird. Zwei heute in Genua eingelaufene Ueberseesdampfer, die „Virginia“ des italienischen Lloyd und die „Campania“ der Navigazione Generale werden morgen früh von den Mannschaften verlassen werden. Die Streikbrecher bewiesen sich so schlecht, daß die Offiziere sich in mehreren Fällen geweigert haben, mit so untüchtigem Personal in See zu stechen.

Ueber die Streiks in Russland während der Jahre 1895/1904

hat das Industrie- und Handelsministerium des russischen Reiches für Handel und Industrie eine Statistik veröffentlicht. Wenn es auch bedauerlich ist, daß das große Streikjahr 1905, das mehr Kämpfe aufzuweisen hatte als die zehn vorhergehenden zusammengekommen, in der Statistik nicht mehr berücksichtigt ist, so sind deren Ergebnisse doch von Wert für die Beurteilung der sozialen Verhältnisse Russlands. Es fanden in dem genannten Zeitraum angeblich in 1765 gleich 9,9 Proz. aller Betriebe Ausstände statt, an denen 439 254 gleich 27 Proz. aller Arbeiter beteiligt waren, was also einen Jahresdurchschnitt von 1 resp. 2,7 Proz. ergibt. Es geht daraus hervor, daß vor allem die größeren Betriebe von Arbeiterausständen betroffen wurden. Die stärkste Streikbewegung hatte das Jahr 1903, in dem angeblich in 530 = 3,21 Proz. der Betriebe 86 832 = 5,1 Proz. aller Arbeiter ausständig waren. An den Kämpfen dieses Jahres war vor allem die Metallindustrie beteiligt mit 20 800 Arbeitern; außerdem noch in hervorragendem Maße die Druckerien. In Odessa und Kiew nahm die Bewegung den Charakter des Generalstreiks an. Das nächste Jahr bringt dann ein starkes Abflauen; es wurde in diesem Jahre angeblich nur in 68 = 0,4 Proz. der Betriebe von 24 004 = 1,5 Proz. der Arbeiter gestreikt.

Die Verluste, die den Unternehmern durch diese 10jährigen Kämpfe verursacht wurden, werden von der amtlichen Statistik auf 10,4 Millionen Rubel (22 1/2 Millionen Mark) geschätzt, die der Arbeiter auf 1,6 Millionen Rubel (3 1/2 Millionen Mark). Die Zahl der Streiktage betrug 2 079 408.

Von Interesse ist das Ergebnis der Kämpfe. Es endeten mit

	Streiks	Arbeiter
Vollstem Erfolg	498 = 28,2 Proz.	116 629 = 27,1 Proz.
Teilweisem	384 = 21,8	84 069 = 19,5
Ohne	802 = 45,4	222 679 = 51,6
Unbekannt	81 = 4,6	7 877 = 1,8

Dieses Resultat ist immer noch als ein nicht unglückliches zu bezeichnen, wenn man die Unentwickeltheit der gewerkschaftlichen Organisationen in Russland und die Tatsache in Betracht zieht, daß Streiks in Russland zu den gefährlichsten Dingen gehören.

Aus der Frauenbewegung.

Frauen im Wahlkampf.

In dem geräumigen Saale des Volkshauses in Berlin tagte eine von den Frauen einberufene sehr gut besuchte Volksversammlung. Hier referierte Genosse Kurt Geinig über das Thema „Das Volk hat's Wort“. Mit größter Aufmerksamkeit folgten

die Anwesenden den oft durch stürmischen Beifall unterbrochenen temperamentvollen Ausführungen des Redners. Nicht nur die Innere, sondern auch die äußere, speziell aber die im Vordergrund des Interesses stehende Kolonialpolitik waren Gegenstand einer vernünftigen Kritik. Redner meint, wenn das Kultur sei, daß Laufende und Abertausende wehrloser Eingeborene, Männer, Frauen und Kinder, in einer trostlosen, wasserlosen Wüste den unbegreiflichen Qualen des Durst- und Hungerstodes preisgegeben werden, dann müsse man sagen, entweder das Proletariat wisse nicht was Kultur sei, oder aber, die herrschenden Klassen seien unfähig diese Schmach zu empfinden.

Wenn jetzt Bülow Arm in Arm mit dem Vorsitzenden des Reichsverbandes für die „Interessen der nationalen Ehre“ kämpft, so kann uns das nur angenehm sein. Auf jeden Fall müsse die Arbeiterklasse am 25. Januar die gebührende Antwort geben.

Heute (Donnerstag) spricht Genossin Baader in den Verolima-Sälen, Schönhauser Allee 28, über „Die Proletarierin im Wahlkampf“.

Erste Zeit.

Das neue Jahr beginnt seinen Kreislauf mit einer Reichstagswahl, da es unserer Reichsregierung gefallen hat, die Volkswortreter „nach Hause zu jagen“.

Da die proletarische Mutter die Sorgen und Entbehrungen, deren sie mit ihrer Familie ausgeht, am schmerzvollsten empfindet, dürfte auch in ganz besonderer Weise ihr Interesse für die diesmalige Reichstagswahl geweckt sein. Gibt es doch, die Klassen- und Klassenherrschaft, die bisher im Parlament zu allen Forderungen der Regierung Ja und Amen sagte, zu fürzen, die Regierung zu zwingen, Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, die ungeheuren Lasten, die auf den Schultern der minderbemittelten Bevölkerungsklasse ruhen, zu mildern.

Frauen, erinnert Euch des unerhörten Brot- und Fleischwunders, überhaupt des Wunders, das mit den wichtigsten Lebensmitteln getrieben wird, der Not und Sorge in Eurer Familie heimisch werden ließ. Frauen, erinnert Euch ferner, mit welchem Fanatismus die bürgerlichen Parteien der Fleischnot-Interpellation der sozialistischen Abgeordneten noch in den jüngsten Tagen gegenübertraten. Schon früher erklärte Pöbbeckel, daß nicht die agrarische Schutzpolitik, sondern die Bequemlichkeit der Frauen und die hohen Löhne der Fleischergehilfen schuld an den hohen Fleischpreisen trügen. Mit ähnlichen albernen Rhapsodien glaubte der Zentrumsgewaltige Herrnberger die Frage zu lösen, indem er sagte, er könne an keine Fleischnot glauben, da der Schlächter seiner Mutter beim Einkauf weit mehr Fleisch angeboten habe, als wie sie haben wollte.

Daß die herrschende Gesellschaft bisher ungestraft so im eigenen Klasseninteresse handeln konnte, liegt zum großen Teil an jenen Wählern, die im Jahre 1903 nicht den richtigen Gebrauch von ihrem Stimmzettel gemacht haben. Ganz recht sagte Abg. Gotheim: „Nebst dem Volk hat die Regierung, die es verdient. Ehe das Volk nicht selbst so klug wird, sich andere Vertreter zu wählen, wird es nicht besser.“

Frauen, Arbeiterinnen, merkt Euch diese Worte und erinnert Euch gleichzeitig Eurer Rechtfertigung. Vernt begreifen, daß nicht stilles Dulden und Entfagen, sondern Kämpfen auch Eure Aufgabe ist. Um die vollen Menschenrechte für alles, was Menschenantheit trägt, zu erlangen, ist die Mitarbeit der Frauen bei der Wahl von größter Notwendigkeit.

Genossinnen, Frauen! Benutzt die Zeit bis zum 25. Januar, werbt und agitiert für die Sozialdemokratie, helft bei allen Wahlarbeiten und sorgt dafür, daß alle Versammlungen stark von Frauen besucht werden. Den bürgerlichen Parteien sowie der Regierung muß gezeigt werden, daß auch die Frauen trotz ihrer Rechtfertigung nicht müßig sind und daß sie, wenn auch nicht wählen, doch wählen können und so wählen können, daß die Reaktion am 25. Januar einen gehörigen Stoß erhält und das rote Banner der Sozialdemokratie heftig im Lande flattert.

Frauen, Genossinnen! Wollt Ihr andere und bessere Zeiten für Euch und die Euren, dann, Mütter, herbei zum Kampfe gegen die heutige Weltordnung und deren Vertreter.

Frauen, Mütter! „Sehet Ihr nicht das Leben ein, nie wird Euch das Leben und die Freiheit gewonnen sein.“

Vermischtes.

Einen neuen Ausbruch des Aetna.

des höchsten der feuerpeinenden Berge Europas, kündigt folgendes Telegramm aus Catania an: Das Observatorium des Aetna teilt mit, daß ein Wiedererwachen der vulkanischen Tätigkeit des Aetna zu bemerken sei. Vor Ende des vergangenen Jahres habe man bemerkenswerte Ausbrüche, dichten Rauch und Aschenegeen wahrgenommen. Der Herd dieser Erscheinungen war der Mittelkrater. In den ersten Tagen des neuen Jahres sah man bei Abend von den am Fuße des Aetna gelegenen Gegenden aus, daß der Rauch des Aetna durch rötliche Lichter gefärbt war, die entweder auf eine Vermehrung der glühenden Stoffe oder auf Ausbrüche im Innern des Kraters zurückzuführen sind. Da die Beamten des Observatoriums wegen Schneeverhältnisse nicht an den Krater gelangen konnten, ist es augenblicklich nicht möglich, weitere Einzelheiten über die Naturerscheinung zu erhalten.

Der Aetna erhebt sich im nordöstlichen Sizilien aus der Ebene von Catania bis zu einer Höhe von 3274 Meter. An seinen Abhängen liegen etwa 65 Ortschaften mit 300 000 Einwohnern. Seine Lavaergüsse sind gewaltiger als die des Vesuvius und schon oft hat das nahe Catania die furchtbaren Verberungen derselben zu spüren bekommen. Die letzten Ausbrüche erfolgten 1892 u. 1899.

Eine Explosion erfolgte gestern auf dem Rasenontwerke in London, während Versuche mit einer hydraulischen Presse gemacht wurden. Ein Ingenieur und ein Werkmeister wurden getötet und mehrere Arbeiter schwer verwundet.

Vom Tödgang fortgerissen. Die zwischen Störöf-Kanizsa und Magyar-Mizla verkehrende Fähre wurde, wie aus Budapest gemeldet w., durch Eisgang fortgerissen. Nur mit Mühe gelang es, die auf der Fähre befindlichen 50 Personen zu retten.

Durch eine Feuersbrunst vollständig zerstört wurde die große Weberei von Guillemand in Fribourg in Vlle. Ueber 300 Arbeiter sind brotlos. Der Schaden wird auf 100 000 Frank geschätzt. Gleichzeitig brach in der zweiten Fabrik von Guillemand in 2003 bei Vlle ein Brand aus; es wurde hier jedoch nur geringer Schaden angerichtet.

Eine Statistik der Verbrechen in den Vereinigten Staaten im Jahre 1906 zeigt, daß 9350 Kordiaten begangen wurden gegenüber 9212 im Jahre 1905. Die Zahl der Selbstmorde ist mit 10 125 angegeben, darunter sind dreimal so viel Männer als Frauen. Unter den einzelnen Verbrechen der Selbstmörder stehen die Verge in erster Reihe. Durch angezeigte Unterschlagungen und Fälschungen gingen 14 734 863 Dollar verloren gegenüber 9 613 172 Dollar im Jahre 1905. — 69 Lynchmorde wurden verübt; in dieser Zahl sind nicht eingeschlossen die 24 Reges, die vor kurzer Zeit bei den Rassenkämpfen in Atlanta, Georgia, fielen und die zwei Reges, die in Dörfern am Mississippi der Lynchmord zum Opfer fielen.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 10. Januar.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Sinfonie-Konzert.
Abend 12 Uhr: Sinfonie-Orchester.
Kgl. Schauspielhaus. Wallensteins Lager. Die Piccolomini.
Deutsches. Das Wintermärchen.
Westen. Cousin Bobby.
Vorstellung. Martha.
Anfang 8 Uhr.

Freitag, den 11. Januar.
Kgl. Opernhaus. Sinfonie-Konzert.
Abend 12 Uhr: Sinfonie-Orchester.
Kgl. Schauspielhaus. Wallensteins Lager. Die Piccolomini.
Deutsches. Das Wintermärchen.
Westen. Cousin Bobby.
Vorstellung. Martha.
Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag abends 8 Uhr:
Doppelselbstmord.
Vauvenpouffe in 6 Bildern von Ludwig Angenkruber.
Freitag, abends 8 Uhr:
Mathias Gollinger.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Räuber.

Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Der Familientag.
Lustspielhaus.
Täglich abends 8 Uhr:
Sufarenfieber.
Zentral-Theater.
(Operette.) 8 Uhr:
Künstlerblut.
Freitag 8 Uhr: Künstlerblut.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Abends 8 Uhr:
Bergmügte Feiertage.
Freitag zum erstenmal: Aus dem Buche der Liebe.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Kinder- vorstellung: Dornröschen. 8 Uhr: Sufarenfieber.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Bergmügte Feiertage. 8 Uhr: Aus dem Buche der Liebe.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage
Anfang 8 Uhr:
Florette und Patapon.
Schwan in 3 Akten v. M. Heinequin und Pierre Verber.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Fron Fron.

Ferdinand Bonns
Berliner Theater.
Heute und folgende Tage:
Anfang 8 Uhr:
Sherlock Holmes
Theater des Westens
Station Zoolog. Garten, Kantstr. 12.
Durchschlagender Erfolg!
Abend 7 1/2 Uhr:
Gastspiel Fritz Werner
Cousin Bobby.
Neues Schauspielhaus
Abends 8 Uhr:
Der Helfer.
Freitag:
Der Helfer.
Neues Theater.
Anfang 8 Uhr:
Kinder.
Freitag: Die Hochzeit v. Poel.
Sonntag: Die Gondolieri.
Sonntag: Die Hochzeit v. Poel.

Neues Theater
Gastspiel Suzanne Després aus Paris.
Dienstag, 15./1.: La robe rouge.
Mittwoch, 16./1.: Denise.
Donnerstag, 17./1.: Maison de Poupée.
Freitag, 18./1.: Thérèse Raquin.
Sonntag, 19./1.: Le Détour.
Vorverkauf täglich an der Theaterkasse.

Kleines Theater.
Zum 156. Male:
Ein idealer Gatte.
Anfang 8 Uhr.
Freitag, Sonntag: Eine triviale Komödie für ferde Leute. (Dandara.)
Komische Oper.
Abends 8 Uhr:
Lakmé.
Freitag: Hoffmanns Erzählungen.
Sonntag: Carmen.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Lakmé.
Abends 8 Uhr: Hoffmanns Erzählungen. Sonntag: Carmen.

Lorzing-Theater
Bellealliancestr. 7/8.
Abends 7 1/2 Uhr:
Martha.
Abonnements gültig.
Freitag:
Der Freischütz.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater, Charlottenburg, Bismarckstraße, Ecke der Grolmanstr.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Jugend.
Liebesdrama in 3 Aufzügen von Max Halbe.
Freitag, abends 8 Uhr:
Minna von Barnhelm.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Minna v. Barnhelm.

Zirkus Schumann

Heute Donnerstag, den 10. Januar, abends prägnante 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend. **Gala-Programm**
und wirklich sensationelle Novität!
Globe of Life direkt von Amerika
3 Frères Willé, die unübertrefflichen Equilibristen.
Auerdem die großartigen neuen Spezialitäten.
Zum Schluss zum 21. Male:
Das größte
Wunderstück
St. Hubertus.

Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Der Familientag.
Lustspielhaus.
Täglich abends 8 Uhr:
Sufarenfieber.
Zentral-Theater.
(Operette.) 8 Uhr:
Künstlerblut.
Freitag 8 Uhr: Künstlerblut.

Zirkus Busch.
Heute abend 7 1/2 Uhr.
Der Todes-Globus
Auerdem:
Fräulein Martha Mohnde, Schul- vortellerin. Herrn Ernst Schumanns Reubressen. Miss Diana, dress Uffen, Hunde und Kalabur.
Die berühmte Reiterfamilie
Lecusson.
Um 7 1/10 Uhr:
Gr. Origin.-Kunst- Penton. in 7 Bild.
ROM.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Abends 8 Uhr:
Bergmügte Feiertage.
Freitag zum erstenmal: Aus dem Buche der Liebe.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Kinder- vorstellung: Dornröschen. 8 Uhr: Sufarenfieber.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Bergmügte Feiertage. 8 Uhr: Aus dem Buche der Liebe.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage
Anfang 8 Uhr:
Florette und Patapon.
Schwan in 3 Akten v. M. Heinequin und Pierre Verber.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Fron Fron.

Ferdinand Bonns
Berliner Theater.
Heute und folgende Tage:
Anfang 8 Uhr:
Sherlock Holmes
Theater des Westens
Station Zoolog. Garten, Kantstr. 12.
Durchschlagender Erfolg!
Abend 7 1/2 Uhr:
Gastspiel Fritz Werner
Cousin Bobby.
Neues Schauspielhaus
Abends 8 Uhr:
Der Helfer.
Freitag:
Der Helfer.
Neues Theater.
Anfang 8 Uhr:
Kinder.
Freitag: Die Hochzeit v. Poel.
Sonntag: Die Gondolieri.
Sonntag: Die Hochzeit v. Poel.

Neues Theater
Gastspiel Suzanne Després aus Paris.
Dienstag, 15./1.: La robe rouge.
Mittwoch, 16./1.: Denise.
Donnerstag, 17./1.: Maison de Poupée.
Freitag, 18./1.: Thérèse Raquin.
Sonntag, 19./1.: Le Détour.
Vorverkauf täglich an der Theaterkasse.

Kleines Theater.
Zum 156. Male:
Ein idealer Gatte.
Anfang 8 Uhr.
Freitag, Sonntag: Eine triviale Komödie für ferde Leute. (Dandara.)
Komische Oper.
Abends 8 Uhr:
Lakmé.
Freitag: Hoffmanns Erzählungen.
Sonntag: Carmen.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Lakmé.
Abends 8 Uhr: Hoffmanns Erzählungen. Sonntag: Carmen.

Lorzing-Theater
Bellealliancestr. 7/8.
Abends 7 1/2 Uhr:
Martha.
Abonnements gültig.
Freitag:
Der Freischütz.

Passage-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Berlin
paß' auf!
Büchse in 2 Akten v. Leop. Gty. Musik von Rudolf Kellen.
In den Hauptrollen: Josefine Dora, Paulotte van Roy, Albert Kühne, Martin Bendix.
Auerdem:
Die glänzenden neuen Spezialitäten für Januar.

Gebr. Herrfeld-
Anf. Theater (Anf. 8 Uhr)
Kommandantenstr. 57
Stallschreiberstr. 42-44.
Familiientag im
Hause Prellstein.
Komödie in 3 Akten mit den Kustoren Anton und Donat Herrfeld in den Hauptrollen.
Vorverkauf 11-2 Uhr an den Theaterkassen bei H. Herrfeld und Invalidentag.
Rauchen in allen Räumen gestattet.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Stammstr. 16.
Große Extra-Vorstellung.
Auf vielfachen Wunsch:
Die Grille.
Ländl. Charaktergemälde in 3 Akten.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Metropol-Theater
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
Massary, Wolf, Bender, Giampietro, Josephi.
Anfang 8 Uhr. Rauchen überall gest.
Sonntag, den 13. Januar, nachmittags 3 Uhr:
Auf in's Metropol.

Gebr. Herrfeld-
Anf. Theater (Anf. 8 Uhr)
Kommandantenstr. 57
Stallschreiberstr. 42-44.
Familiientag im
Hause Prellstein.
Komödie in 3 Akten mit den Kustoren Anton und Donat Herrfeld in den Hauptrollen.
Vorverkauf 11-2 Uhr an den Theaterkassen bei H. Herrfeld und Invalidentag.
Rauchen in allen Räumen gestattet.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Stammstr. 16.
Große Extra-Vorstellung.
Auf vielfachen Wunsch:
Die Grille.
Ländl. Charaktergemälde in 3 Akten.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Metropol-Theater
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
Massary, Wolf, Bender, Giampietro, Josephi.
Anfang 8 Uhr. Rauchen überall gest.
Sonntag, den 13. Januar, nachmittags 3 Uhr:
Auf in's Metropol.

Gebr. Herrfeld-
Anf. Theater (Anf. 8 Uhr)
Kommandantenstr. 57
Stallschreiberstr. 42-44.
Familiientag im
Hause Prellstein.
Komödie in 3 Akten mit den Kustoren Anton und Donat Herrfeld in den Hauptrollen.
Vorverkauf 11-2 Uhr an den Theaterkassen bei H. Herrfeld und Invalidentag.
Rauchen in allen Räumen gestattet.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Freie Volksbühne

Sonnabend, den 12. Januar, abends 8 1/2 Uhr,
in den
Lokalitäten der Brauerei Friedrichshain:

Humoristisches Winterfest Großer historischer Kostümball

aus der Zeit
Von Jena bis Köpenick

□ Festszug □ Solovorträge □ Einakter □ Kinematograph. □
Die Festteilnehmer werden gebeten, in einem originellen, den denkwürdigen Zeitabschnitten der letzten hundert Jahre entsprechenden Kostüme zu erscheinen.
— — — Festmarken und Gastkarten in allen Zabstellen. — — —

Sonntag, den 13. Januar:
Neues Schauspielhaus 14./15. Abteilung
Das Glas Wasser. Berliner Theater 7./8. Abteilung
Die Häuser des Herrn Sartorius.
Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Heute im Theater 8 Uhr:
Die Feuergefahren der Erde.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. B. Donath:
Der elektrische Spannungszustand.

Walhalla-
Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Kolontz. Tor.
Heute abend 8 Uhr:
Die erste Zenation von 1907!
Kosta, der Mann mit dem drehbaren Kopf.
gänzlich neue
14 Karneval-Spezialitäten 14

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse
Täglich 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.
Der Riesen-Januar-Spielplan.
u. a.: The Romeos, Japan, Akt. 4 Silbersterne, akrobatisches Potpourri.
Geschieden.
Schwan in 1 Akt.
12 erstklassige Nummern!
Familienrevue, zum halben Kolonnenpreis gültig, in allen Vorder-, Hinter- u. Narkengestalten gratis.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Gastspiel
Bernhard Rose-Theater:
Der Löwe des Tages.
Vollständ. mit Gesang in 3 Akten.
Stoffenerzählung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Billetvorverkauf bei Krüger & Oberbeck, Turm u. Beustelstr. 10-11, sowie im Restaurant d. Stadt-Theaters.
Berliner Prater-Theater
Rakannen-Allee 7-9.
Donnerstag, 10. Januar, abends 8 Uhr:
Die Haubenlerche.
Schaup. in 4 Akten v. E. v. Wildenbruch.
Anfang 8 Uhr.
Morgen zum erstenmal:
Wilhelm Tell.

Colosseum
Dresdenerstr. 97.
12 erstklassige Schläger 12
Konzertsaal:
Wiener Schrammeln.

Kasino-Theater
Lottisingerstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Ledige Leute.
Komödie in 3 Akten v. Felix Dörmann
Vorher das bunte Januarprogramm.
Bella, Schwan in 1 Akt v. R. Krämer.
Sonntag 4 Uhr: Die beiden Champagnol.

Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Wo ist der Papa?
Vorher: Die Schlosslerei.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Hausfreund.
Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Stets erstklassige Kienerspielefolge.
Nach der Vorstellung: **Gr. Tanz.**
Langzeitung: 8. Sachse.
Anf. Sonntag 5, Donnerstag 8 Uhr.

Stettiner Säng.
Zum Schluss: Neu!
Christmarkt.
Anfang
Bodentags
8. Sonntag
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Säng.
Zum Schluss: Neu!
Christmarkt.
Anfang
Bodentags
8. Sonntag
7 Uhr.

Otto Pritzkow, Münzstr. 16.
Welt-Ausstellungs-
Biograph (St. Louis)
Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormitäten-Prgr.
Verbindung mit größter Films-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
♦ Den ganzen Tag Vorstellung. ♦

Andreas-Garten,
Andreasstraße 26.
Bringe meine freundlichen Lokalitäten, schönen Saal zu Versammlungen sowie Festlichkeiten jeder Art in empfehlende Erinnerung. Vorzügliche Küche, ff. Biere. Gute saubere Unternehmung. Mittagstisch von 60 Pf. an mit Bier. Abtungsloos.
34732* **F. Merkowski.**

Hienfeng-Essenz,
bei kräftig. hoch. Aroma, per Dtl. R. 2.50 franco inkl. gegen Nachn. für Biedererkauf. Preis gratis. Posten billiger. 5/20*
Georg Sommerfeld,
Chemisches Laboratorium,
Grünberg l. Schl.

Der wissen will, was die Sozialdemokraten erstreben, der verlange:
Grundsätze und Forderungen
der Sozialdemokratie
Erläuterungen zum Erfurter Programm
von Karl Kautsky und Bruno Schönlank.
10 Pfennig. Porto 5 Pfennig.
Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68,
Lindenstraße 69.

Zum Boykott der Kressin-Zigaretten.
Die in meiner Annonce veröffentlichten Angaben über den Boykott der Kressin-Zigaretten, welche in der Hitze des Kampfes von meiner Seite zu schroff gehalten waren, nehme ich hiermit mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück, und bin ich ermächtigt, laut Verhandlung mit der Kommission vom heutigen Tage für aufgehoben bekannt zu geben.
Die Kommission. I. A.: Freybitter.
Otto Kressin.

A. WERTHEIM

KONSERVEN

Stangenspargel I ^{extrastark} 1/2 Dose	1.60
Stangenspargel I ^{extrastark} 1/3 Dose	85 Pf.
Stangenspargel I 1/2 Dose	1.35
Stangenspargel I 1/3 Dose	73 Pf.
Stangenspargel II 1/2 Dose	1.20
Stangenspargel II 1/3 Dose	65 Pf.
Stangenspargel III 1/2 Dose	80 Pf.
Stangenspargel III 1/3 Dose	45 Pf.
Riesenbruchspargel 1/2 Dose	1.35
Riesenbruchspargel 1/3 Dose	73 Pf.
Bruchspargel ^{extrastark} 1/2 Dose	1.20
Bruchspargel ^{extrastark} 1/3 Dose	65 Pf.
Bruchspargel I 1/2 Dose	85 Pf.
Bruchspargel I 1/3 Dose	48 Pf.
Bruchspargel 1/2 Dose	70 Pf.
Bruchspargel 1/3 Dose	40 Pf.
Bruchspargel ^{ohne Kopf} 1/2 Dose	58 Pf.
Bruchspargel ^{ohne Kopf} 1/3 Dose	34 Pf.
Abschnittspargel 1/2 Dose	24 Pf.

Kaiserschoten ^{extra} 1/2 Dose	1.25
Kaiserschoten ^{extra} 1/3 Dose	68 Pf.
Kaiserschoten 1/2 Dose	60 Pf.
Junge Schoten III 1/2 Dose	48 Pf.
Schoten IV 1/2 Dose	38 Pf.
Schoten u. Karotten 1/2 Dose	60 Pf.
Karotten I 1/2 Dose	68 Pf.
Karotten 1/2 Dose	48 Pf.
Karotten ^{in Streifen} 1/2 Dose	30 Pf.
Gemischt. Gemüse ^{extrafein} 1/2 Dose	1.25
Gemischt. Gemüse ^{extrafein} 1/3 Dose	68 Pf.
Gemischt. Gemüse I 1/2 Dose	95 Pf.
Gemischt. Gemüse I 1/3 Dose	53 Pf.
Gemischt. Gemüse 1/2 Dose	45 Pf.

Grünkohl 1/2 Dose	35 Pf.
Weisskohl 1/2 Dose	35 Pf.
Wirsingkohl 1/2 Dose	35 Pf.
Kohlrabi 1/2 Dose	25 Pf.
Spinat 1/2 Dose	45 Pf.
Spinat 1/3 Dose	28 Pf.
Rote Rüben 1/2 Dose	35 Pf.
Morcheln 1/2 Dose	1.10
Morcheln 1/3 Dose	60 Pf.
Tomaten-Purée 1/2 Dose	70 Pf.
Tomaten-Purée 1/3 Dose	40 Pf.
Schneide- u. Brechbohnen 1/2 D. 25 Pf., 1 1/2 Kilo 40 Pf., 2 1/2 Kilo 65 Pf.	
Wachsbohnen 1/2 Dose	42 Pf.

Saure Kirschen ^{ohne Steine} 1/2 Dose	95 Pf.
Saure Kirschen ^{ohne Steine} 1/3 Dose	53 Pf.
Saure Kirschen ^{mit Steinen} 1/2 Dose	65 Pf.
Saure Kirschen ^{mit Steinen} 1/3 Dose	38 Pf.
Reineclauden 1/2 Dose	85 Pf.
Reineclauden 1/3 Dose	48 Pf.
Aprikosen ^{halbe Frucht} 1/2 Dose	1.20
Aprikosen ^{halbe Frucht} 1/3 Dose	65 Pf.
Johannisbeeren ^{rot} 1/2 Dose	68 Pf.

Deutsche Marmeladen ^{Aprikosen-, Himbeer-, Johannisbeeren-, Erdbeer-Marmelade} Glas ca. 1 Pfd.	65 Pf.
Gemischte Marmelade ^{in Eimern von ca. 5 Pfd.}	1.20 Mk.
Gemischte Marmelade ^{in Eimern von ca. 10 Pfd.}	2.25 Mk.
Rheinisch Kraut ^{Dose ca. 1 Pfd.}	45 Pf.

Dunstfrüchte in Zucker
Kirschen ^{ohne Steine} Glas 38 Pf. | Pflaumen Glas 50 Pf.

Ostsee-Bratheringe Dose	47 Pf.
Bismarck-Heringe Dose	47 Pf.
Heringe in Aspic Dose	40 Pf.
Delikatess-Heringe 1/2 Dose	83 Pf.
Delikatess-Heringe ^{in verschied. Saucen} 1/2 D.	52 Pf.

Russische Sardinen und Anchovis Glas	25 Pf.
Lachs-Cotelettes 1/2 Dose	1.50 Mk.
Lachs-Cotelettes 1/3 Dose	1 Mk.
Corned Beef ^{Dose, ca. 2 Pfd. engl. Gewicht}	1.60 Mk.

Sardinen in Öl:	
Marke Martell 1/2 Dose	2.40 Mk.
Marke Martell 1/3 Dose	45 Pf.
Ölsardinen 1/2 Dose	40 Pf.
Ölsardinen 1/3 Dose	30 Pf.

Französische Sardinen:	
Marke Chancerelles 1/2 Dose	90 Pf.
Marke Chancerelles 1/3 Dose	1.10
Marke Société Arsène Sauquet 1/2 D.	70 Pf., 1/2 D. 1.20, 1/2 D. 1.85

KOLONIAL-WAREN

Viktoria-Erbesen Pfund	16 Pf.
Kleine Erbsen " "	15 Pf.
Prima glasierte Erbsen " "	19 Pf.
Spalt-Erbesen ^{gelb} " "	16 Pf.
Algier-Erbesen ^{grün, gespalt.} " "	28 Pf.
Grüne Erbsen " "	15 Pf.
Grosse Linsen " "	45 Pf.
Mittel Linsen " "	38 Pf.
Grosse Bohnen " "	24 Pf.
Mittel Bohnen " "	20 Pf.
Kleine Bohnen " "	16 Pf.

Flageolets Pfund	70 Pf.
Java-Reis " "	38 Pf.
Java-Reis " "	30 Pf.
Java-Reis " "	25 Pf.
Bassein-Reis " "	20 Pf.
Rangoon-Reis " "	16 Pf.
Gemischtes Backobst " "	30 Pf.
Gemischtes Backobst " "	52 Pf.
Gemischtes Backobst " "	70 Pf.
Türkische Pflaumen " "	19 Pf.
Türkische Pflaumen " "	26 Pf.

Französ. Pflaumen Pfd.	35, 40 Pf.
Französ. Pflaumen " "	50, 60 Pf.
Kaliforn. Pflaumen " "	35, 40 Pf.
Kaliforn. Pflaumen " "	50, 60 Pf.
Ringäpfel I Pfund	55 Pf.
Ringäpfel II Pfund	42 Pf.
Hafermehl ^{in Paketen, Globus-Marke} 1/2 Pfund	22, Pfund 42 Pf.
Grünkernmehl ^{in Paketen, Globus-Marke} 1/2 Pfund	30, Pfund 55 Pf.

Erbswurst ^{mit Speck} 1/2 Pfund	28 Pf.
Erbswurst ^{mit Schinken} Pfund	28 Pf.
Suppentafeln ^{Globus-Marke} ^{Kartoffeln, Reis, Grünkern, Erbsen, gelb u. grün, Linsen, Tapioca-Julienne, Reis-Julienne, Bohnen, Gersten, Gries, Hafergrütze, Haussmacher, Kerbel, Rumford und Sago} Tafel	15 Pf.
Suppentafeln ^{Globus-Marke} ^{Julienne-Bouillon, Tapioca-Bouillon, Mochartie, Krebs, Curry, Frühlinge, Ochsenfleisch, Pils, Potage à la reine, Tomaten und Wildpret} Tafel	24 Pf.

Gebrannter Kaffee	
Mischung I II III IV V VI VII	
Pfund	83 Pf. 95 Pf. 1.10 1.35 1.50 1.70 1.90

Deutscher Kakao Pfund	80 Pf., 1.10 Mk.
Haushaltungs-Schokolade Pfund	80 Pf.
Block-Schokolade Pfund	70 Pf.

Zerelat- u. Salamiwurst ^{in Rind-darm} Pfd.	1.25
Plockwurst ^{in Rinddarm} Pfund	1.10
Gänse-Rollbrust ^(Spickgans) Pfund	1.50
Schinkenspeck Pfund	1.05
Zwiebelwurst u. Rotwurst Pfund	55 Pf.
Kasseler Rippespeer Pfund	90 Pf.

Ananas Pfund 65 Pf. Apfelsinen Dtzd. 35, 40, 50 Pf.

WEIN

Moselweine	
Obermoseler	55 Pf.
1905 Burger	70 Pf.
1904 Ernster Mark	75 Pf.
1904 Sennheimer	1 Mk.
1904 Valwigsberger	1.35 Mk.
1904 Piesporter	1.50 Mk.
1904 Trabener	1.60 Mk.

Rhein- u. Pfalzweine	
1903 Alsheimer	70 Pf.
1904 Bretzenheimer	90 Pf.
1904 Laubenheimer	1 Mk.
1902 Rudesheimer	1.20 Mk.
1900 Deidesheimer	1.40 Mk.
1903 Binger Rochusberg	1.40 Mk.
1903 Raenthaler	1.60 Mk.
1903 Rudesch. Rottland	1.70 Mk.

Bordeauxweine	
1902 Montferrand	90 Pf.
1900 Chât. Fronsac	1 Mk.
1900 Chât. Larrivau Cissac	1.10
1902 Chât. Talbot d'Aux (Médoc)	1.10
1900 Blanquefort	1.20
1901 Chât. La Tour Carnet	1.20
1900 Grand Poujeaux	1.40
1900 St. Emilion 1er Crû	1.50
1903 Chât. La tour grand vin	1.80

Südweine	
Tarragona Portwein	90 Pf.
Portwein II	1.25 Mk.
Portwein I	1.60 Mk.
Alter Portwein	2 Mk.
Sherry I	1.70 Mk.
Alter Sherry	2 Mk.
Feiner alter Sherry	2.60 Mk.
Madeira	1.25 Mk.
Alter Madeira	1.60 Mk.
Feiner alter Madeira	2.60 Mk.

Die Lebensmittel-Preisliste wird auf Wunsch zugesandt.

Der Wahlkampf in Groß-Berlin.

Fünfter Wahlkreis.

Herr Wilow hat den Freisinnshelden gnädigst in Aussicht gestellt, sie würden später gelegentlich als Regierungsgeschäftsgruppe Verwendung finden. Vielleicht bei neuen Steuervorlagen a la Fahrkarten, Frachturkunden, Bier- und Zigarettensteuer, bei weiteren Fortschreibungen, oder auch bei einem agrarischen Vorstoß zur Einföhrung von Schiffsabgaben, bei Reformen zur Entschuldung des Großgrundbesitzes, bei Attentaten auf das Vereins-, Versammlungs-, Streik- und Wahlrecht sowie bei Förderung der Geistesfreiheit in der Richtung des Schulverfassungsgesetzes! Durch den Wilowschen Speck sind die Freisinnsmänner vollständig satiniert, sie sehen die Falken, worin sie umkommen werden, als Paradiese an, in denen sie schweigerischen Genüssen fröhnen können. Ein gnädiges Lächeln Wilows hat die Leutchen, die gewohnt sind, nur noch auf Krücken zu humpeln, aus Mund und Hand gebracht. Sie wären sich als Kriegen, die den Reden Sozialdemokratie über den Haufen rennen können. Den fünften Wahlkreis wollen sie sicher stützen — auf Krücken natürlich. Unter großem Getöse hat man den Stadtverordneten Cassel als Reichstagskandidaten des freisinnig-nationalliberal-konservativen Arbeitstruglartels aufgestellt. Daß die zur Schau getragenen Siegeshoffnungen des Kandidaten mehr lähn als berechtigt sind, mag zunächst folgende Aufstellung illustrieren. Es erhielten Stimmen:

Table with 4 columns: Jahr, Sozialdemokratie, Fortschrittspartei, Konservativ. It shows election results from 1871 to 1903 for the fifth district.

* Nachwahl.

Bis zur Wahl im Jahre 1887 war der fünfte Kreis eine ziemlich sichere Domäne des Freisinn; bei dieser Wahl wie auch schon im Jahre 1884 hatte er jedoch die Hilfe der Sozialdemokratie notwendig, um den Kreis gegen die Konservativen zu behaupten. Im Jahre 1890 mußte er sich konservativer Krücken bedienen, um nicht das Mandat an die Sozialdemokratie abzugeben. Auch im Jahre 1898 gelang es dem Freisinn nochmals, mit dem „rechten“ Bruder in der Stichwahl über den Kandidaten der Sozialdemokratie zu siegen. Bei der letzten Wahl holten wir das Mandat, das uns schon einmal in der Stichwahl 1893 zugefallen war, schon im ersten Wahlgange mit der erheblichen Majorität von 4289 Stimmen. Trotz dieses schönen Resultates dürfen wir uns aber nicht der Tatsache verschließen, daß es diesmal ganz gewaltiger Anstrengungen bedarf, um mit großer Majorität im ersten Wahlgange zu siegen. Im Laufe der letzten Jahre hat sich der Kreis räumlich stark entwickelt, es ist aber auch nicht zu vergessen, daß viele kleine Leute und Arbeiter durch den Abbruch des Scheunenviertels aus dem Kreise hinausgedrängt worden sind. Wie sich demnach die Bevölkerung ihrer Klassenlage nach jetzt zusammensetzt, wird bei der Wahl deutlich in Erscheinung treten. Dazu gehört aber kräftigste Agitation für unseren Kandidaten. Unser Ziel muß sein, möglichst viele Stimmen aufzubringen. Und zweifellos kann aus der Schar der Wahlhulen noch mancher Mann für uns an die Urne gebracht werden.

Die Zahl der Wahlberechtigten, die Wahlbeteiligung sowie das Prozentverhältnis der für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen in der Hauptwahl veranschaulicht folgende Aufstellung:

Table with 4 columns: Jahr, Zahl der Wahlberechtigten, Abgegebenen gültigen Stimmen, Prozentverhältnis. It shows voter statistics from 1871 to 1903.

Im fünften Wahlkreise brachte uns das Sozialistengesetz einen bedeutenden Stimmenrückgang; wie es aber unter der Oberfläche weiterglühte, das zeigt die nachherige Entwicklung. In 23 Jahren schnellte unser Anteil an der Gesamtstimmenzahl von rund 1 Proz. auf über 68 Proz. hinauf. Die vier Wahlen nach 1887 brachten für uns einen Stimmenzuwachs um durchschnittlich 9,18 Proz. Für die Periode 1898-98 bleibt die Zunahme allerdings hinter dem Durchschnitt zurück, dafür geht sie für die letzte Wahlperiode erheblich über den Durchschnittsmaß hinaus. Noch günstiger ist für uns das Verhältnis in Bezug auf die Zahl der Wahlberechtigten.

Hier ergibt sich ein Durchschnittsplus von 9,2 Proz. und für die letzte Dekade ein solches von gar 11,18 Proz. Nehmen wir für die diesmalige Wahl eine Durchschnittszunahme an, und diese zu erzielen, müssen sich die Genossen zur Pflicht machen, dann werden für unseren Kandidaten, Genossen Robert Schmidt, am 25. Januar Stimmen: 52,27 Proz. der Wahlberechtigten und 67,27 Proz. der Wähler.

1881 war Eugen Richter hier und in Hagen gewählt worden. Weil der 5. Kreis dem Freisinn sicher war, lehnte Richter hier ab. Hagen galt dem Freisinn damals noch als unsicherer Besitz. Dasselbe Spiel wiederholte sich 1884.

Das waren schöne Zeiten für den Freisinn, sie sind vorbei für immer! Der 25. Januar 1907 wird die neuesten Frühlingstriebe des Liberalismus vollständig erlöten. Der 5. Kreis hat schon eine ganze Reihe Vertreter gehabt, sorgen wir dafür, daß ein Wechsel nicht mehr eintritt. Es wurden bisher gewählt: 1871, 1874, 1877 Dunder (Fortschrittmann), 1877 (Nachwahl) 1878 Dr. Zimmermann (Fortschrittmann), 1878 (Nachwahl) Träger (Fortschrittmann), 1881 Richter (Fortschrittmann), 1881 (Nachwahl) Dr. Wänther (Fortschrittmann), 1884 Richter (Fortschrittmann), 1884 (Nachwahl), 1887, 1890 Dr. Baumbeck (Fortschrittmann), 1893 Schmidt

(Sozialdemokrat), 1898 Dr. Jwitz (Freisinn), 1903 Schmidt (Sozialdemokrat).

Genossinnen, Genossen! Mit großer Majorität muß am 25. Januar der Kandidat der Sozialdemokratie Genosse Robert Schmidt als Vertreter des fünften Wahlkreises gewählt werden. Vergeht nicht, daß diesmal die Zahl der Stimmen die politische Lage bestimmt. Es muß dafür gesorgt werden, daß das Schmarbentum in und neben der Regierung auch nicht entfernt in dem Gedanken sich wiegen kann, durch einen Gewaltstreich gegen die Sozialdemokratie der Arbeiterbewegung Fesseln anlegen zu können. Jede nicht abgegebene wie auch jede für den Kandidaten abgegebene Stimme zählt für die Reaktion. Auf zur Wahl! Es gilt zu kämpfen für Wahrheit und Recht, gegen Lug und Trug, für des Volkes Freiheit und Wohlfahrt, gegen Ausbeutung und Unterdrückung.

Die Hausbesitzer als freisinnige Wahlmacher.

In ihrer Wahlarbeit bedienen sich unsere Gegner in Berlin vor allem der Hausbesitzer und der Inhaber kommunaler Ehrenämter. Und speziell Herr Rosenow, der sich schon in den Wählerverammlungen als den zukünftigen Reichstagsabgeordneten für den dritten Kreis feiert, ist besonders darauf aus, Hausbesitzer und Kommunalbeamte sich dienbar zu machen. Er läßt ein Flugblatt verbreiten, in welchem seine in den Verammlungen gemachten, von uns schon kritisch beleuchteten Kräden wiederholt werden und das von nicht weniger denn fünf Stadtverordneten, zwei Bezirksvorstehern, einem Bürgerdeputierten und einer Reihe anderer unbeförderter Kommunalbeamten unterschrieben ist. Wenn man schon die Unterschriften unter dem Flugblatt liest, wird einem vollständig klar, warum Herr Rosenow sich vor einiger Zeit so sehr dagegen sträubte, einen Stadtbezirk, der ihm nach dem herrschenden Mißbrauch der Stadtverordneten-Verammlungen nicht mehr zulam, an den Genossen Sassenbach zum Zwecke von Redereien abzugeben. Sagen wir es ganz offen heraus: Herr Rosenow benutzte die in seinen Bezirken von ihm ernannten Kommunalbeamten zu parteipolitischen Zwecken. So und nicht anders war seine Weigerung zu verstehen, den Stadtbezirk, in dem Sassenbach wohnte, seinem rechtmäßigen Inhaber zu überlassen. Aber mit der Inanspruchnahme der unbeforderten Kommunalbeamten allein ist Herr Rosenow nicht zufrieden, er bedient sich auch der Hausbesitzer. Letzteren sind Listen mit folgendem Ansprechen zugegangen:

Berlin, 5. Januar 1907.

Sehr geehrter Herr! Die bevorstehende Reichstagswahl ist eine der ernstesten seit Bestehen des Deutschen Reiches. Es fragt sich, ob der Ausdehnung der Sozialdemokratie, welche die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung umstürzen, allen Privatbesitz, insbesondere den Grundbesitz beseitigen will, mit Erfolg entgegengetreten werden kann. Wir wollen dies für den dritten Berliner Reichstagswahlkreis mit aller Energie verhindern und hoffen zuversichtlich, den Sozialisten das Mandat zu entreißen und es für unseren Kandidaten, den Abgeordneten und Stadtverordneten Rosenow zu erobern.

Dazu bedarf es allerdings allseitiger Hilfe. Deshalb wenden wir uns an Sie, sehr geehrter Herr, mit folgender Bitte: Die inliegende Hausliste zeigt die in der Wählerliste aufgeführten Wähler in Ihrem Hause. Wir ersuchen Sie ebenso höflich als dringend und in den betreffenden Spalten anzugeben, 1. die Lage der Wohnung, bezw. bei welchem Ihrer Mieter wohnhaft, 2. ob der Wähler selbständig oder ob er in Stellung ist. Durch diese von Ihnen freundlich zu übernehmende Mühe erleichtern Sie uns die Wahlarbeit ungemein und bitten wir Sie, sehr geehrter Herr, deshalb nochmals darum und um umgehende Rücksendung der Liste, spätestens aber zum 9. dieses Monats unter beiliegendem Freilicht.

Wir danken Ihnen schon im voraus für Ihre freundliche Unterstützung im Kampfe gegen die Sozialdemokratie und zeichnen Hochachtungsvoll

Das liberale Wahlkomitee im III. Berliner Reichstags-Wahlkreise. Im Auftrage: Dr. Langerhaus, Stadtverordneter-Vorsteher. Frid, Stadtverordneter.

Die Einleitungszeilen des Ansprechens sind sicherlich geeignet, die Hausbesitzer vor der Sozialdemokratie recht gefürchtlich zu machen und zu veranlassen, den an sie gestellten Ansuchen zu entsprechen, obwohl eigentlich die Hausbesitzer noch von der letzten Wahl zum Landtag auf Herrn Rosenow nicht sonderlich gut zu sprechen sind. Hat doch das Organ der Haus- und Grundbesitzer, das „Grundbesitzer“, Herrn Rosenow zum Vorwurf gemacht, sein gegebenes Wort nicht gehalten zu haben. Wenn es aber gegen die Sozialdemokratie geht, vereinigen sich alle Reaktionen gegen uns und jedes Mittel ist da im besten Lichte und dürfen unsere Genossen nur zu immer intensiverer Tätigkeit anspornen.

Ein Stipendiat des Lügenverbandes

Ist im zweiten Wahlkreise in der Person des „Arbeiters“ Reinhardt, wie er bescheiden in der „Staatsbürger-Zeitung“ genannt wird, aufgestellt. Herr Reinhardt hat noch im verfloffenen Jahre im Auftrage des Reichsverbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie bei der Ersatzwahl in Tarnsiedt so glänzend gewirkt, daß unser Genosse Verthold aus dem Wahlkampfe als Sieger hervorging. Zu einem Briefe, der über die schmachvolle Rolle des Herrn Reinhardt in diesem Wahlkampfe berichtete, machte selbst der Leiter des Lügenverbandes, Herr v. Liebert, die Bemerkung: „Saubere Geschichte, und dafür soll ich jeden Tag 200 Mark bewilligen und zahlen.“ Der Reichsverband zahlt nämlich seinen Prätorianern täglich 50 M. Diktien, damit sie wirksam auf die sozialdemokratischen Agitatoren schimpfen können. Und dieser Herr Reinhardt ist ausserdem zum Drachentöter der Sozialdemokratie im zweiten Wahlkreise. In einem Auftrug zugunsten dieses Stipendiaten in der „Staatsbürger-Zeitung“ heißt es:

„Lobung: Kampf gegen die Sozialdemokratie. Feldgeschrei: Wähler den Arbeiter Reinhardt. Diese Parole wird auch den gebildeten Ständen gemißfallen, da sie ihnen die Gelegenheit bietet, ihrem sozialen Streben gerecht zu werden und zu beweisen, daß nicht etwa ihr Interesse nur platonischen Gefühlen entspringt. Daß doch selbst unser allergnädigster Kaiser und König gelegentlich seines Aufenthaltes in Dresden den Wunsch ausgesprochen, daß christliche, königstreue, patriotische Arbeiter, die die Interessen ihrer Standesgenossen ehrlich und brav vertreten, in den Reichstag gewählt werden sollten, und was unser allergnädigster Herr wünscht, das dürfte wohl für jeden Patrioten Befehl sein.“

Hätten wir diesen Erguß nicht in einem staatsbehaltenden Blatte gefunden, wir hätten uns sonst überlegen müssen, ob wir uns beim Abdruck nicht einer Majestätsbeleidigung schuldig machten. Ein Vertreter des Vrotzwachters und vom Reichsverband ausgehaltener — der „Arbeiter“ Reinhardt — soll die Interessen der Arbeiter „brav und ehrlich“ vertreten und noch dazu in Berlin! Der Gedanke ist schon strafbar! Unsere Genossen werden schon dafür Sorge tragen, daß am 25. Januar weder dieser Renommierarbeiter, noch der Herr Bürgermeister in diese Lage „kommen. Wer für Volkfreiheit und Volk-

wohlfahrt eintreten will, kann nur dem Genossen Richard Fischer seine Stimme geben!

Ein polnisch-nationales Komitee für Berlin und die Provinz Brandenburg hatte zu Sonntag, den 6. Januar, eine Wählerversammlung einberufen mit der Einschränkung, daß in der Diskussion nur das Wort erhält, wer auf dem Boden der nationalen Organisation steht.

Von einigen unserer Parteigenossen wurde die Gelegenheit benützt ein sozialdemokratisches Flugblatt zu verbreiten. Mitten in der Arbeit wurden sie aber gestört und der Vorsitzende der Versammlung, der Redakteur der polnisch-nationalen Zeitung, Fr. Krzysial, forderte unsere Genossen auf, den Saal zu verlassen. Der Einwand unserer Genossen, daß die sozialdemokratische Partei im polnischen Schultreibe und bei vielen anderen Gelegenheiten für die Polen ebenso eingetreten sei wie für alle Unterdrückten, fand kein Gehör; ja die Herren wollten in ihrer verbohnten Rücksichtslosigkeit und in ihrem Unterdrückungsloster (sic, die Unterdrückten!) unseren Genossen sogar das Verbreiten der Flugblätter vor dem Saale verbieten. Hierbei blühten sie aber gründlich ab und mußten sich eine Rechtsbelehrung gefallen lassen, die ihnen noch heute in die Ohren kellen wird. Genau wie unsere Flugblattverbreiter wurde von den Rednern während der Diskussion auch unsere Partei beschimpft. Dieselben Herren aber lassen sich die sozialistische Hilfe gern gefallen, indem sie unter anderem am nächsten Sonntag das „Volkshaus“ in Charlottenburg zu einer Versammlung in Anspruch nehmen, nachdem ihnen von allen anderen Wirten der Stuhl vor die Türe gesetzt worden ist.

Der Sammelkandidat für Nieder-Barnim.

Herr Bürgermeister Rietzen-Nichtenberg hat nach einer Zuschrift der „Berliner Volks-Zeitung“ am Montag in Hermsdorf in einer Versammlung der bürgerlichen Parteien eine Wahlrede gehalten. In der Diskussion wurde er auch über seine Stellung zum heutigen Reichstagswahlrecht gefragt. Eine Antwort auf diese Frage legte Herr Rietzen aber ab.

Demnach haben sich also die Liberalen des Nieder-Barnimer Kreises sogar einen Wahlrechtsverschlechterer erkoren, denn Arbeiterstimmen erhält Herr Rietzen ohnehin nicht.

Wählerverammlungen

finden heute, Donnerstag, folgende statt: Im ersten Kreis für die Wahlbezirke 19-23 im Lokal von Müller, Krausenstr. 10.

Der zweite Kreis hält zwei Verammlungen ab. Im Schneegelsberg's Festsaal, Hasenheide 21 referiert Stadtverordneter Heilmann, während im Alten Bürgergarten, Lindenstraße 106 der Kandidat des Kreises, Genosse Richard Fischer spricht.

Am Freitag finden im dritten Wahlkreise abends 8 1/2 Uhr zwei Wählerverammlungen statt. In den „Kaminhallen“, Kommandantenstraße 20, spricht Genosse Düwoll und im „Klubhaus“, Ohmstraße 2, Genosse Dr. Jabel. Thema in beiden Verammlungen: „Die Neuwahlen zum Reichstage“.

Gegnerische Agitation für eine sozialdemokratische Verammlung.

Heute Donnerstag findet bei Wuggenhagen eine öffentliche Verammlung statt, in der unser Parteigenosse Wolfgang Heine als Kandidat des dritten Kreises vor Handlungsgesellschaften über die Bedeutung der Reichstagswahl für ihren Beruf sprechen wird. Zu dieser Verammlung haben die antisemitischen Handlungsgesellschaften ebenso wie die vom Dirsch-Dunderschen Gewerbeverein ihre Getreuen dringend eingeladen, um „den Sozis eins aufzuspieren“.

Vielleicht wirkt das Beispiel des Antisemiten Döring, der sich in der Provinz Lorbeeren als Verammlungsopfererholt, anfeuernd auf seine deutsch-nationalen Gesinnungsgenossen.

Wählerverammlungen.

Im zweiten Reichstagswahlkreise

tagen am Dienstag zwei imposante, von freudigster Kampfeslust erfüllte Wählerverammlungen, die nach Stimmung und Verlauf der Sozialdemokratie für den 25. Januar einen schönen Sieg versprechen.

Der Riesenaal der Votbrauerei umfaßte eine nach Tausenden zählende dichtgedrängte Schar. Kein Plätzchen war mehr zu haben. Genosse Richard Fischer, der Kandidat des Kreises, gab in einem hochangeregten Vortrage ein umfassendes Bild vom Wesen der heutigen Gesellschaftsordnung, von ihrem Massencharakter und von dessen Auswirkungen auf die Wählerkämpfe. Seine ägende Kritik der gegnerischen Parteien, namentlich aber des Freisinn, der blamiert am Boden liege, beraubt vom Regierungswort, den er nicht einmal getrunken, sondern nur von fern gesehen habe, löste häufig spontane Beifallsstürme bei der Verammlung aus, die zugleich ein Versprechen bedeuteten, nur dem Kandidaten der Sozialdemokratie am 25. Januar die Stimme zu geben und für seine Wahl zu wirken. Stürmischer anhaltender Beifall folgte den Schlussworten des Genossen Fischer, in denen er auf die Gefahr eines Wahlrechtsraubes hinwies und ausführte, daß die Sozialdemokratie nicht, wie der Freisinn, den Kopf in den Sand stecken, sondern Auge in Auge mit den Regierenden ihren Kampf führen werde, wobei allerdings nicht zu vergessen sei: Schaffung einer gewaltigen Organisation! Mit begeistert ausgebrachten Hochs auf die Sozialdemokratie und den Kandidaten Richard Fischer schloß die Verammlung.

In dem großen Saale der Victoria-Brauerei in der Kohnsstraße daselbe Bild, wie „auf dem Vot“. Hier entwickelte vor tausendköpfiger Zuhörerschaft der Genosse Sekretär Ebert das Programm der Sozialdemokratie und besprach, oft von Beifall unterbrochen, alle die Fragen, die dem augenblicklichen Wahlkampf sein besonderes Gepräge geben. Helle Empörung erregte die von ihm auf Grund unantastbaren Materials festgestellte Tatsache, daß infolge von Maßnahmen der Regierung das angeblich „normale Maß“ von Invalidentrentnern ganz immens herabgedrückt worden sei. So sehr die volle Kompottschüssel aus. In flammenden, die Begeisterung der Versammelten noch heller entfachenden Worten empfahl Redner dem kampferprobten Richard Fischer wieder zu einem glänzenden Siege zu bestehen. (Draufsender anhaltender Beifall.) Zur Diskussion meldete sich auch hier niemand. Nach einem dreimaligen Hoch auf die internationale völlerbefreiende Sozialdemokratie trennte man sich.

Dritter Wahlkreis.

Die am Dienstag nach Wuggenhagens Saal einberufene Verammlung war schon frühzeitig überfüllt. Man schaffte die Tische hinaus. Neue Massen strömten herein und füllten den Saal bis in den äußersten Winkel. Die Polizei sperrte den Saal ab. Viele Hunderte kamen noch, wußten aber bedauernd vor dem Eingange umkehren. — Genosse Wolfgang Heine hielt das Referat. Daß zahlreiche Erscheinungen der Parteigenossen — sagte er — zeige, daß unter ihnen eine frische, fröhliche Kampfesstimmung herrsche, die rechte Stimmung, um diesen Wahlkampf zu führen und zu gewinnen. — Da uns in gegnerischen Flugblättern vorgeworfen wird, wir verächeln unser Endziel, so wandte sich Genosse Heine an die anwesenden Gegner, denen unsere Ziele noch nicht bekannt sind, und entwickelte ihnen unser Programm. Dann beleuchtete der Redner kurz und treffend die politische Situation, kennzeichnete die gegnerischen Parteien, besonders die Charakterlosigkeit des Freisinn und ging zum Schluß kurz auf die Verhältnisse

ein. Es habe den Anschein, als ob es auch in diesem Kreise zu einem Bündnis der Freisinnigen mit den Antisemiten gekommen sei. In einem freisinnigen Flugblatt werde uns der Vorwurf gemacht, wir hätten religiöse Gegensätze in den Wahlkampf getragen. Das soll dadurch gelassen sein, daß in einem von uns verbreiteten Flugblatt gesagt wurde, Herr Rosenow, obwohl selbst Jüdisch, rechne auf die Stimmen der Antisemiten. Es sei unbegreiflich, wie die Konstatierung dieser Tatsache als Hineinwerfen religiöser Gegensätze in den Wahlkampf bezeichnet werden könne. Zutreffend sei dagegen, daß der Freisinn im Jahre 1903 die religiösen Gegensätze in den Wahlkampf getragen habe. Schon damals rechnete der Freisinn auf die Stimmen der Antisemiten. Herr Rosenow, der sich 1903 schon zur Annahme der Kandidatur bereit erklärt hatte, wurde zum Rücktritt gezwungen, weil er Jude ist und weil man von den Antisemiten nicht erwarten könne, daß sie einem Juden ihre Stimme geben. Trotz der Erfahrungen, die er 1903 machte, hoffe Herr Rosenow jetzt auf die Stimmen der Antisemiten, er rechne damit, daß die Antisemiten meist Beamte seien und deshalb gegen den Sozialdemokraten stimmen müßten. Also die Abhängigkeit der Beamten sei mit zum Siege des Freisinnigen beitragen. — Am Schlusse seines mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrages verwies Genosse Heine darauf, daß die Freisinnigen große Anstrengungen machen, um den Kreis zu gewinnen. Hilfskräfte und Geldmittel schenken ihnen reichlich zur Verfügung zu stehen. Mit Mühsicht darauf müssen auch unsere Parteigenossen tüchtig arbeiten, und wenn das geschieht, dann wird der Sieg unser sein.

In Franke's Festsälen hatte sich eine zahlreiche Zuhörerschaft eingefunden, die den Worten des Referenten Genossen Pfannkuh lauschte. Bald in überlegener, treffender Satire, bald in stammender Entrüstung geißelte der Redner die gegenwärtige Regierungspolitik und forderte auf, der herrschenden Klasse am 25. Januar die Antwort zu geben, die einzig sich auf eine solche Politik gebühre.

Vierter Wahlkreis.

Der „Englische Garten“ liegt in einem Teil des vierten Wahlkreises, wo, wenn überall politische Versammlungen stattfinden, die Proletarier nicht in solchen Massen aufzutreten pflegen, wie das in anderen Teilen des Kreises geschieht. Die Wahlbewegung hat aber auch dort ihre aufregende und aufläuternde Wirkung nicht verfehlt. Vor 8 Uhr schon war der große Saal so ziemlich gefüllt und, als nach Verlauf einer halben Stunde die Versammlung eröffnet wurde, da waren nur noch Stehplätze zu haben. Gleichwohl kamen immer noch mehr Besucher herbei, um dem Vortrage des Genossen Grempe zu lauschen, der in kräftigen Worten die schmerzvolle Politik verurteilte, die uns den Wahlkampf beiseite, den die Sozialdemokratie mit aller Kraft und Begeisterung führen wird.

Voelkers großer Saal in der Berberstraße war schon vor acht Uhr voll. Da wurden die Stühle so eng wie möglich zusammengedrückt, um mehr Raum zu schaffen. Denn viele kamen noch, viele, die bei Keller, im „Elyrium“ oder in anderen Lokalen des Kreises vergeblich Einlass begehrt hatten, aber abziehen mußten, weil die Säle schon überfüllt waren. Bald war auch der Vorraum von Voelkers Saal gedrängt voll, so daß kaum noch ein Stehplatz zu haben war. Genosse H. Müller sprach hier. Mächtig Enttäuschung schallte aus der Versammlung bei der zur Schmach des Deutschen Reiches leider nur zu wahrheitsgetreuen Schilderung der Kolonialpolitik. Begeisterung weckte die Mahnung des Redners, daß jeder seine Pflicht tun solle, um der Menschlichkeit und Gerechtigkeit und der Partei, die für diese Ideale kämpft, den Sieg zu sichern.

Das „Elyrium“ an der Landberger Allee war schon um 8 Uhr politisch abgesperrt. Hunderte wurden zurückgewiesen und suchten dann in anderen Versammlungsorten Einlass. Die tausendköpfige Menge im Saale folgte der wirkungsvollen Rede des Genossen Bühner mit größter Aufmerksamkeit, und als er gegen den Schluß seiner Rede noch einmal kräftig das persönliche Regiment in Preußen-Deutschland geißelte und auch von den Gelästen der Reaktion zur Schändung des Reichstagswahlrechts sprach, da merkte man an der Stimmung der Versammlung, daß die hier anwesenden Männer und Frauen, wenn es gilt, alles daran setzen werden, um solchen Volksberrät ein für allemal unmöglich zu machen. Stürmischem Beifall folgte dem Vortrage, folgte auch der Mahnung, die kurze Spanne Zeit bis zur Reichstagswahl mit ganzer Kraft auszunutzen, um noch eine weit größere Stimmenmehrheit als bei der vorigen Wahl für den Genossen Singer aufzubringen, der gegenwärtig in der Labagation auf dem Lande tätig ist. — Gegner, obwohl dringend aufgefordert, meldeten sich nicht zum Wort.

Nach Kellers Saal in der Koppenstraße fand schon vor 7 Uhr eine kleine Völkerverammlung statt. Saal und Galerien waren bald gefüllt und um 1/2 Uhr wurde politisch abgesperrt. Die Polizei war stärker als gewöhnlich vertreten, sogar „Reitende“ rückten heran. Wozu das große Aufgebot von Polizei nötig war, konnte niemand einsehen; ein Anlaß zum Einschreiten lag jedenfalls nicht vor. Genosse Heiman ging als Redner des Abends besonders scharf mit den Liberalen ins Gericht und erklärte, daß alle Hoffnung auf die Freisinnigen eine verlorene sei, daß jeder Liberalismus verjagt, sobald die Sozialdemokratie in Frage kommt, die für wirklich freisinnige Anträge stets zu haben war, aber von den Liberalen bei jeder Gelegenheit verraten wurde. Die deutsche Arbeiterklasse habe eine große Mission zu erfüllen und sie werde dessen auch am 25. Januar eingedenk sein.

Die Versammlung bei Liffin in der Memelerstr. 67 war um 8 Uhr schon abgesperrt. Eine dichtgedrängte Menge lauschte den Ausführungen des Genossen Kubig, der die Kolonialpolitik einer scharfen Kritik unterzog, gewürzt mit zahlreichen Anspielungen auf die vielen kleinen und großen Skandale aus den Kolonien, wie sie die jüngste Zeit gebracht hat. Die vielen lebhaften Zurufe, die spontan ausbrechende Beifall bezeugten die lebhafteste Aufmerksamkeit und das Einverständnis der Versammelten mit den Ausführungen des Redners. Der Erwartung, daß der 25. Januar ein Triumphtag der Sozialdemokratie sein werde, gab der Redner begeisterten Ausdruck und fand damit die ungeteilte Zustimmung der Versammelten.

In Graumanns Saal in der Raumnstraße fand ebenfalls eine Versammlung statt. Auch hier war der Andrang so stark, daß der überfüllte Saal politisch abgesperrt wurde. Mit regem Interesse folgten die Anwesenden den Ausführungen des Genossen Kunze, der mit scharfer Klarheit die politischen Ereignisse beleuchtete, welche das sturzende der gegenwärtigen Situation sind. Die Darlegungen des Redners fanden lebhaften Beifall und volles Verständnis bei den Zuhörern, die alle einig waren in dem Gedanken, jeder nach seinen Kräften für die Sozialdemokratie zu arbeiten und dafür Sorge zu tragen, daß der vierte Wahlkreis am 25. Januar auf eine bedeutend vermehrte Stimmenzahl blicken kann.

Im Konzerthaus „Sansonci“ am Kottbusser Tor hatten sich die Parteigenossen in großer Zahl eingefunden. Saal und Galerien waren überfüllt. Viele fanden überhaupt keinen Einlass mehr, weil das Lokal schon vor dem Beginn der Versammlung politisch abgesperrt wurde. — Der Referent, Genosse Augustin, schilderte in mächtigen Worten das Treiben der herrschenden Parteien, er zeigte, wie gerade in letzter Zeit die reaktionären Kräfte sich hervorgetan haben, wie das Volk, durch Steuern und Lebensmittelpreise belastet, auch noch seiner geringen Rechte und Freiheiten auf politischen wie auf gewerkschaftlichen Gebieten beraubt werden soll und schloß unter großem Beifall mit der Aufforderung, dahin zu wirken, daß der Kandidat der Sozialdemokratie mit einer bedeutend größeren Stimmenzahl wie bei der vorigen Wahl als Sieger aus diesem Wahlkampfe hervorgehe.

In den Markgrafen-Sälen tagte eine Versammlung für das Stralauer Viertel. Das Referat hielt der Genosse W. Schenl. Mit einer Aufforderung zur politischen und gewerkschaftlichen Organisation schloß Redner seinen 1 1/2 stündigen, wiederholt durch stürmischem Beifall unterbrochenen Vortrag. In der Diskussion

wurden die Ausführungen des Referenten noch ergänzt. Auch hier kam es zu einem durch die Polizei verursachten Zwischenfall. Der Kriminalhauptmann R o b e r t e mußte wiederholt aus dem Saale gewiesen werden, weil er immer wieder versuchte, als dritter Beamter die Versammlung zu überwachern.

Die „Drachenburg“, ganz im Südosten an der Grenze der Stadt, die schon so oft den „roten Drachen“ beherbergt hat, war auch diesmal das Ziel ungezählter Scharen proletarischer Wähler. Hier hatte der Genosse Fritz Müntner das Referat übernommen, der, vielfach von Beifall unterbrochen, die gesamte Reichspolitik und die Kolonialpolitik insbesondere geißelte.

Für die Bezirke, welche in

Nieder-Barnim

wählten, hatten die Genossen im vierten Wahlkreise eine öffentliche Versammlung nach den „Pachtställen des Ostens“ einberufen. Obgleich der Beginn der Versammlung erst um 8 1/2 Uhr festgesetzt, mußte bald nach 8 Uhr der Saal wegen Ueberfüllung geschlossen werden. Arthur Stadthagen war der Referent des Abends. Er sprach über: Die bevorstehende Reichstagswahl und die politischen Parteien. Seine Kritik der Bestrebungen der verschiedenen Parteien fand ungeteilten Beifall und sein Appell an die Wähler, für die Sozialdemokratie zu stimmen, wurde mit donnerndem Applaus begrüßt. Gegner meldeten sich nicht zum Wort und mit Hochrufen auf die Sozialdemokratie und den Kandidaten Stadthagen schloß die Versammlung.

Sechster Wahlkreis.

Die Versammlung, die nach dem Swinemünder Gefäßhaus einberufen wurde, war schon lange vor 8 Uhr politisch abgeschlossen. Während sich im Saale ungefähr 1000 Personen befanden, bewachte sich die doppelte Zahl auf der Straße. Nur mit Mühe und Not gelang es dem Referenten, Genossen Bruns, Eintritt zu bekommen. Dem Berichterstatter des „Vorwärts“ wurde, trotz ausreichender Legitimation, der Eintritt aus „gesundheitlichen polizeilichen Gründen“ verweigert. Diese ganz neue Polizeipraxis scheint den Zweck zu haben, an einem Beispiele die ganze Lächerlichkeit der preussisch-deutschen Polizeibevormundung zu illustrieren. So viel sollte doch auch ein preussischer Polizeibeamter wissen, daß der Berichterstatter auf der Rednertribüne, und nicht im Versammlungssaale seinen Platz hat, aber um solche Kleinigkeiten braucht sich preussische Schmeichelei nicht zu kümmern, selbst dann nicht, wenn sie direkt darauf hingewiesen wird. Auch sonst hielt es der überwachende Polizeibeamter für angebracht, durch ganz überflüssige Anordnungen den Unwillen der Versammlung herauszufordern, welche sogar zur Sistierung eines Versammlungsteilnehmers führten. Trotz alledem verlief die Versammlung in musterhafter Ordnung und fanden die mächtigen Worte des Referenten Bruns den lebhaftesten Beifall.

Die Versammlung im „Kösliner Hof“ war sehr gut besucht. Sämtliche Tische und Stühle waren entfernt worden und Kopf an Kopf standen die andächtig lauschenden Zuhörer, um den Vortrag des Genossen Julian Borchard zu hören. Hunderte mußten wieder umkehren, da es nicht möglich war, noch ein Plätzchen zu erobern. Eine lebhafteste Diskussion, in der auch eine Genossin die Forderungen der Frauen an Gesellschaft und Staat mit beredten Worten begründete, zeugte von dem Interesse der Anwesenden. Gilt es doch für den 6. Kreis, so hörte man allgemein sagen, nicht nur, den Kandidaten Ledebour durchzudenken, sondern dafür zu sorgen, daß er mit einer überwältigenden Mehrheit an Stimmen gewählt werde.

Die Versammlung im Theaterkaale des „Artushof“ in der Perlebergerstraße war lange vor Beginn von Frauen und Männern überfüllt. Hier hielt der Kandidat des Kreises, Genosse Ledebour eine längere, oftmals von stürmischem Beifall unterbrochene Rede. Ledebour kritisierte in eingehender Weise die deutsche Kolonialpolitik. Letztere koste bereits Milliarden und unendlich viele Menschenleben, einen praktischen Nutzen würde aber das deutsche Volk niemals davon haben. Die jetzt in Südwestafrika lebenden Deutschen leben in der Hauptsache von den Schütztruppen. Ledebour beleuchtete alsdann das Silberstreichreiben Wilsows und bemerkte: Die Polizeistatuten in Hamburg, Breslau usw., die in höchstem Maße geeignet seien, die staatliche Autorität im Volke zu diskreditieren, seien dem Umstande zuzuschreiben, daß den Soldaten auf den Kasernenhöfen eingeschlägt werde, die Sozialdemokraten sind vaterlandlose Gesellen, die nicht wert sind, den Namen Deutscher zu tragen und die Soldaten haben die Pflicht, auf Vater und Mutter zu schießen. (Psi!) Der fällige Hauptmann von Köpenick habe den Beweis geliefert, daß das deutsche Bürgerturn vor jeder Hauptmannuniform auf dem Bauche kriecht. In keinem anderen Lande der Welt wäre eine solche Komödie, wie sie der Justizhändler Voigt im Rathaus zu Köpenick aufgeführt habe, bei der Gendarmen und Polizisten Schmiere gestanden haben (Heiterkeit), möglich gewesen. Und das Silberstreichreiben Wilsows zeigt, mit welcher kolossalen Unwissenheit und Ungeschicklichkeit das Deutsche Reich regiert werde. Das Bürgerturn in Deutschland sei durch und durch reaktionär, es gehe mit der Regierung durch die dicke und dünne. Das deutsche Volk könne Freiheit und Kultur nur von der Sozialdemokratie erwarten. Sollte wer es wagen, dem deutschen Volke das Wahlrecht zu nehmen, dann werden die Arbeiter mit dem Generalstreik antworten. — Nach Ledebour forderte Genossin Reichert die anwesenden Frauen auf, die Männer nicht bloß in dem gegenwärtigen Wahlkampf, sondern überhaupt in ihren Bestrebungen zu unterstützen. Die Frauen müssen es sich angelegen sein lassen, ein sozialdemokratisches Geschlecht zu erziehen.

Der große Saal der Kronenbrauerei und die zweiten Galerien waren Kopf an Kopf gefüllt. Trotzdem herrschte eine gerodete musterhafte Ruhe. Die Genossen und Genossinnen, die eingeleitet in drangvoll stürmischer Enge standen, folgten mit Begeisterung den trefflichen Ausführungen des Genossen Dupont. Der Redner bezeichnete es als unmöglich, daß ein kastenbewahrter Arbeiter einen Freisinnigen wählen könne. Die Freisinnigen seien stets mit der Reaktion Hand in Hand gegangen, wenn es gegen das Proletariat ging. Leider gebe es noch viele Arbeiter, die noch nicht begriffen haben, daß sie zum Proletariat gehören und noch der naiven Ansicht seien, den Arbeitern könne von bürgerlicher Seite geholfen werden. Deshalb habe man sogenannte „gelbe“ Gewerkschaftskandidaten aufgestellt. Es wird die Entsendung von Männern der Werkstätte in den Reichstag gewünscht, dies Wort sei in Breslau gesprochen worden. Ein kastenbewahrter Arbeiter könne aber nur einen Sozialdemokraten wählen. — An diese Rede knüpfte sich eine sehr lebhafteste Besprechung, aus der zu ersehen war, daß unter den Arbeitern des sechsten Wahlkreises der Geist des kastenbewahrten Proletariats herrscht und daß nur Loren glauben können, die Segner könnten in diesem festesten Bollwerk der Sozialdemokratie jemals wieder einen Kandidaten durchbringen.

Kreis Teltow.

Charlottenburg. Zum Dienstag waren zwei öffentliche Versammlungen, ins Volkshaus und zu Schulz in der Kaiser Friedrichstr. 24, angekündigt, wo die Genossen Waake und Liffin über die bevorstehenden Wahlen zum Reichstage sprechen sollten. Vorsichtigerweise hatte man jedoch bei der Polizei vier Versammlungen angemeldet, in jedem Lokale zwei, um in der Lage zu sein, bei etwaiger Ueberfüllung der großen Säle auch in den kleinen Sälen Versammlungen stattfinden zu lassen.

Diese Vorsicht war nicht überflüssig. Schon lange vor Beginn der Versammlungen waren sämtliche vier Säle überfüllt und mußten politisch abgesperrt werden und viele Hunderte von zuströmenden Arbeitern, Männern und Frauen, mußten wieder umkehren, ohne Einlass finden zu können.

Im Volkshause referierten die Genossen Waake und Gebert, in Schulz Festfällen die Genossen Wuschid (an Stelle des verhinderten Genossen Liffin) und Dr. Borchard. Die Stimmung

war in sämtlichen vier Versammlungen eine vorzügliche und löst auf einen guten Wahlerfolg schließen.

Schöneberg. Zwei öffentliche Wählerberaternungen fanden am Dienstag in Schöneberg statt. Das Obsthäuser Lokal war schon um 1/2 Uhr überfüllt. Für die immer noch nachströmenden Massen konnte durch Entfern der Tische nur zum Teil Platz geschaffen werden. Kopf an Kopf gedrängt folgten die Versammelten aufmerksam dem Vortrage des Kandidaten des Kreises, Genossen Zubeil. In packender Weise rechnete der Referent, oft von lebhaften Beifallsausbrüchen unterbrochen, schonungslos ab mit all dem, was das deutsche Volk bedrückt und knechtet. Mit löstlichem Humor und scharfer Satire beschäftigte er sich eingehend mit allem, was naturgemäß im Vordergrund des jetzigen Wahlkampfes steht: mit dem immer mehr in die Erscheinung tretenden persönlichen Regiment, mit den ins Endlose gesteigerten Steuerlasten, mit den nicht endenwollenden Forderungen zu Wasser und zu Lande, mit der schmachvollen, korruptierten Kolonialwirtschaft, mit der auf Anhebung und Niederhaltung der Arbeiterklasse abzielenden inneren Politik. — Mit einem begeisterten Appell schloß der Referent unter dem stürmischen Jubel der Versammelten. — Trotz der Aufforderung des Vorsitzenden meldeten sich Gegner nicht zum Wort. Genossin Gänbler richtete dann noch an die anwesenden Frauen die Aufforderung, sich am Emanzipationskampfe des Proletariats zu beteiligen und sich der Organisation der Frauen am Orte anzuschließen. — Zum Schluß der von großartigem Geiste erfüllten Versammlung forderte der Vorsitzende zum Anschluß an die politische Organisation und zu reger Beteiligung an den Wahlarbeiten auf.

Im Lokale „Wilhelmshof“, wo Genosse Obst referierte, hatten sich circa 1000 Männer und Frauen eingefunden, die den trefflichen Ausführungen des Referenten anzuhörten. An der Diskussion beteiligten sich Frau Wilderdt, Moos und Hoffmann in zustimmendem Sinne. Mit einem Appell des Vorsitzenden-Rehfeld an die Anwesenden fand die Versammlung ihr Ende.

Köpenick. Bis auf den letzten Platz war der große Saal des Stadttheaters am Dienstag gefüllt. Genosse Küter-Schöneberg hatte das Referat über die Reichstagsauflösung übernommen. In zweifelhafte Ausführungen behandelte Redner das Thema in eingehender Weise. Der starke Beifall bewies, daß der Referent allen Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte. Der Aufforderung der Vorsitzenden Genossen Gähne an die anwesenden Gegner, sich an der Diskussion zu beteiligen, kam niemand nach, vermutlich sind sie durch die Ausführungen des Genossen Küter belehrt worden. Nachdem Genosse Wolf noch zu kräftiger Mitarbeit aufgefordert hatte, trat Schluß der Versammlung ein. — In einem der ersten Tage nächster Woche wird Genosse Zubeil zu seinen Wählern sprechen.

Ueber die Auflösung des Reichstages und die bevorstehenden Wahlen sprach am Sonntag der Genosse Böste in Bernsdorf, Genosse Pagels in Stahnsdorf bei Storkow und Genosse Eisner in Rauen. Sämtliche Versammlungen waren sehr stark besucht, darunter auch sehr viel Frauen. Die Ausführungen der Referenten wurden mit starkem Beifall aufgenommen.

Nieder-Barnim.

Lichtenberg. Aus dem bürgerlichen Lagers. Unter der Ueberschrift: „Brüderlichkeit — ein Beitrag zur Dankeschuld der Sozialdemokratie“ fand in der gestrigen Lichtenberger „Vollzeitung“ ein Artikel Unterdruck, den aufnehmend ein Soldatenschreiber des Reichsverbandes verfaßt hat. Derselbe befaßt sich mit einer im „Vorwärts“ am 11. Dezember gebrachten Notiz, worin wir das Abbleben der Parteigenossin Luia Schulze, der Frau des im Jahre 1897 hier verstorbenen Abgeordneten Karl Schulze, in ehrender Weise würdigten. Der Schmierfink bedient sich dieser Notiz, um der Sozialdemokratie den Vorwurf zu machen, als habe sie sich dieser Parteigenossin nicht genügend angenommen, da sie sich nur kümmerlich durchs Leben schlug. Diese Verleumdung ist indes zu auffällig, als daß damit unser Gegner irgend welchen Erfolg erzielen könnten, denn daß die Partei hier ihre Pflicht erfüllt hat, besagt die von uns gebrachte Notiz selbst. Daß das Laikaublättchen mit solchen Geistesprodukten dem bürgerlichen Kandidaten Bürgermeister Fietzen einen Gefallen erweisen wird, vermögen wir nicht anzunehmen. Auf solch blödsinniges Zeug fällt kein Mensch mehr rein. Es kennzeichnet aber so recht, welcher Waffe man sich im bürgerlichen Lager gegen die Sozialdemokratie bedient.

Karlshorst. Die bedeutend der Einfluß der Sozialdemokratie in dem als Remplaz weit bekannten Villenort Karlshorst gemachten ist, davon gab eine vom hiesigen sozialdemokratischen Wahlverein am 8. Januar in Königs Festsälen einberufene öffentliche Wählerversammlung Kenntnis. Etwa 400 Personen waren dem Rufe gefolgt und schenken den Ausführungen des Genossen R o b e r t S c h m i d t - V e r l i n volle Aufmerksamkeit. In seiner bekannten sachlichen Weise schilderte der Redner die durch die regierungsseitige Reichstagsauflösung geschaffene Situation, kennzeichnete mit sarkastischer Schärfe die Kolonialpolitik und die Weltmarktsucht der Regierung, die nachgerade das Ansehen Deutschlands auf das schwerste kompromittierte. Er geißelte die Auswüchse des Militarismus und entrollte dann vor den Wählern ein eindrucksvolles Bild der kolossal gesteigerten Steuerlast, vermehrt durch die wachsende Verschuldung des Reiches, die eine immer größere Zinssumme erfordert, und ihrer Wirkungen auf die Arbeiter und die kleinen Leute sowie auf den Mittelstand. Nicht ein anderer Reichstag im Sinne der Regierung, sondern eine andere Regierung im Sinne des Volkes müsse das Ergebnis der Wahlen sein. Zum Schluß wies Redner auf die bittere Feindschaft der Reaktionäre gegen das Reichstagswahlrecht hin, das der einzige Hort sei und erhalten bleiben müsse gegenüber der volksfeindlichen Unterdrückungspolitik des Junkertums. Er forderte die Wähler auf, zum Schutze dieses Wahlrechts einzutreten, indem sie am Wahltag ihre Stimmen dem bewährten Volksvertreter Arthur Stadthagen geben.

In den brausen Beifall der Versammlung, die dem zweifelhafte Vortrag in laulicher Stille gefolgt war, mischte sich das Rischen einiger anwesenden Reichsverbändler. Als ihnen jedoch Genosse Vink für die Geltendmachung ihrer abweichenden Ansichten völlig freie Diskussion zusicherte, zogen die Herrchen trotz mehrfacher Aufforderung zur Wortnehmung es vor, sich zu brüden. Mit einem Appell, bis zum Wahltag unausgesetzt für die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten tätig zu sein, wurde die Wählerversammlung, die größte, die Karlshorst bisher aufzuweisen hatte, geschlossen. Eine Vorkonferenz ergab einen ansehnlichen Zuschuß zu den Wahlkosten.

Ober-Schöneweide. Eine vom Gewerkschaftsrat im „Schloßpark“ Wilhelmshof einberufene öffentliche Versammlung nahm am Sonntag Stellung zur Reichstagswahl. An Stelle des verhinderten Genossen Küter referierte Genosse Jakobson, der die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahl für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter klarlegte. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Versammlungsbesucher ihre Stimme dem sozialdemokratischen Kandidaten geben.

Hohenhagen-Wilhelmshof. In einer den örtlichen Verhältnissen entsprechenden stark besuchten Wählerversammlung im „Paradies-Garten“ sprach Genosse Stadtherodener Gröndel über „Der Wahlkampf und die Parteien“. Der Referent kennzeichnete in trefflicher Weise die politische Situation, insbesondere die deutsche Kolonialwirtschaft. Spöttelnd nahm er Bezug auf die Silberstreichreiben des Reichslanzlers Fürsten Wilsow. Auch unterzog er die Gesinnung einer herben Kritik, die bei den in großer Anzahl erschienenen Frauen Worte der Entrüstung hervorrief. Der lebhafteste Beifall der Versammelten legte Zeugnis davon ab, daß sie mit den Ausführungen des Redners einverstanden waren. In der Diskussion meldete sich trotz wiederholter Aufforderung keiner der anwesenden Gegner zum Wort. Genosse Nawies rechnete mit dem gezeichneten Kandidaten Bürgermeister Fietzen ganz ge-

füchtig ab und forderte die Anwesenden auf, dem Kandidaten unserer Partei, Genossen Artur Stadthagen, die Stimme zu geben. Genosse Küfeler richtete die Aufforderung an die Versammelten, sich der Organisation anzuschließen. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen. Einige der Anwesenden traten dem Wahlverein bei.

In Schönow-Perernitz fand am Sonntag eine gut besuchte Volksversammlung statt. Den Genossen, die diese Versammlung in Schönow abzuhalten beabsichtigten, wurde vom Gastwirt Schulz der Saal bewilligt, weshalb sie das Restaurant Baukschloß in Perernitz als Versammlungsort auswählten. Der Referent, Genosse Helbig-Vernau, kennzeichnete den Saalbewilliger Eingang seines Referats über die bevorstehende Reichstagswahl in gebührender Weise. Alsdann ging er in großen Zügen auf unsere politische Lage ein und ermahnte zum Schluss seines mit großem Beifall aufgenommenen 14.ständigen Referats die Versammelten, am Tage der Wahl dem bisherigen Abgeordneten Genossen Artur Stadthagen die Stimme zu geben. In der Diskussion brachte Genosse Krüger-Vernau die Hungerlöhne der Unterbeamten im Staatsdienst zur Sprache. Am 25. Januar, meinte der Redner, hätten diese Leute Gelegenheit dem Kandidaten die Stimme zu geben, der stets für Besserung ihrer traurigen Lage im Reichstage eingetreten ist.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Freitagabend findet im Volkshaus die Wahlvereinsversammlung statt. Die Genossen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

Johannisthal. Heute abend 8 Uhr findet im Lokal von Senfleben eine öffentliche Wählerversammlung statt. Der Kandidat des Kreises, Genosse Zubeil spricht über: Die Auflösung des Reichstages und die bevorstehenden Neuwahlen. Es ist Pflicht jedes Parteigenossen für regen Besuch dieser Versammlung zu agitieren.

Erker und Umgegend! Sonntag, den 13. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Vegebrodtischen Saale, Erker: Volksversammlung. Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Reichstagswahl und die bürgerlichen Parteien. Referent: Genosse Sonnenburg-Friedrichshagen. 2. Freie Aussprache. Wähler aller Parteien sind hierzu eingeladen. Die Parteigenossen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen und für guten Besuch zu agitieren.

Königs-Buchhofen. Samstag, den 12. Januar, abends 7 Uhr findet bei Wedhorn eine Volksversammlung statt, in welcher der Kandidat Fritz Zubeil das Referat übernimmt. Alle Wähler nebst Frauen sind eingeladen. Der Einberufer.

Berlin-Waidmannslust. Sonntag, den 13. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, findet in Wittenau im Lokale von A. Schulze, Hauptstraße, eine öffentliche Reichstagswählerversammlung statt. Genosse Tempers-Waidmannslust referiert über die Auflösung des Reichstages und die bevorstehenden Neuwahlen.

Sonntag, den 12. d. M., abends 8 Uhr, findet in Waidmannslust im Schweizerbänschen eine öffentliche Reichstagswählerversammlung statt. Der Kandidat des Kreises Genosse Stadthagen referiert über die Auflösung des Reichstages und die bevorstehenden Neuwahlen. Genossen, agitiert für Massenbesuch dieser Versammlungen. Das Wahlkomitee.

Spanbau. Am Freitag, den 11. Januar, abends 9 1/2 Uhr, finden zwei Wählerversammlungen statt, bei Schwabe (Fürstehof), Seefeldstraße und bei Krumbe, Schönwalderstr. 80.

Die Parteigenossen werden ersucht, für guten Besuch Sorge zu tragen.

Referenten: Dr. A. Liebknecht-Berlin und Schriftsteller Paul Hirsch-Charlottenburg.

Berliner Nachrichten.

Statistische Erhebungen über Blinddarmentzündung veranstaltet die Berliner Medizinische Gesellschaft. Die Blinddarmentzündung kann ihrer Häufigkeit wegen schon fast eine Volkskrankheit genannt werden, es scheint, als ob in Deutschland nicht nur die Häufigkeit, sondern auch die Schwere der Krankheit dauernd zunehmen. Offenbar scheint es nur so, denn es fehlt an genauen Zahlen. Das trat deutlich zutage, als im vergangenen Sommer während mehrerer Sitzungen die Frage der Blinddarmentzündung in der Medizinischen Gesellschaft beraten wurde. Man beschloß damals, während des ganzen Jahres 1907 alle in Groß-Berlin zur Beobachtung kommenden Fälle von Blinddarmentzündungen zu zählen. Es wurde zu diesem Zweck eine besondere statistische Kommission eingesetzt, die in den letzten Tagen an die Ärzte von Berlin und Vororten Fragebogen versandt hat. Welche große Bedeutung der Blindfrage beigelegt wird, geht daraus hervor, daß die Medizinische Abteilung des preussischen Kultusministeriums die statistischen Erhebungen kräftig unterstützt. Aber nicht nur die Gelehrten und die Behörden, die gesamte Bevölkerung ist auf das lebhafteste interessiert, gibt es doch nur wenige Familien, die von der heimtückischen Krankheit verschont bleiben. Niemand weiß, ob er selbst von ihr befallen und früher oder später vor die Frage einer Operation gestellt wird. Auch diese Frage, besonders die nach den zwingenden Gründen und dem geeigneten Zeitpunkt für eine Operation hofft man auf Grund der Statistik noch sorgfältiger als bisher beantworten zu können. Es ist daher zu erwarten, daß die statistischen Erhebungen auch von Seiten der Kranken selbst und ihrer Angehörigen auf das kräftigste unterstützt werden, denn der Zweck der Kundfrage kann nur erreicht werden bei einer ganz sorgfältigen Auskunftsverteilung.

Das Eisenbahn-Fundbureau am Schlesienschen Bahnhof wird in diesem Frühjahr eine vollständige Umwandlung erfahren. Die bisher benutzten Stadtbahnhöfe 8 bis 15 an der Madaistraße reichen schon seit geraumer Zeit nicht mehr hin, um die Tausende von zurückgelassenen und gemundeten Gegenständen zu fassen, geschweige denn ordnungsgemäß und übersichtlich zu gruppieren. Hat sich doch in den letzten zwei Jahren die Zahl der Fundmeldungen von 58 000 auf 66 000 erhöht! Und dazu kommen noch die vielerlei Koffer, Kisten, Pakete usw., welche von den Aufbewahrungsstellen der Stationen nicht abgeholt werden. Mit Beginn der diesjährigen Reisezeit wird sich das Fundbureau in den weiter nach der Fruchtstraße zu gelegenen Höfen 19 bis 24 befinden, welche eine Tiefe von 17 1/2 Meter und eine Breite von 7 1/2 Meter besitzen. Die Wände, welche sich gegenwärtig hier befinden, werden nach der anderen Seite verlegt. Die neuen Fundräume, welche einen Flächeninhalt von 523 Quadratmeter (gegenüber einer Grundfläche der alten Räume von nur 243 Quadratmeter) haben, werden in überaus praktischer und für das Publikum bequemer Weise eingerichtet und ausgestattet werden. Vor allem wird ein bedeutend größerer Zutritt zu raum mit Sitzgelegenheiten geschaffen werden, in welchem die jetzt schon an fünf Tagen jeden Monats stattfindenden Versteigerungstermine abgehalten werden. Der Eingang zum Fundbureau wird sich im Hofen 24 an der Madaistraße befinden, im Hofen 23 der Aufseherstraßenraum, im Hofen 22 der Ausgaberaum. In allen diesen Räumen sind die Bureaus vorn angeordnet, nach der Tiefe zu schließen sich die Lagerräume an, für welche besondere Abteile, Stellingen, Schränke, Regale usw. geschaffen werden sollen, damit das Auffuchen der einzelnen Nummern leicht und bequem vor sich gehen kann. Für massenweise aufzubewahrende Gegenstände, wie Kleider, Hüte, Handtaschen, Fahrräder, Regenmäntel, Säcke usw. werden besondere Abteile bezw. Stellingen eingerichtet werden. Die gefundenen usw. Gegenstände werden bekanntlich erst nach Vierteljahresfrist versteigert und die Einnahmen aus den Auktionen (im letzten Jahre waren es rund 23 000 Mark) dem Betriebsfonds zugeführt, aus dem der Auktionserlös aber dem Eigentümer einer versteigerten Fundsache noch innerhalb dreier Jahre ausgezahlt wird. Aber auch abgesehen

dabon darf dieser Zweig der Eisenbahnbewirtschaftung keineswegs als ein lukrativer betrachtet werden, denn die Unterhaltung des Fundbureaus verursacht beträchtlich höhere Ausgaben. Mit der Neueinrichtung des Bureaus, die beträchtliche Kosten verursacht, soll im April d. J. begonnen werden. Zugleich werden auch die Räume der Stationskasse des Schlesienschen Bahnhofes verlegt und erweitert; sie werden ihre Stelle in den bisher von der Reichspost-Verwaltung abgetretenen Höfen an der Fruchtstraße finden. Die hier befindlichen Posthalter, Packkammern usw. werden in dem auf der gegenüberliegenden Seite der Fruchtstraße neu errichteten Postdienstgebäude untergebracht werden.

„Vorwärts“-Leser in Krankenhäusern. Ueber die Krankenpflegeanstalten der Stadtgemeinde kann man oft das Urteil hören, daß in ihnen den Patienten keine Schwierigkeiten bereitet werden, wenn sie auch auf dem Krankenlager nach ihrer gewohnten Zeitungslektüre verlangen und sich den „Vorwärts“ bringen lassen. Dieses Urteil trifft nur teilweise zu. Die Krankenhausbewirtschaftung hütet sich allerdings, den „Vorwärts“ durch offizielles Verbot aus den Anstalten auszuschließen, wie das zum Beispiel die Charittdirektion tut. Zudem, von einzelnen Angestellten auch der städtischen Krankenhäuser wird doch immer wieder versucht, den Patienten die Lektüre des „Vorwärts“ zu erschweren oder ganz unmöglich zu machen. Es ist aber klar, daß das Personal derartiger Angehörigkeiten nicht wagen würde, wenn es nicht annähme, daß es sich das erlauben darf und sich hiermit sogar noch den süßen Dank der Vorgesetzten verdient.

Aus dem Friedrichshain-Krankenhaus wird uns gemeldet, daß dort auf Pavillon 17 ein Patient, der sich den „Vorwärts“ bestellt hatte, von der Oberschwester Marie dahin „belehrt“ wurde, es sei „hier eigentlich nicht Sitte, solch eine Zeitung zu lesen.“ Der Patient hatte nämlich gefragt, warum denn das von ihm abonnierte Blatt nicht regelmäßig in seine Hände gelangt sei. Da bekam er dann von der Oberschwester die oben mitgeteilte Antwort. Bei seinen weiteren Nachforschungen wurde ihm von anderer Seite die Auskunft gegeben, der „Vorwärts“ sei zwar geliefert worden, man habe ihn aber „zerissen“. Das will uns nicht recht glaubhaft erscheinen. Denn die Vernichtung fremden Eigentums wird ja wohl auch dann als Verleumdung gelten, wenn es sich „nur“ um eine sozialdemokratische Zeitung handelt, die ein Krankenhausbefehliger lesen will. Es ist zu wünschen, daß der betreffende Patient die Angelegenheit weiter verfolgt, damit festgestellt werde, ob das Blatt tatsächlich von einem Unbefugten vernichtet worden ist und eventuell wer sich diesen Uebergriff erlaubt hat.

Wir können überhaupt allen unseren Lesern, die in einem Krankenhause auf Schwierigkeiten stoßen, wenn sie sich unser Blatt bringen lassen wollen, nur den Rat geben, in jedem einzelnen Fall ihr Recht auf dem Wege der Beschwerde geltend zu machen. Wer sich Bevormundung gefallen läßt, der verdient, daß man sie ihm bietet; wer sie nach Gebühr zurückweist, wird bald Ruhe vor solchem Uebergriff haben. Warum sollten denn nicht „Vorwärts“-Leser dieselben Rechte haben, wie die Leser anderer Blätter? Warum wird denn, wenn Patienten nach anderen Zeitungen verlangen äußern, bereitwillig alles getan, um ihrem Wunsch Erfüllung zu schaffen? Warum werden Patienten von Angestellten sogar darauf aufmerksam gemacht, daß sie auf gewisse andere Zeitungen abonnieren können? Wir meinen da z. B. den „Lokal-anzeiger“ und die „Morgenpost“.

Freilich, das sind Blätter, die sich niemals eine rückhaltlose Kritik der Reichswirtschaft des Berliner Kommunalvereins zur Pflicht machen werden, wie das der „Vorwärts“ tut. Sie „hegen“ überhaupt nicht, ihre Lektüre kann nicht mal jetzt in der Wahlzeit „aufregen“. Eher könnte man den Tratsch, den diese Blätter ihren Lesern vorzulesen pflegen, als Schlafmittel benutzen. Für Schlafmittel ist aber in Krankenhäusern immer Verwendung. Daraus mag es sich wohl erklären, daß dort diese Lektüre nicht bemängelt, sondern begünstigt wird.

Eine Straße ohne Wasser. Eine Geschichte, die der Stadt Schilde würdig wäre, hat sich in Berlin abgespielt. Um die Straße Am Tempelhofer Berg, welche die Vergmann- mit der Fiedrichstraße verbindet, ist schon vor langen Jahren ein Streit zwischen Polizeipräsident, Magistrat und Anwohnern entbrannt, und dieleibige Prozeduren legen Zeugnis davon ab, daß er auf allen Seiten mit großer Heftigkeit geführt worden ist. Trotzdem herrscht noch heute keine Klarheit darüber, ob die Straße Am Tempelhofer Berg eine öffentliche oder eine Privatstraße ist. Das Polizeipräsidentium soll den goldenen Mittelweg halten, das heißt die Ansicht vertreten, daß die Straße von der Vergmannstraße bis etwa zur Mitte eine öffentliche, in ihrem oberen Teile indes Privatstraße ist. Vor Jahren soll der Magistrat schon einmal die Absicht gehabt haben, diesen Zustand ein Ende zu bereiten, leider aber wurde eine Einigung mit den Anliegern nicht erzielt. Nun will es das Unglück, daß mehrere Eigentümer an der Straße Parzellen besitzen, die sich über die ganze Breite des Fahrweges hinziehen. Die in Betracht kommenden Flächen sind zwar für Straßenland erklärt worden, dürfen also nicht bebaut werden, sie bleiben aber immerhin — bis zur definitiven Straßenregulierung oder Enteignung — Eigentum ihrer Besitzer. Zu diesen gehört unter anderem die Aktiengesellschaft für Grundbesitz, Mittelstraße 2. Eine Parzelle dieser Gesellschaft verriegelt die Straße in der Mitte vollständig. Um den unheimlichen Zuständen ein Ende zu bereiten, forderte die Gesellschaft vor Jahr und Tag den Magistrat auf, die durch ihr Eigentum gelegten Wasserleitungsrohre zu entfernen. Es kam zum Prozeß, und das Kammergericht verurteilte die Stadt Berlin zur Entfernung der Wasserleitung; das Reichsgericht bestätigte dieses Urteil. Die Eigentümer der an der Ostseite der Straße gelegenen Häuser erhielten nun vom Oberbürgermeister nachstehende Zuschrift:

„In der Prozedur der Aktiengesellschaft für Grundbesitz gegen die Stadtgemeinde Berlin hat das königliche Kammergericht die Stadtgemeinde verurteilt, die Wasserleitungsrohre, die in der Straße Am Tempelhofer Berg befindlich sind, zu entfernen. Wir machen Ihnen hieron Mitteilung mit dem ergebenden Bemerkten, daß wir nunmehr nicht in der Lage sind, die Wasserleitung für die Grundstücke Am Tempelhofer Berg fortzunehmen, vielmehr unsere Rohrleitungen aus dem in Rede stehenden Straßengrundstück entfernen und die Zuleitung zu Ihrem Hause schließen müssen. Dies wird Anfang Januar d. J. geschehen.“

In den sechs Häusern, denen das Wasser abgeknippt werden soll, hat sich nun ein Sturm der Entrüstung erhoben; es wohnen dort ungefähr 500 Menschen, die sich dann selbst mit Wasser versorgen und wohl zu dem alten, polizeilich verbotenen — Tomaten-system zurückkehren müßten. Und welcher Gefahr gehen die Armen entgegen, wenn in einem der meist nur mit Vordertrepp versehenen Häuser ein Feuer ausbricht! In dieser Hinsicht erscheint ebenso auch die Hintergebäude der Häuser Belle-Alliancestraße 60 bis 74 gefährdet. Jetzt ist es gelungen, wenigstens noch eine Salvenfrist bis zum 20. Januar bewilligt zu erhalten.

Die Oberleitung über den Opernplatz ist seit gestern freigelegt und bereits in Benutzung genommen worden. Wie lange die zwei dünnen Drähte den Opernplatz überspannen werden, muß abgewartet werden.

Ein zweites Polizeidienstgebäude soll in Berlin errichtet werden; als erste Rate werden im Etat 500 000 M. verlangt. Die Diensträume in dem Polizeidienstgebäude am Alexanderplatz in Berlin haben sich schon seit Jahren infolge der stetigen Zunahme der Dienstgeschäfte als unzulänglich erwiesen und erhebliche Geschäftsschwierigkeiten sind die Folge davon gewesen. Der im verflochtenen Jahre beendete Umbau des Gebäudes hat diesen Mangel nur zum Teil zu beseitigen vermocht. Es soll daher ein weiteres Polizeidienstgebäude gebaut werden, welches hauptsächlich zur Unterbringung der Passabteilung des Polizeipräsidentiums, des mit dieser verbundenen statistischen Bureaus und der aus Zweckmäßigkeitsgründen hier zu vereinigen 12 Berliner Bau-

inspektionen dienen soll. Als Bauplatz sind die durch Austausch für den preussischen Risikofonds erworbenen militärstrafrechtlichen Grundstücke Magazinstraße 3 und 5 und das dazwischen liegende, bereits früher angekaufte Grundstück Magazinstraße 4 in Aussicht genommen. Die Baukosten, ausschließlich der später zu ermittelnden Kosten der inneren Einrichtung sind auf 677 000 M. veranschlagt. Die Bauzeit ist auf zwei Jahre angesetzt.

Weiter genügen die gegenwärtigen Einrichtungen in der Zentraltelegraphenstation beim Polizeipräsidentium in Berlin dem außerordentlich stark anwachsenden Depeschendienst nicht mehr und erschweren insbesondere den polizeilichen Nachrichtendienst, soweit es sich um die Beförderung von Depeschen allgemeinen Inhalts an sämtliche beteiligten Dienststellen handelt. Zur Befreiung der hieraus sich ergebenden Mängel ist die Herstellung einer telegraphischen Ferndruckeranlage zwischen der Zentraltelegraphenstation und den in Frage kommenden Dienststellen erforderlich. Die Gesamtkosten dieser Anlage, für deren Fertigstellung drei Jahre angesetzt sind, sind auf 510 000 M. veranschlagt.

Polizeihunde finden seit kurzem auch in Berlin Verwendung, nachdem der Verein für deutsche Schäferhunde dem Polizeipräsidentium zwei zu Proberisuchen überwiesen hat. Solche sind bereits in Verwendung in Altona, Braunschweig, Bremen, Köln, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Leipzig, Nürnberg, Stuttgart.

Durch das anhaltende Tauwetter sind die Eisflächen auf den öffentlichen Gewässern derartig morstig geworden, daß das Betreten derselben mit den größten Gefahren verbunden ist. So geriet vorgestern ein Arbeiter der Kummelsburger Eiswerke, der die Eisfläche des Kummelsburger Sees überschreiten wollte, in erste Lebensgefahr. Etwa zwanzig Meter vom Ufer entfernt brach er ein und suchte sich an dem Rande der Eisfläche anzuklammern. Das Eis gab aber nach und bröckelte immer wieder ab. Anwohner bemühten sich zwar, den Gefährdeten zu retten, doch dauerte es längere Zeit, bevor es mehreren Männern gelang, auf einer über das Eis gelegten Bohlenbrücke die Unfallstelle zu erreichen. Der Arbeiter, der fast eine halbe Stunde im Wasser verdrückt hatte, wurde fast völlig erstickt, aber noch lebend aus den Fluten herausgezogen. — Die polizeilich freigegebenen Naturerlebnisse sind seit Eintritt des Tauwetters täglich mehrmals kontrolliert und, da die Tragfähigkeit auch der stärkeren Eisdecken erheblich herabgemindert ist, Montag und Dienstag sämtlich geschlossen worden. Die Oberflüsse ist teilweise wieder eisfrei, so daß die Schiffe aufgenommen werden konnte und die vom Frost übertrafchten, auf der Fahrt befindlich gewesenen Zillen die Ladestellen resp. Winterquartiere nunmehr aufsuchen können.

Drei schulfreie Tage hintereinander haben in diesem Monat die Schulpflichtigen. Der 27. der Geburtstag des Kaisers, ist ein Sonntag, weshalb die Schulfreier, wie bereits gemeldet wurde, am 26. abgehalten werden sollen. Zu diesen beiden schulfreien Tagen tritt nun noch der 25. Januar, an dem wegen der an diesem Tage stattfindenden Reichstagswahl ebenfalls der Schulunterricht ruht.

Kommissare für Waisenkinder. Einem alten traditionellen Brauch wird jetzt ein Ende gemacht werden. Die preussische Klassenlotterie wird von der ersten diesjährigen, am 10. Januar beginnenden Ziehung an nach verändertem System gezogen werden, es kommen die Waisenkinder künftig in Kottfall. Sie werden ersetzt durch Kommissare aus dem preussischen Finanzministerium, was den Lotteriesystem zwar verteuert, aber in Verbindung mit einem veränderten System der Nummernausbeziehung größere Gewähr für absolute Zuverlässigkeit geben soll.

Ein Schleppdampfer gesunken. Von einem verhängnisvollen Schicksal ist in der vorgestrigen Nacht der Schleppdampfer „Fidelitas“ betroffen worden. Das Fahrzeug hatte in der Obersee in der Nähe des Mühlensiches den Winter über vor Anker gelegen. Während der Eisperiode war ein Grundrentil in der Maschinenanlage geplatzt und infolge des Tauwetters drang nun Wasser durch die Öffnung in das Innere des Dampfers. Da sich keine Befugung auf dem Fahrzeug befand, sammelten sich die Wassermengen fast bis zum Deck an und in der vorgestrigen Nacht sank der Dampfer. Nur noch ein Teil vom Schornstein ragt über die Wasserfläche hinaus. Die Vergung des Schleppers ist mit großen Schwierigkeiten verknüpft.

Pferd und Wagen gestohlen. Die Diebstähle von Fuhrwerken auf offener Straße, die in letzter Zeit stark überhand genommen haben, werden noch immer fortgesetzt. Vorgestern wurde vor dem Grundstück Lothringersstraße 53 ein Geschäftswagen der Butterhandlung A. Krause entführt. Das Gefährt war mit sieben halben Tonnen Butter beladen. Bespannt war der Wagen mit einem Apfelsammel.

Schwer geschädigt wurde durch einen ähnlichen Diebstahl die Firma Rosenheim, Leipzigerstraße 72. Ein Hausdiener war mit einem mit Leberwaren beladenen Dreirad nach der Reithstraße gefahren und während er dort einen Kunden aufsuchte, wurde das Rad von der Straße weggestohlen. Die Firma A. ist durch den dreifachen Diebstahl um etwa 800 M. geschädigt worden.

Serienlosgewinn. Trotz der vielfachen Warnungen vor den Serienlosgewinnen, die auf Veranlassung des Ministeriums des Innern veröffentlicht worden sind, gelangen immer neue zahlreiche Fälle zur Kenntnis der Polizeibehörden, in welchen das Publikum auf diesen Gewinn hingefallen ist. Nachdem man den inländischen Loosgesellschaften energisch den Garaus gemacht hat, haben sich die Leiter derselben ins Ausland begeben und betreiben von dort aus ihre betrügerischen Machenschaften weiter. Da sie mit Inzeraten und Zeitungen kein Glück mehr haben, weil die Blätter sich durch Aufnahme resp. Beilegung der Kupferungen strafbar machen, senden sie jetzt Agenten im Lande umher, die, wie es scheint, ein glänzendes Geschäft machen. Einen dieser Agenten, der die Serienlose der Aktiengesellschaft „Globus“ in Lopenhagen vertrieben hat, hinter der die ehemaligen Lübecker Loosgehändler Lübbert und Wehmann stecken, hat man jetzt in Berlin festgenommen. Man fand bei ihm neben einer großen Anzahl „Mitglieds-Urkunden“ und „Beitritts-Erklärungen“ mehrere Kladderhüte, in denen der Wiedermann die Namen von Loosgehändlern, Schlächtern, Verkäuferinnen in Butterhandlungen usw. gewissenhaft notiert hatte, die er systematisch um ihr Geld betrog. Besonders bei dem Ewig-Weiblichen er ist gute Geschäft gemacht, da diese sich durch sein konzilianter Wesen bestechen ließen. Der Verdächtige und ein „Kollege“ von ihm, der sich aber noch rechtzeitig beugen konnte, haben in Berlin in kurzer Zeit etwa 1000 Anteilsscheine abgesetzt. In den Provinzen arbeiten andere Agenten mit ähnlichem Erfolge. Hat der Kunde geglaubt, so ist damit das Geschäft für die Gesellschaften erledigt. Das Treiben derselben ist um so gefährlicher, weil den Behörden eine Kontrolle, ob sich die Gesellschaft überhaupt im Besitze der Effekten befinden, unmöglich ist.

In einer furchtbaren Situation befand sich vorgestern nachmittags die Kaiserin Elisabeth aus der Badstraße. Das junge Mädchen ist in einem großen Schneeriedel in der Kronenstraße, in dem die Nähmaschinen durch Elektrizität betrieben werden, beschäftigt. Während sie vorgestern eine der Maschinen bediente, geriet ihre rechte Hand in das mechanische Getriebe. Der Körper wurde vollständig eingeklemmt und vergeblich versuchte man auf alle mögliche Art, ihn wieder zu befreien. Es blieb schließlich nichts anderes übrig, als Mechaniker herbeizuholen, welche die Maschine vollständig auseinandernehmen mußten. Erst nach einer qualvoll verbrachten Stunde für das junge Mädchen war das Rettungswort vollbracht. Schwere Verletzungen wurden durch die R. nach der Unfallstation 13 gebracht, wo sie die erste ärztliche Hilfe erhielt.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania bietet der neue, szenisch und dekorativ ausgestattete Vortrag „Die Feuergefahren der Erde“ mit seinen packenden Darstellungen des Unterganges von St. Pierre, des Vulkans, des Atlanca und schließlich auch der Geyserstätigkeit im Wunderland Amerikas eine Fülle von Anregungen und veranschau-

licht die unheilvollen Naturgewalten, welche im Schoße der Erde wirken und in letzter Zeit so häufig die Menschheit in Mitleidenschaft gezogen haben. Der Vortrag wird in dieser Woche allabendlich zur Darstellung gelangen.

Im **Kaisers-Theater** gelangt am Freitag die Komödie „Aus dem Buche der Liebe“ zur Aufführung.

Einen erheblichen Verlust hat am Dienstag eine Arbeiterin erlitten, sie verlor an diesem Tage abends zwischen 8 und 9 Uhr auf dem Wege durch die Friedenstrasse durch den Friedrichshain nach der Knipprodestraße ihr Portemonnaie. Dasselbe enthielt ihren Wochenlohn, eine kleine goldene Kette und einen Arbeitschein des Wohnungsreinigungs-Instituts „Frankfurt“, Friedrichstraße (Industrie-Palast). Der ehrliche Finder wird gebeten, dasselbe im oben bezeichneten Institut abzugeben.

Feuerwehrbericht. Wegen eines Dachstuhlbrandes wurde in der vorletzten Nacht die Feuerwehr nach der Gartenstr. 3 gerufen, wo aus noch nicht ermittelter Ursache auf dem Boden Feuer ausgebrochen war und das Dachgebälk ergriffen hatte. Die 4. Kompanie hatte mit mehreren Rohren von Dampfstrahl-Wasser zu geben, um die Flammen, die an dem Häubrat der Mieter reiche Nahrung gefunden hatten, zu löschen. Gestern früh um 6 Uhr brannte vor dem Hause Leipzigerstr. 123 ein Automobil-Omnibus. Nach Löschung der Flammen mußte der Omnibus fortgeschafft werden. In einem Galanteriewarenladen in der Petersburgerstr. 68 brannten Pappes, Leder u. a., und in der Danzigerstr. 85 standen Kesselverschlüsse in Flammen. Ferner hatte die Wehr in der Flensburgerstr. 10, Gneisenaustr. 84, Schwedterstr. 51, Auguststr. 63 und anderen Stellen zu tun. Weihnachtssäme, Gardinen, Matrassen usw. brannten dort. Wegen eines Wasserrohrbruches wurde der 20. Zug nach der Kurstraße 89 gerufen. Dort wird jetzt wegen des Baues der Untergrundbahn durch die Niederwallstraße die Kanalisation usw. verlegt, wobei ein Rohr der Wasserleitung platze und die Baugrube überschwemmte. Die Wasserleitung mußte längere Zeit abgestellt werden.

Vorort-Nachrichten.

Steglitz.

Gemeindevahlen im ersten Bezirke setzen uns aller Wahrscheinlichkeit nach noch bevor. Wie den Lesern bekannt ist, ist von unserer Seite gegen die Wahl im ersten Bezirke Klage eingereicht, von deren Schicksal wir allerdings bis auf den heutigen Tag — also nach dreiviertel Jahren — noch kein Sterbenswörtchen gehört haben. Immerhin kann man wohl annehmen, daß die Klage noch im Laufe des Jahres zur Entscheidung gelangt und zwar, wie wir sicher hoffen, zu unseren Gunsten, da es sich um Verstöße handelt, die in ständiger Rechtsprechung stets zur Ungültigkeitserklärung geführt haben. Aber auch abgesehen davon, müssen wir mit einer Nachwahl rechnen, da nach einer Mitteilung aus Mietersvereinskreisen ein Vertreter der dritten Abteilung von hier verzieht. Aus diesen Gründen erwächst für unsere Parteigenossen die dringende Pflicht, die in der Zeit vom 15. bis 30. Januar im Rathaus, Zimmer Nr. 1, ausliegende Liste der Gemeindevähler allseitig einzusehen, um bei den Nachwahlen vor Ueberredungen geschützt zu sein. Die Stunden der Auslegung sind zwar sehr unangenehm angelegt: von morgens 9 bis nachmittags 3 Uhr, und obendrein nur an Wochentagen, aber unsere Genossen werden auch so Rat zu schaffen wissen, um sich ihr Wahlrecht zu wahren.

Friedenau.

Zu der Notiz vom 4. Januar: „Das Opfer eines Raub-anfalls“ wird uns mitgeteilt, daß nicht Alex überfallen worden sei, sondern daß selbiger erst einen Arbeiter mit dem Stock geschlagen habe und erst, als er abermals eine drohende Haltung gegen denselben eingenommen, haben die Begleiter des Arbeiters sich gegen den Angreifer verteidigt. Von einem Raubanfall auf diesen könne keine Rede sein.

Rummelsburg.

Bei einem Einbruch in das Schuhwarengeschäft von Kurt, Gärtnerstr. 14, wurden in der gestrigen Nacht für zirka 2000 M. Schuhwaren gestohlen. Den Dieben gelang es, ihre Beute, zu deren Fortschaffung sie sich vermutlich eines Wagens bedienten, unbehelligt in Sicherheit zu bringen.

Pankow.

82,15 M. Verbandsgelder nebst Verbands-Kontrollkarte sind am 8. Januar, abends 6 Uhr, auf dem Wege von der Wäldchenstraße bis zur Kaiser Friedrichstraße verloren gegangen. Der Finder wird gebeten, das Geld auf dem Bureau des Bräuerarbeiterverbandes, Sektion I, Berlin, Liniestraße 19 abzugeben.

Waidmannslust.

Eine imposante Mitgliederversammlung des Wahlvereins tagte am Sonntag im „Rathhaus“ zu Hermannsdorf. Die Versammlung legte gemüthlichen Zeugnis von dem regen politischen Interesse und der Arbeitsfreudigkeit der Genossen im jetzigen Wahlkampf ab. Genosse **Frenkel** hielt ein ausführliches Referat über die „Reichstagsauflösung“. Alle bedeutenden Gesichtspunkte unserer politischen Lebens, die letzten Ereignisse und die Stellung der einzelnen Parteien, insbesondere der Freiwirtschaften zu denselben, zog der Redner in den Bann näherer Betrachtung. Am Schluß seines mit großem Beifall aufgenommenen Vortrages richtete er einen feurigen Appell an die Anwesenden, in wossem Maße ihre Schuldigkeit zu tun. In der Diskussion kennzeichneten einige Genossen die Lügenflugblätter der Gegner. Die am Orte stattfindende Wählerversammlung der „nationalen“ Parteien beschloß man, da nur Einladungen an bürgerliche Wähler ergangen sind und auf Redefreiheit in derselben nicht zu rechnen ist, nicht zu besuchen. In einer einstimmig angenommenen Resolution wird dies Verhalten der Gegner als Feigheit bezeichnet. Zur Aufnahme in den Wahlverein hatten sich 33 neue Mitglieder gemeldet.

Potsdam.

In das hiesige Untersuchungsgefängnis des Landgerichts eingeliefert ist der frühere Gemeindevorsteher Rümenapp von Tsch. R. war bekanntlich im Frühjahr 1906 unter Mitnahme von Gemeindegeldern, die er auf Grund einer gefälschten Urkunde von der Kaiserliche Kreisbehörde abgehoben hatte, nach dem Ausland geflüchtet und wurde im Spätherbst vorigen Jahres in Amsterdam festgenommen. Die in der Wege geleiteten Auslieferungshandlungen fanden zuerst bei der holländischen Behörde starken Widerstand, so daß die Intervention des Konsulats in Anspich genommen werden mußte. Dem letzten Drängen der deutschen Behörde leistete endlich am Sonntagabend die holländische Regierung Folge und stimmte der Auslieferung Rümenapps, gemäß den Bestimmungen des Auslieferungsvertrages vom 31. Dezember 1867 zu. Montag abend traf nun Rümenapp in Begleitung zweier Beamten in Potsdam ein und wurde in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert, wo bereits seine erste Vernehmung stattfand. Rümenapp wird sich vor dem Schwurgericht wegen Unterschlagung und Fälschung einer öffentlichen Urkunde zu verantworten haben.

Gerichts-Zeitung.

Die Geheimnisse des „Salons Brugier“ beschäfligten gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Warnatzsch in einer längeren Sitzung die 1. Strafkammer des Landgerichts III. Aus der Untersuchungshaft wurde die 67jährige Rentiere Elisabeth Brugier entlassen, die sich wegen gewerdmäßiger Kuppeler verantworten mußte. Die Angeklagte ist im Jahre 1840 als die Tochter eines wohlhabenden Fabrikbesizers in

Rückenburg geboren. Sie genoss dann in einem Kloster ihre erste Bildung, die sie später in einem „Englischen Fräuleinstift“ erweiterte. Später ging die Angeklagte nach Marburg, wo sie in ein großes Geschäft trat. Hier machte sie die Bekanntschaft eines böhmisches Offiziers, mit dem sie ein intimes Verhältnis einging. Dieser Offizier fiel später in dem französischen Feldzuge. Die Angeklagte ging nun nach Frankreich und nahm einen Dienst an. Vor etwa 15 Jahren kam die B. nach Berlin und ließ sich hier als Modistin und später als Sprachlehrerin nieder. Die Polizei mußte sich jedoch bald mit dem Treiben dieser „Sprachlehrerin“ näher beschäftigen. Die Angeklagte hatte nach einander in der Kommandanten-, Schill- und Willowsstraße große Wohnungen gemietet, in denen sie Herren aus der Welt und Damen der Halbwelt nachlässigen Unterhaltungs gewährte. Im Jahre 1897 wurde die B. das erste Mal zu 1 Monat Gefängnis wegen Kuppeler verurteilt, es folgten dann weitere Verurteilungen zu 8 Wochen, 2 Monaten und schließlich im Jahre 1901 zu einem Jahre Gefängnis. Die Angeklagte hatte f. B. in der Zimmerstraße einen „Salon“ eröffnet. Die letzte Wohnung der „Madame Brugier“, wie die Angeklagte allgemein genannt wurde, befand sich in der Passauerstraße. Die Kriminalpolizei wurde eines Tages darauf aufmerksam gemacht, daß die B. sich offenbar des Mädchenhandels schuldig mache. Es wurde beobachtet, wie die Angeklagte, die einen würdigen und soliden Eindruck macht, sich in verschiedene Konditoreien begab und hier die Bekanntschaft junger Mädchen zu machen suchte, die sie später zu einem „Käfigchen Kaffee“ in ihrer Wohnung einlud. Es besteht der Verdacht, daß die B. in ganz schematischer Weise diese Mädchen angelockert hat. Die weiteren Ermittlungen ergaben, daß die Wohnung der Angeklagten von ihr zu einer modernen Lasterhöhle schlammiger Sorte ausgestaltet worden war. Wie der Kommissar v. Trese vor Gericht behauptete, gehörte es gewissermaßen in der Welt der „besseren Gesellschaft“ zum „guten Ton“, in dem Salon Brugier Stammgast zu sein. Der Eintritt war mit großen Schwierigkeiten verknüpft und nur ganz eingeweihte Personen wurden die Karte. Diese lautete: „Eine Empfehlung von Herrn Dr. Krontahl“. In der Wohnung wurden die mühseligen Degen gefeiert. Am 29. Oktober ließ der Kommissar sämtliche Eingänge des Gebäudes besetzen. In früher Abendstunde klang es an der Wohnungstür. Da der Herr, welcher Einlass begehrte, die Formel richtig anwendete, wurde ihm von der „Madame“ mit einem tiefen Satz Einlass gewährt. Der Kommissar, dem dieser war jener Herr, war so grausam, nicht weniger als sieben Liebespärchen ihrem zärtlichen Teie-a-bede zu entziehen und sie zu einem Gange nach der nächsten Polizeiwache einzuladen. Madame Brugier selbst mußte noch an demselben Tage in dem grünen Wagen die Fahrt nach dem Roßbiter Untersuchungsgefängnis antreten. — Der Bericht war die Angeklagte geständig. Des Geständnis erübrigte eine Beweisaufnahme durch Vorladung der Mitglieder der „besseren Gesellschaft“ und war Veranlassung zu einem verhältnismäßig niedrigen Strafmaß. Das Gericht erkannte auf ein Jahr Gefängnis unter Anrechnung von 2 Monaten der erlittenen Untersuchungshaft, sowie 3 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Raub des eigenen Kindes.

Zu einer Gefängnisstrafe ist am 27. November 1905 vom Landgericht I in Berlin der Stukateur Bruno Reiman verurteilt worden. Er war mit einem Fräulein B. verlobt, die ihm bereits einen Sohn geschenkt hatte. Fräulein B. war hochgradig schwindsüchtig und ist auch inzwischen gestorben. Als sie eines Tages mit dem zweijährigen Knaben im Dumboldshain saß, erschien der Angeklagte, nahm ihr das Kind fort und entführte es. Er entschuldigte sich vor Gericht mit dem Vorhandensein eines Notstandes. Der Arzt habe ihm wiederholt gesagt, das Leben des Kindes sei bei der schwerkranken Mutter gefährdet. Das Gericht hat dies als wahr angenommen, aber das Hauptmotiv für die Handlung des Angeklagten darin erblickt, daß er sich von der Zahlung der Mimenente befreien wollte. Außerdem hätte er sich an das Vormundschaftsgericht wenden müssen, wozu er hinreichend Zeit hatte.

Die Revision des Angeklagten wurde am Dienstag vom Reichsgericht verworfen. Zweifellos steht der außerrechtlichen Mutter, nicht dem Erzeuger des Kindes, ein Recht auf das Kind zu. Dies Recht kann nur durch das Gericht genommen oder beeinträchtigt werden. Wer gegen den Willen der außerrechtlichen Mutter ihr das Kind durch List, Drohung oder Gewalt entzieht, ist nach § 233 des Strafgesetzbuches mit Gefängnis zu bestrafen.

Wegen Beleidigung des Kreis- und Gerichtsarztes, Medizinalrats Dr. Klein, hatte sich gestern der Schriftsteller Joachim Gehlsen aus Charlottenburg vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts II zu verantworten. Die Beleidigung wurde gefunden in Kritiken, die in der von Gehlsen herausgegebenen „Stablaternen“ erschienen waren. Der Prozeß kam aber nicht zu Ende und wurde auf heute vertagt.

Germanisierungsjustiz.

Wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die über den Religionsunterricht in Posen erlassenen Regierungsanordnungen (§ 110 des Strafgesetzbuches) wurde am Dienstag der Redakteur Vincent Szpotanski vom „Goniec“ zu einer Geldstrafe von 200 M. verurteilt. Eine zweite Anklage gegen ihn wurde vertagt. Gleichfalls der Vertagung derselben fünf Anklagen wegen desselben Vergehens gegen den Redakteur Konstantin Jindowski vom „Kurjer poznański“ bezw. „Dziennik“. Erneut zu 3 Wochen Gefängnis wurde der Redakteur der „Polska“, Thaddäus von Gajkowski, verurteilt, da er sich in dem genannten Blatte der verjüngten Rötigung schuldig gemacht haben soll.

Die hönische Form.

Vom Landgericht Stettin ist am 30. April der Verlagsbuchhändler Max Gradner in Oranienburg wegen Beleidigung des Amtsrichters Dr. L. zu 100 M. Geldstrafe verurteilt worden, nachdem ein früheres, gleichlautendes Urteil vom Reichsgerichte aufgehoben worden war. Vor dem Schöffengerichte Swinemünde schwebte 1904 gegen G. ein Verfahren wegen Beleidigung eines Polizeikommissars. Zu der ersten Hauptverhandlung erschien der Angeklagte nicht, sondern sandte seine mit Vollmacht versehene Ehefrau als Vertreterin. Diese hatte mit dem Amtsrichter Dr. L. einen Konflikt. Als der Angeklagte dann wegen Nichtersehens verhaftet worden war, lehnte er den Amtsrichter wegen Befangenheit ab, namentlich auch deswegen, weil er ihm die Ladung von Entlastungszeugen verweigert habe. In seiner Eingabe hatte er gesagt: Da Dr. L. das in allen zivilisierten Staaten geltende Gesetz nicht kenne, nach dem einem Angeklagten Entlastungszeugen nicht verweigert werden dürfen, so müsse er einen so wenig rechtskundigen und offenbar parteiischen Richter ablehnen.“ Das Landgericht hat nun zwar anerkannt, daß der Angeklagte diese für den Amtsrichter beleidigenden Worte in Wahrnehmung berechtigter Interessen gebraucht hat, es hat ihm aber gleichwohl den Schutz des § 193 versagt, weil er eine hönische Form gewählt habe. Es würde nach Ansicht des Gerichtes genügt haben, zu sagen, daß Dr. L. das Gesetz über die Ladung von Entlastungszeugen nicht kenne. — In der Revision des Angeklagten wurde ausgeführt, aus der Bemerkung, daß das fragliche Gesetz in allen zivilisierten Staaten gelte, könne unmöglich die Absicht der Beleidigung hergeleitet werden. Das Gericht habe offenbar Form und Inhalt verwechselt. — Das Reichsgericht erblickte jedoch in dem Urteile keinerlei Rechtsirrtum und erkannte am Dienstag auf Verurteilung der Revision.

Der Hinweis auf alle zivilisierten Staaten kann demnach „ohne Rechtsirrtum“ als Absicht der Beleidigung erachtet werden. Dies Ergebnis der juristischen Auslegung wird den einfachen gefunden Menschenverstand schwerlich befriedigen. Viel einleuchtender als solche juristischen Konstruktionen ist der Satz: wer unzulässig preussische Beamte Beschwerden führt, wird bestraft, solange „gelehrte“ Richter urteilen.

Zum Wahlfonds

gingen in unserer Expedition Lindenstr. 69 folgende Beiträge ein:
Trepptom, vom „Fühlen Grunde“ d. Voigt 3,80. Holzbearbeitungs-fabrik von Detlev Sievers 4.—. Berliner Arbeiter-Radsportverein, N.-O.-Bund „Solidarität“ 1. Rate 50.—. Sparverein „Brüderlich-keit“, Lausitzerstr. 43 15.—. Hfa 2.—. Verein Berliner Produktenhändler und -Händlerinnen, Fährsdorf 4,95. Gesangverein der Kupferschmiede 50.—. Ungenannt 2.—. Zentralverband der Plauer, Sektion der Pauer 1000.—. Balduin Franke 10.—. Hermann Wegner, Ragow 6.—. Weichselbusch III 2.—. Buchdruckerei Bernhard Paul 3. Rate 7,20. Heilstätte Grabowsee durch Schäfer 31,50. Sechserklasse Tischlerei Spanier, Langestr. 83 7,50. Speicherarbeiter des Lehrers Speiders durch Schmohl 20,05. Filiale Tegel des Fabrikarbeiter-Verbandes 20.—. Zentralverband der Steinarbeiter, Bahnhalle Berlin I 60.—.
Summa 1296.— M. Bereits quittiert 4559,12 M. Summa 5855,12 M.
Weitere Beiträge werden in unserer Expedition entgegen-genommen.

Verband deutscher Barbiers, Friseur und Perückenmacher-Gehülfen. Berlin. Heute abend 10 Uhr im Lokale Schillingstraße 36: Versammlung.
Verband der Friseurgehülfen Deutschlands. (Zweigverein Berlin und Vorort.) Jährtliche Charlottenburg. Heute abend 9 1/2 Uhr, bei Hartens, Krummstr. 43: Mitgliederversammlung. — Jährtliche Lichtberg, Berlin O. Heute abend 9 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Göbde, Franzfurter Allee 181: Generalliedersammlung. Mitteilungsblatt legitimiert. — Zweigverein Lichtberg, heute Donnerstag, den 10. Januar, abends 9 1/2 Uhr, bei Schmidt, Berlinerstraße 14: Versammlung.
Sozialdemokratischer Central-Wahlverein für den Reichstags-Wahlkreis Rüdow-Zahlebus-Großen-Sommerfeld. (Ortsverein Berlin.) Dienstag, den 15. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Palt, Dragonerstraße 15: Generalliedersammlung. Alle Mitglieder, soweit sie noch hier aus dem Kreise verweilen, werden ersucht, pünktlich zur Stelle zu sein.

Eingegangene Druckschriften.

Der bevorstehend n Reichstagswahl ist die soeben erschienene Nummer des **„Wahren Jacob“** fast in ihrem ganzen Inhalt gewidmet. Er ermahnt die Wähler: **„Wähler! Wählt, wählet eure heiligsten Güter!“**. „Rufst du unter den Feldkriegsgerichten“, **„Große Wahl-Güterkasten aller acht deutsch geistlichen Männer“**, **„Der neue Reichstagspräsident“**, **„Das Einfließen der Reichstagswähler“**, **„Pro Docimo auf dem Kriegsspiel gegen die ungläubigen Franken“**, **„Die verlebte deutsche Waffenherr“**, **„Vom Zentrum“** und **„Deutsche Kultur in Afrika“**. Der letzte Teil der Nummer bringt die Gedichte **„Das Volksgedicht“**, **„Ganuarion“**, **„Statistik“**, **„Rufst du unter den Feldkriegsgerichten“**, **„Der Auenzug“**, **„Der Groberer“**, **„Was der Michel alles hatte“**, **„Der Rechim“**, **„An die Gewehre!“**, **„Des Zentrums Klage“**, und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren satirischen Feuilletons **„Deutsch Süd-West“** von Paul Erdinger, v. Krimm-Schönherberich an v. Belon-Vleitenburg und die humoristischen Briefe der händlichen Mitarbeiter des **„Wahren Jacob“**: **Claus Swartmann** aus Hamburg bei St. Pauli und **Wettill** Rande, an'n Jörliger Bahndorf, gleich links.
„Das Wundbuch“, Hr. I. Wodenschütz, begründet von A. Knauthhoff, herausgegeben von D. Hagenstein und D. Kienig, Preis 30 M. Berlin W. 50, Concordia Deutsche Verlagsanstalt, D. Hoch.
Die Reichstagsauflösung, das Zentrum und die nationalen Parteien von D. n. Sawigny. 22 Seiten, 60 Pf. — Verlag G. Walther, Berlin W. 30.
Paul Goldemann 1897-1907. Das Attentat auf den Volkshelden Kramke in Berlin. Preis 20 M. Verlag „Freier Arbeiter“ (K. Dörflich) Berlin, Oranienstr. 15, D. III.
Fort mit Gott? von E. n. Nicolai. Preis 1 M. Verlag G. Marx, Leipzig 67.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der Rüdow-Zahlebus-Direktion. (Großhandel) Weizen Ia 70-75 pr. 100 Pfd., Ia 64-69, IIIa 58-63, IVa 50-56. Raffinierter, Doppelfeiner 120-125, Ia 92-100, IIa 80-90, IIIa 65-78, IVa 56-62. Dammelfeiner Ia 67-75, IIa 52-65. Schweinefleisch 57-66. Rehwild Ia pr. Pfd. 0,55-0,65, IIa 0,30-0,54, Rehwild Ia 0,38-0,42, IIa 0,25-0,36, da. Reiber 0,30-0,46, Damwild 0,30-0,45, da. Reiber 0,40-0,60. Wildschweine 0,25-0,40. Frischlinge 0,40-0,60. Hasen per Stück 2,50-2,70, da. Klein und Ia 1,25-2.—, Kaninchen per Stück 0,70-0,90. Wildenten per Stück 1,30-1,40. Gänse, alte per Stück 1,50-2,10, da. IIa 0,80-1,30, da. junge per Stück 0,50-1,30. Tauben per Stück 0,50-0,70, junge kleine 0,00. Italienische 0,00. Anten per Stück 1,80-3,00. Hamburger junge per Stück 3,25. Gänse, Oberbrücker, per Pfd. 0,32-0,63, da. Ia per Stück 0,00, IIa 0,00. Dachte per 100 Pfd. 69-83, groß 0,00. Jander, 118-142. Schiele, groß 74, unsortiert 0,00, mittel 0,00. Mele 39-46, Hake, groß 0,00, mittel 0,00, Klein u. mittel 98-102, unsort. 0,00. Widgen 0,00. Karpfen, 25-30er 0,00, da. 30-35er 0,00, da. unsort. 0,00, 50-80er 0,00, 80-100er 0,00. Barsch, mittel 40-51, Karaschen 0,00. Stielische 17-25, Weiss 0,00. Bunte Zische 27-54. Amerikanischer Fisch Ia neuer per 100 Pfd. 110-130, da. IIa neuer 80-100, da. IIIa neuer 75. Seelachs 20-25. Sprotten, Rieker, Wall 0,75-1,25, Danziger, Wall 0,80. Hümern, pomerische Ia, per Schod 0,00, da. pomerische Ia 0,00, Rieker, Stiege Ia 4-6, da. mittel per Riste 2-3, Hamb. Stiege 4-5, halbe Riste 1,50-2. Schillinge, per Wall Rieker 3,50-5,00, Straßener 0,00. Hake, groß per Pfd. 1,10-1,30, mittelgroß 0,80-1,00, Klein 0,50-0,60. Deringe per Schod 4-5. Schellfische Riste 3-4,00, da. 1/2, Riste 2,00. Stabian, p. 100 Pfd. 30-35. Heilbutt 0,00. Sardellen 1900er per 100 Pfd. 95, 1904er 85, 1906er 78-75. Schottische Vollheringe 1905 0,00, large 40-44, full 36-38, med. 35-42, deutsche 37-41. Deringe, neue Rastee, per 7/2, 30, 60-120. Sardinen, russ., Pfd. 1,50-1,60. Fraterhering, Schiffe (4 Eier) 1,50-1,75. Neunaugen, Schodschiff 11, Klein 5-6, Rieker 14. Dummern, Klein, per Pfd. 0,00. Strebje, per Schod, große 0,00, mittel 0,00, kleine 0,00, unsort. 4,50. Gollajer, groß 0,00, mittel 0,00. Eier, Land, per Schod 4,00-5,50. Butter per 100 Pfd. Ia 121-124, IIa 117-120, IIIa 114-117, abfallende 90-105. Saure Gärten Schod 3,50-4,00, Weisgerichten 3,50-4,00. Kartoffeln per 100 Pfd. 0,00, magnum bonum 2,10-2,25, Daberische 2,10-2,25. Rieker 0,00, weiße 1,75-2,00. Solatkaroffeln 5,00-6,00. Spinat per 100 Pfd. 10-20. Karotten per 100 Pfd. 10-12. Sellerie, hiesige, per Schod 4,00-5,00, da. pomerische 4,00-5,00. Zwiebeln, große, per 100 Pfd. 3,00-3,50, da. kleine 2,00-2,50, da. hiesige (Berlin) 0,00. Charlotten 0,00. Petersilie, grün, Schodbund 2,00. Knoblauch per Schod 0,00. Keitig, laur., per Schod 2,40-4,80. Radieschen per Schodbund 0,00. Salat, per Schod 0,00, da. Escarole, per Randel 0,00, da. Indivien 0,00. Mohrrüben per 100 Pfd. 2,00-4,00. Teltower Rüben per 100 Pfd. 8-10. Weiße Rüben, große 2-2,50, kleine 6-8. Rote Rüben 2-3. Blumenkohl, holl., per Kopf 0,00. Hül. per Kopf 0,17-0,30. Strüngkohl per Schod 3,00-6,00. Kohlfloss p. Schod 3,00-5,00. Weisfisch 100 Pfd. 2,00-3,50. Rosenfisch p. 100 Pfd. 2,30-3,50. Grünkohl per 100 Pfd. 3-8. Schnittlauch 12 Köpfe 4-4,50. Kohlrüben, Schod 2-3. Kürbis 0,00. Dillen, per 100 Pfd. hiesige 7-16, hümische 8-20. Kapsel, per 100 Pfd., hiesige 6-20, Gwantensteiner 0,00. Laxerl in Höffern 0,00. Riste 32-80, Amerik. 14-30. Ballmüsse per 100 Pfd. 0,00, da. rumänische 0,00, da. franz. Cornes 0,00. Boranüsse 0,00. Dalmatische lange 40-42, runde 0,00. Altkorn, Rießina, 300 Stück 8,00-10,00, 300 Stück 7,00-9,00, 300 Stück 8-12. Nipflinen, Jassa, per Riste 0-0,00, Purcia 300er per Riste 8-10, da. 800er 7-11, Valencia 400er per Riste 11,50-20, da. 714er 8-23.

Witterungsbericht vom 9. Januar 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer humb. mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometer humb. mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter
Eminende	767	WSW	3	bedekt	4	Saparanda	745	SW	halb hb.
Camburg	770	WSW	4	bedekt	5	Petersburg	751	W	3 bedekt
Berlin	770	W	2	bedekt	6	Scilly	772	SW	1 Regen
Frankfurt	772	SW	1	bedekt	3	Werbene	764	SW	2 bedekt
München	773	W	3	Regen	1	Paris	774	SW	bedekt
Wien	771	WSW	3	bedekt	2				

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 10. Januar 1907.
Ein wenig kälter, gleichmäßig und neblig bei schwachen westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.
Berliner Wetterbureau

Wasserstand am 9. Januar. Elbe bei Riesa — Meter, bei Dresden — 0,81 Meter, bei Magdeburg + 1,59 Meter, eisfrei. — Unirunt bei Stranfurt — Meter. — Oder bei Wittenberg + 1,34 Meter. — Neisse bei Ebersdorf — 2,24 Meter. — Daber bei Wietz + 2,28 Meter. — Daber bei Weslau Unispiegel — 1,10 Meter.

Das Jahr 1906 in Italien.

Unser Korrespondent in Rom schreibt uns: Kein Jahr großer Ereignisse, aber doch eins, das Spuren in der Geschichte des Landes zurückläßt...

Während so das Frühjahr der Partei schwere innere Konflikte brachte, hat der Herbst mit dem Parteitag den Grund zu einer inneren Friedigung oder doch zu einem Waffenstillstand gelegt.

Auch die Frage der autonomen Zirkel, die seit zwei Jahren die Partei beschäftigt hat, ist durch die neue Kera beigelegt worden.

Die für die Partei, so war auch für die Gewerkschaftsbewegung das verflochtene Jahr bedeutungsvoll: In allen Gewerben war eine starke Streikbewegung zu verzeichnen.

doch eine effektive Arbeitszeit von 10 Stunden und 10 Minuten wurde erobert, während vorher 1 1/2 Stunden gearbeitet worden war.

An weiteren Kämpfen verdienen Erwähnung die beiden Tram-bahnerstreiks in Rom, der Streik der Stahlwerke Terni, der Werftarbeiterstreik von Riva Trigosa und am Ende des Jahres der Streik der Seemannschaften der transatlantischen und Postdampfer sowie der Segel- und Küstenschiffahrt.

Kaufse zu einer Widerstandsbeziehung hat das Jahr 1906 auch bei verschiedenen Kategorien städtischer und staatlicher Beamten gezeigt.

Es sei uns an den Streik der römischen Schatzamtsbeamten erinnert, an den passiven Widerstand der Postbeamten, an die Bewegung unter den Polizisten, den Karabinieri und Gefangenwärttern, die zu einer Verbesserung der Lage dieser schloß Bezahnten und überbüdeten Berufs geführt hat.

Trüb und stidig wird die Atmosphäre, wenn wir uns dem parlamentarischen Leben zuwenden. Hier stoßen wir nur auf Stillstand und Verkrüppelung, als dränge kein Widerhall des regen wirtschaftlichen Treibens in die tote kleine Oede des offiziellen Italiens.

So sehen wir in den parlamentarischen Arbeiten keine Mähe Initiative, kein Voraussehen künftiger Bedürfnisse, sondern nur ein trüges, widerwilliges Sichanpassen an das längst Erworbene ohne Wagnis und ohne Ehre.

Auch in einer anderen großen Finanzoperation, dem Rücklauf des Südbahneres, haben Regierung und Parlament die Dinge an sich herantommen lassen und in zwiöfter Stunde den Rücklauf unter ungünstigen Bedingungen vollzogen.

und vornehmlich hat, mag schließlich noch des Geschehes zugunsten der subitalienischen Provinzen gedacht werden.

Das italienische Verkehrswesen verdient in dieser Jahresübersicht besonderer Erwähnung. Auf diesem Gebiete klaffen die Leistungen der offiziell fahrenden Kreise und die Bedürfnisse und Fähigkeiten der produktiven Kräfte des Landes am weitesten auseinander.

So geht Italien langsam seinen Weg, einen Weg unscheinbarer und kleiner Ereignisse, die wenig erscheinen müssen gegenüber dem großen geschichtlichen Drama im Osten, gegenüber der entscheidenden Aukunft der französischen Republik.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Handelskammer-Gebäude, Durchgang aus Vorderstr. 101), wochenttäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

- W. 18. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 19. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 20. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 21. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 22. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 23. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 24. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 25. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 26. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 27. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 28. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 29. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 30. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 31. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 32. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 33. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 34. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 35. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 36. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 37. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 38. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 39. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 40. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 41. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 42. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 43. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 44. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 45. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 46. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 47. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 48. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 49. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 50. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 51. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 52. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 53. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 54. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 55. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 56. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 57. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 58. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 59. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 60. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 61. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 62. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 63. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 64. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 65. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 66. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 67. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 68. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 69. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 70. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 71. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 72. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 73. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 74. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 75. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 76. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 77. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 78. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 79. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 80. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 81. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 82. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 83. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 84. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 85. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 86. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 87. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 88. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 89. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 90. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 91. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 92. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 93. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 94. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 95. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 96. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 97. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 98. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 99. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 100. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 101. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 102. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 103. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 104. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 105. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 106. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 107. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 108. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 109. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 110. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 111. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 112. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 113. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 114. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 115. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 116. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 117. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 118. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 119. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 120. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 121. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 122. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 123. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 124. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 125. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 126. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 127. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 128. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 129. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 130. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 131. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 132. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 133. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 134. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 135. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 136. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 137. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 138. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 139. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 140. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 141. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 142. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 143. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 144. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 145. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 146. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 147. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 148. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 149. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 150. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 151. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 152. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 153. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 154. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 155. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 156. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 157. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 158. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 159. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 160. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 161. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 162. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 163. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 164. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 165. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 166. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 167. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 168. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 169. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 170. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 171. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 172. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 173. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 174. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 175. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 176. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 177. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 178. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 179. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 180. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 181. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 182. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 183. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 184. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 185. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 186. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 187. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 188. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 189. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 190. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 191. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 192. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 193. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 194. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 195. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 196. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 197. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 198. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 199. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 200. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 201. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 202. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 203. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 204. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 205. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 206. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 207. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 208. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 209. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 210. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 211. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 212. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 213. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 214. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 215. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 216. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 217. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 218. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 219. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 220. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 221. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 222. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 223. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 224. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 225. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 226. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 227. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 228. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 229. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 230. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 231. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 232. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 233. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 234. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 235. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 236. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 237. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 238. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 239. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 240. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 241. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 242. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 243. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 244. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 245. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 246. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 247. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 248. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 249. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 250. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 251. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 252. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 253. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 254. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 255. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 256. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 257. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 258. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 259. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 260. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 261. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 262. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 263. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 264. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 265. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 266. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 267. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 268. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 269. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 270. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 271. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 272. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 273. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 274. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 275. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 276. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 277. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 278. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 279. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 280. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 281. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 282. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 283. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 284. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 285. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 286. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 287. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 288. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 289. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 290. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 291. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 292. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 293. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 294. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 295. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 296. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 297. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 298. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 299. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 300. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 301. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 302. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 303. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 304. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 305. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 306. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 307. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 308. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 309. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 310. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 311. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 312. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 313. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 314. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 315. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 316. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 317. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 318. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 319. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 320. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 321. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 322. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 323. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 324. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 325. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 326. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 327. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 328. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 329. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 330. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 331. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 332. V. G. S. 13. G. G. N. 85. S. 2. Ja. - W. 333

Erster Wahlkreis.

Heute Donnerstag, den 10. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Müller, Krausenstr. 10:

Wähler-Versammlung

für die Wahlbezirke 19-23.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Fritz Ebert über: „Die Neuwahlen zum deutschen Reichstage.“ 2. Freie Aussprache.

Ansprache des sozialdemokratischen Kandidaten **Dr. Leo Arons.**

Zahlreichen Besuch erwartet. Der sozialdemokratische Wahlausschuß.

II. Wahlkreis.

Am Donnerstag, den 10. Januar 1907, abends 8 1/2 Uhr:

Wähler-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

Schnegelbergs Festsäle, Hasenheide 21. Referent: Stadtverordneter H. Heimann.

Alter Bürgergarten, Lindenstraße 105. Referent: Der Kandidat des Kreises R. Fischer.

Tages-Ordnung:

1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. 2. Diskussion.

Frauen haben Zutritt. — Zahlreichen Besuch erwartet

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

III. Wahlkreis.

Freitag, den 11. Januar, abends 8 Uhr:

2 Wählerversammlungen

in folgenden Lokalen:

„Arminhallen“, Kommandantenstraße 20.

Referent: Redakteur Wilhelm Düwell.

„Berliner Klubhaus“, Ohmstraße 2.

Referent: Stadtverordneter Dr. Zadek.

Tages-Ordnung: 1. Die Neuwahl zum Reichstage. 2. Freie Aussprache.

Zahlreichen Besuch erwartet

240/3*

Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Freitag, den 11. Januar 1907, abends 8 Uhr:

General-Versammlung

für sämtliche Bezirke und Zahlstellen

der Maurer, der Sektion der Putzer, der Gips- und Zementbranche sowie der Fliesenleger

bei Freyer (früher Keller), Koppenstraße 29.

Tages-Ordnung:

1. Aufstellung der Delegierten zum neunten Verbandstag. 2. Anträge zum Verbandstag. 3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch resp. Legitimationskarte legitimiert.

NB. Da wir mit Rücksicht auf die und bevorstehenden Reichstagswahlen zur Erledigung gewerkschaftlicher Angelegenheiten nur in ganz dringenden Fällen Versammlungen einberufen und die zur Erledigung obiger Tagesordnung sich notwendig gemachte Versammlung als solche bezeichnet werden muß, ersuchen wir die Kollegen, recht zahlreich zu erscheinen.

Der Zweigvereins-Vorstand. J. A. E. Thöns.

VI. Wahlkreis!

2 öffentl. Wählerversammlungen

Freitag, den 11. Januar, abends 8 Uhr,

in der „Borussia“, Ackerstraße 67;

Sonntag, den 13. Januar, mittags 12 Uhr,

in den „Germania-Prachtsälen, Chausseestraße 103.

Tages-Ordnung:

246/5*

Der Reichstags-Wahlkampf.

Referenten sind die Genossen Grunwald und Ledebour.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Das Wahlkomitee.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Donnerstag, den 10. Januar 1907, abends 8 1/2 Uhr:

Zehn große

Mitglieder-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

Böhmisches Brauhaus, Landdörger Allee 11-13.

Prachtsäle des Ostens, Frankfurter Allee 151-152

Schweizer Garten, Am Friedrichshain.

Boekers Festsäle, Weberstr. 17.

Andreas-Festsäle, Andreasstr. 21.

Kliems Festsäle, Hasenheide 13-15.

Hofjäger, Hasenheide 52-53.

Brauerei Königstadt, Schönhauser-Allee 10-11.

Norddeutsche Brauerei, Chausseestraße 58.

Moabiter Gesellschaftshaus, Wickestr. 24.

Tages-Ordnung:

Die Aussperrung der Berliner Holzarbeiter.

Referenten: Otto Dahlke, Georg Exner, Wilhelm Güth, Hermann Jaek, Langhammer, Richard Leopold, Hermann Maaß, Karl Reiche, Heinrich Späthe und Franz Stusche.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

Handlungsgehülfen!

Heute Donnerstag, den 10. Januar, abends 9 Uhr, bei Buggenhagen, Morikplatz:

Öffentliche Versammlung.

„Reichstagswahl und Handlungsgehülfen.“

Tages-Ordnung: 1. Reichstagswahl und Handlungsgehülfen. 2. Freie Aussprache.

Referent: Reichstagskandidat Rechtsanwalt Wolfgang Heine. Nach dem Vortrage: Freie Aussprache

Zahlreichen Besuch erwartet. Der Einberufer: August Pann, Friedrichsbergerstraße 14.

12 Jahre Garantie! Sprechstunde 9-7.

Zähne 2 Mk. Vollst. schwarzl. Behandl. Zahnz., Plombieren 1 Mk. Reparaturen sofort.

Deutsch-Amerikanische Zahnklinik, 45. Prinzenstraße 45.

Wöchentl. Teilzahlung.

Zähne 2 Mark.

Wochentl. Teilzahlung.

Automat-Restaurant,

sehr eingerichtet, sehr billig verköstlich.

„Automat“, Postamt 31.

Balkkleider,

hochleg. Tail- u. Hüttenroben, auf

Seide gearbeitet, Straßenkollern,

Blusen, Jacketts, neu u. aus fürstlichen

Büchsen, Wollanfertigung, (postbillig)

Engels, Berlin N., Baumstr. 3

(am Rosenh. Tor), Tel. Amt III 6519.

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenhand Große Frankfurterstr. 9, partiere. +1

Teppiche mit Handgeflochtenen Faderniederlage Große Frankfurterstr. 9, partiere. +1

Steyppdecken billig! Bedr. Große Frankfurterstr. 9, partiere. +1

Teppiche! (Leberballe) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Däckerstr. Markt 4, Bahnhof Börse. 265/14*

Steyppdecken (postbillig), Fabrik Große Frankfurterstr. 60. 216/3*

Spotbilligste! Winterpaletts, Winteranzüge, Bettdecken, Bettwäsche, Tischdecken, Handtücher, Raumverbreiter, Wandbleichhaus Weidenweg neuziehen. 191/3*

Gastgeberhaus! Quecksilberfischer 1.00, Gasbratöfen! 7.00, Gasbügellapparat! Gasplättchen, (postbillig!) Brenngasbratöfen! 6.00, Woblaner, Baumstr. 32. 216/3*

Wintersonnige und Winterpaletts von 5.00, Soppen von 4.50, Sofen von 1.50, Gebirgsanzüge von 12.00, Fracks von 2.50, sowie für Korpalente Figuren. Neue Garderobe zu billigem billigen Preisen, aus Handbleichen verarbeitete Sachen kaufen am billigsten bei Nag, Kulackstr. 24. 769/3*

Kinderwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgelehrt postbillig. Schneider, Kurfürstenstr. 172. 216/3*

Kochanzüge, Kochhosen, Kochschürzen, Kochmützen, beste Qualitäten, bei Hermann Schlegler, Lennestr. 58. 213/3*

Möbelfabrikerei liefert gebiegene

Bahnungseinrichtungen äußerst billig. Bitte stellen. Reelle Arbeit. Beschäftigung meines Raumden großen Lager erbeten. Auch Holzanzüge. Nur Keller und Hinterzimmer. Garnad, Tischlermeister, Dresdenstr. 124, zwischen Dranienplatz und Rotbuser Tor. 1765/3*

Feberbetten 11.00, Wischel, Dresdenstr. 38. 213/3*

Brenngasbratöfen!! Gasbrenn-lampen 9.00, Gasbrenn 1 1/2, Salongasbratöfen 15.00! Gasbrennpöden, Petroleumlampen (postbillig!) Woblaner, Baumstr. 32. 217/3*

Kinderwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgelehrt postbillig. Sommer, Wienerstr. 51.

Möbel-Lagerverkauf! Brennanzüge, Herrensachen, alle feinsten Stoffen 18 bis 28.00, Hosen 7-12.00, verkauft täglich. Sonntag. Deutsches Versandhaus, Jägerstr. 63, I. *

Deckbett, Unterbett, Stoffen mit glattröttem Inlett 10.50, Handbleiche Andreasstr. achtunddreißig. 2181/3*

Hotrosia-gestrichenes Deckbett, Unterbett, zwei Stoffen 18.00, Andreasstr. achtunddreißig. Handbleiche. *

Bauerndeckbett, Unterbett, zwei Stoffen 27.00, Große Laten 1.00, Reibhaus Andreasstr. achtunddreißig. Elektrische nach überall. *

Rähmaschinen! Vergüte bis 15.00,

wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Postkarte. Brauner, Tischlerstr. 90, Lager.

Rähmaschinen. Singermodell, tabellos, 30.00, Ringstich 15.00, Singerstich 5.00, 10.00. Teilzahlungen. Diele, Mechaniker, Landdörgerstr. 12.

Räumungs- und Verkauf. Sofen, Kappen, Paletts, Herrensachen, Knabenanzüge, Arbeitsachen. Große Auswahl an Stoffen. Großes Lager. Wilhelm Jange, Lennestr. 84.

Zweites Geschäft W. Noabitt 82. Drittes Geschäft Händlungsstr. (Stadtbahndogen). +7/3*

Milchgeschäft nach sofort verkaufen Brandenburgstr. 45. 790/3*

Restaurant, passend für Genossen. Zu erfragen Mars, Döhnerstr. 123.

Schankgeschäft zu verkaufen Barshauerstr. 18. (Staurerhülle).

Metallbetten, zwei hochlegante, 100.00, Säulenrummeau, großer, 45.00. Ritterstr. 112, II. 6/2

Verschiedenes.

Patentanwalt Bessel, Gütlicherstr. 94. 927/3*

Kunstkopiererei von Frau Rosofski, Charlottenburg, Goethestr. 84, I. *

Mirador, Bräse Festsäle, Knebelstr. 113, Restaurant, Garten, Vereinszimmer, Parkettfuß (600 Personen). Sonntags Ball. +11/3*

Handbleiche kauft Handbleiche Bringenstr. 63. 5/14*

Wäsche wird sauber gewaschen, freien getrocknet. Abholung Sonntags abends. Emil Bantrath, Köpenick, Müggelheimerstr. 40. 780/3*

Zaal! Sonnabend, 9. Februar,

Mars frei. Annenstr. 18. 215/10

Kaufe Kanarienvogelchen, 6.00, Blexant, Kastanienallee 23. 764

Vermietungen.

Wohnungen.

Prächtige Wohnungen N., Solldörferstr. 32/34. 792/3

Schlafstellen.

Schlafstelle (möbliert) mit Bad an zwei Herren oder Damen billig zu vermieten. Lange, Koppenhagenstr. 45, vorn IV. 793

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bietet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. H. Gläser, Kulackstr. 27. 146/3

Stellenangebote.

Kunstmiede, selbständige, und Schlosser verlangt Schlosserei Dume, Charlottenburg, Schillerstr. 97. *

Steindruck-Maschinenmeister verlangt Hofbau, Schönhauser Allee 74a.

Restaurateur, welcher wöchentlich zwei bis drei Vormittage Zeit hat, findet guten Nebenverdienst. R. H. 50, Amt 14. 791/3

Werkzeugmacher, auch solche, die an der Rundschleifmaschine gearbeitet, verlangt Herrmann u. Co., Gräner Weg 117. 785/3

Tischler auf Schlafzimmer mit

etwas Kapital für Genossenschaft zur Uebernahme eines bestehenden Betriebes gesucht. Offerten C. 12 Schild, Dienerstr. 1. 798/3

Bronzestanten-Arbeiter auf Goldbleiben verlangt Votumstr. 5.

20 Botenfrauen finden sofort sehr lohnende Beschäftigung Petersburgerstr. 2. 61/3*

Wamselle auf leicht verführte Boleros verlangt Freybrodt, Wickestr. 69. 793/3

Im Arbeitsmarkt durch

besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Goldbleiben.

Bedeutende Fabrik Westpreußens sucht per gleich oder 1. April für die Farbigenmacher 6/3*

energischen Werkmeister,

welcher verheiratet ist oder bald zu heiraten gedenkt.

Angebote mit Gehaltsansprüchen befördert die Annoncen-Expedition Rudolf Mosse, Berlin SW., sub J. K. 6821.

Zuschneiderinnen

auf Damensachen sofort verlangt. Rechnungen mittags 1-2 oder abends 8-9 Uhr.

A. Jandori & Co., Bellealliancestraße 1-2.

Patz.

Garnierinnen u. Quarbeiterinnen sofort verlangt. Rechnungen 1-2 mittags oder 8-9 abends.

A. Jandori & Co., Kottbusdamm 1/2.

Achtung! Achtung!

Klavierarbeiter!

Ueber die Pianofabrik Bell & Co., Andrasstr. 32 und Gräner Weg 79, die unter der Firma Neugebauer Nachf. Arbeitswille sucht, ist nach 14wöchigem Streit die

Sperre dauernd

verhängt. 141/16*

Zugzug streng fernzuhalten.

Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter.

Achtung, Töpfer!

Die gesperrte Firma A. M. Berndt & Co. in Wilmersdorf, Gildengardstraße 15, führt jetzt folgende Banken aus:

Stegalin, Habertus, Ede Schloßstr. 47

Charlottenburg, Dornburgstr. 47

und Quarestr. 3;

diejenigen und ihren Namen zu meiden, sämtliche Handwerker werden ermahnt dieses zu beachten. 212/3

Die Verbandsleitung.

Deutscher Holzarbeiter-

Verband.

Wegen Streit und Differenzen sind gesperrt:

Für Drechsler:

Emil Berthold, Straßenerstr. 12.

Arbeitskräfte für Kupferarbeiter und Kanmacher werden aus dem Arbeitsnachweise, Engel-Hof 15 vermittelt.

Zugzug ist streng fernzuhalten. Die Ortsverwaltung.